



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Radios Comunitarios und Demokratisierungsprozesse in El
Salvador. Das Beispiel Radio Victoria

Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Medien als Gegenmodell zu einer
„vermachteten“ Öffentlichkeit

Verfasser

Jonas Schwarz

Angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien im Jänner 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Internationale Entwicklung

Betreuerin: Univ-Prof. Dr. Stefanie Kron, M.A

Danksagung

Ich möchte allen Personen, die mich bei meiner Diplomarbeit unterstützt haben, meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Zuallererst wäre da meine Familie – Eva, Hans-Günther, Magdalena und Undine – zu nennen, die mich immer bei meinen Plänen unterstützt hat und durch konstruktive Kritik, Diskussionen und Korrekturen aktiv an dieser Arbeit beteiligt war (hierbei auch einen speziellen Dank an Herrn Braun).

También les quiero dar las gracias al equipo central de la Radio Victoria y la gente de ACISAM por su apoyo y por su trabajo para la sociedad salvadoreña.

También decirle gracias a Carmen por no aburrirse de mis preguntas.

Zum Abschluss wäre da noch das Winklerhaus zu erwähnen – vielen herzlichen Dank für: Die KomplizInnenschaft beim Schreiben der Diplomarbeit. Die Zigaretten zwischendurch. Die Geduld trotz Diplomarbeitswahn und vor allem dafür, dass ihr mein Zuhause geworden seid.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	4
1.1	AUSGANGSLAGE UND STAND DER FORSCHUNG	4
1.2	EINBLICK IN DAS FALLBEISPIEL: LA RADIO VICTORIA.....	7
1.3	FRAGESTELLUNG UND HYPOTHESEN.....	8
1.4	METHODE	8
1.5	AUFBAU DER ARBEIT.....	8
2	HISTORISCHER KONTEXT UND AKTUELLE LAGE IN EL SALVADOR	10
2.1	DIE HERAUSBILDUNG DER OLIGARCHIE.....	10
2.2	„LA MATANZA“ – DER GENOZID VON 1932	11
2.3	DER BÜRGERINNENKRIEG	12
2.4	DIE ZEIT SEIT DEM FRIEDENSABKOMMEN	13
	<i>Der Ressourcenkonflikt um „El Dorado“</i>	<i>13</i>
3	DIE DEMOKRATISIERUNG DES SALVADORIANISCHEN REGIMES – ZWISCHEN AUTORITARISMUS UND DEMOKRATIE	16
3.1	ANNÄHERUNG AN DEN DEMOKRATIEBEGRIFF.....	16
3.2	TRANSITIONSFORSCHUNG UND DIE „DRITTE WELLE DER DEMOKRATISIERUNG“	19
3.2.1	<i>Regime.....</i>	<i>20</i>
3.2.2	<i>Liberalisierung</i>	<i>22</i>
3.2.3	<i>Konsolidierung.....</i>	<i>22</i>
3.2.4	<i>Polyarchie.....</i>	<i>26</i>
3.2.5	<i>Das Konzept des Regime-Hybriden.....</i>	<i>27</i>
3.3	DIE SALVADORIANISCHE TRANSITION.....	31
	<i>Das hybride Regime El Salvadors.....</i>	<i>35</i>
3.4	CONCLUSIO: EL SALVADOR IM PROZESS DER DEMOKRATISIERUNG	46
4	ÖFFENTLICHKEIT UND GEGENÖFFENTLICHKEIT.....	48
4.1	ÖFFENTLICHKEIT AUS DEMOKRATIETHEORETISCHER PERSPEKTIVE	48
4.1.1	<i>Demokratische Funktionen der Öffentlichkeit</i>	<i>50</i>
4.2	GEGENÖFFENTLICHKEITEN ALS VERFECHTER DEMOKRATISCHER PARTIZIPATION.....	55
4.2.1	<i>Der exklusive Charakter der bürgerlichen Öffentlichkeit</i>	<i>55</i>
4.2.2	<i>Subalterne Gegenöffentlichkeiten</i>	<i>58</i>
5	METHODE – ZUR DURCHFÜHRUNG DER INTERVIEWS.....	61
5.1	DIE WAHL DER ERHEBUNGSMETHODE.....	62
5.2	ENTWICKLUNG DES INTERVIEWLEITFADENS.....	63
5.3	DAS ERKENNTNISINTERESSE	64
5.4	KONTAKTAUFNAHME UND DURCHFÜHRUNG DER INTERVIEWS	65
5.5	AUSWERTUNG DER INTERVIEWS.....	69
6	DAS RADIO VICTORIA: EIN MODELL DEMOKRATISCHER MEDIENÖFFENTLICHKEIT INNERHALB DES SALVADORIANISCHEN REGIME-HYBRIDEN	71
6.1	DAS RADIO VICTORIA ALS SUBALTERNE GEGENÖFFENTLICHKEIT	71
6.1.1	<i>Die salvadorianische Medienlandschaft als vermachtete Öffentlichkeit.....</i>	<i>71</i>
6.1.2	<i>Die thematische Offenheit des Radio Victoria in der Berichterstattung zum Konflikt um El Dorado</i>	<i>74</i>
6.1.3	<i>Das Radio Victoria als Plattform für subalterne AkteurInnen?.....</i>	<i>75</i>
6.2	DIE DEMOKRATIEFÖRDERNDEN EFFEKTE DES RADIO VICTORIA.....	79

6.2.1	<i>Die Förderung von Partizipation im Radio Victoria</i>	79
6.2.2	<i>Vertikale Rechenschaftspflicht durch öffentliches Denunzieren.....</i>	87
6.2.3	<i>(Re)Präsentation und Artikulation im Radio.....</i>	88
6.2.4	<i>Intensität der BürgerInnenschaft.....</i>	91
6.3	DER DEMOKRATISIERENDE BEITRAG DES RADIO VICTORIA ZUM HYBRIDEN REGIME EL SALVADORS	93
7	CONCLUSIO	96
	AUSBLICK: DAS MODELL DER RADIOS COMUNITARIOS AUF NATIONALER EBENE.....	98
8	LITERATURVERZEICHNIS.....	100
9	ANHÄNGE	106
	ABSTRACT (DEUTSCH)	106
	ABSTRACT (ENGLISH)	108
	CURRICULUM VITAE.....	110

1 Einleitung

Seit dem ich im Jahr 2008 meinem Zivildienst in El Salvador geleistet habe und dort im Projekt *Comunicación Partizipativa* der NGO ACISAM mitarbeiten durfte, interessiere ich mich für die Rolle, die partizipative Medien in einer Gesellschaft einnehmen können. Die vorliegende Arbeit behandelt das Radio Victoria, eine Radiostation in der Provinz Cabañas, einem Bundesland im Nordosten El Salvadors. Dieses versteht sich selbst als „radio comunitario“, was im Deutschen oft als *BürgerInnenradio* oder *freies Radio* bezeichnet wird.

1.1 Ausgangslage und Stand der Forschung

Demokratisierungsprozesse in El Salvador

El Salvador hat mit dem 1992 unterzeichneten Friedensabkommen einen entscheidenden Schritt im Übergang zur Demokratie getan. Seit der Unabhängigkeit von der spanischen Krone im Jahr 1821 war das Land von „ständigen Interventionen des Militärs und Cliquen-Kämpfen innerhalb von Oligarchie und Offizierskorps“ gezeichnet gewesen (Nuscheler 1976:179). Zwar sah schon die Verfassung von 1885 ein allgemeines Wahlrecht vor, allerdings galt dieses nur für Alphabeten. Wahlbetrug sowie Militärputsche gehörten zur politischen Praxis (vgl. ebd.). Die soziale Ungleichheit und die gewaltvolle Repression durch die MachthaberInnen führte das Land in einen blutigen BürgerInnenkrieg, der von 1981 bis Anfang der 90er andauerte. Der bewaffnete Konflikt forderte 75.000 bis 80.000 Opfer, wobei 85% der zivilen Opfer dem Militär bzw. von der Oligarchie finanzierten Paramilitärs zugeschrieben werden (Almeida 2008:178).

Mit dem Friedensabkommen 1992 wurde die *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN), ein Zusammenschluss der fünf größten oppositionellen Guerillaorganisationen, als Partei anerkannt und nimmt seit 1994 an den Wahlen teil. Dies kann durchaus als ein großer Schritt in Richtung eines fairen, demokratischen Mehrparteienstaates gewertet werden. Trotzdem wird das Land von manchen

AutorInnen weiterhin als „hybrides Regime“ bzw. „electoral authoritarianism“ bezeichnet, was auf einen Staat verweist, der zwar die formellen Kriterien einer Demokratie erfüllt, diese aber eher als Schein zur Erhaltung spezifischer Machtstrukturen etabliert (vgl. Barnes 1998, Wolf 2009). Es scheint nun nicht sehr wahrscheinlich, dass es erneut zu einem autoritären Regime kommen wird, trotzdem stellt sich die Frage, ob sich die Gesellschaft weiter demokratisiert (vgl. Zinecker 2007:188). Der Übergang des Landes wird, zusammen mit einer Reihe von anderen Ländern Lateinamerikas und Ost-Europas, der „Dritten Welle der Demokratisierung“ zugeschrieben (vgl. Huntington 1991). Hierbei wird eine Analogie zu den Demokratisierungsprozessen Europas im Zuge der ersten zwei „Wellen“, die nach Ende des ersten Weltkriegs bzw. nach 1945 stattgefunden haben, gesehen. Diese eurozentristische Sichtweise wird unter anderen von Avritzer (2002) kritisiert, der auf die Eigenheiten des lateinamerikanischen Kontextes hinweist. Es werde in der demokratietheoretischen Debatte weithin davon ausgegangen, dass Transition zu und Konsolidierung von Demokratie ein Projekt der Eliten darstellt. Laut der Elitentheorie spielt die Partizipation der Massen keine stabilisierende und demokratiefördernde Rolle. Zur Konsolidierung einer Demokratie solle, laut diesen Theorien, der Rahmen der Massenbeteiligung auf die Wahl der RepräsentantInnen beschränkt werden (vgl. Avritzer 2002; Barnes 1998). Es gibt allerdings Studien, die zu gegenteiligen Schlussfolgerungen gelangen. Jene AutorInnen betonen den Beitrag der Zivilgesellschaft, der für den Übergang zur Demokratie unerlässlich sei (vgl. Karl 1990; Avritzer 2002). Für Avritzer sind demokratische Prozesse ohne eine zivilgesellschaftlich genutzte Öffentlichkeit nicht möglich.

Öffentlichkeit und Massenmedien

Um das Radio Victoria theoretisch fassen zu können, werden in dieser Arbeit die Begriffe *Öffentlichkeit* und *subalterne Gegenöffentlichkeit* herangezogen (vgl. Habermas 1995; Fraser 1990).

Der Begriff der Öffentlichkeit wurde maßgeblich von Jürgen Habermas geprägt, der in seinem Werk *Strukturwandel der Öffentlichkeit* die Partizipation der BürgerInnen als diskursive Praxis beschreibt. Der Autor entwirft ein normatives Modell der Öffentlichkeit; als eines hierarchiefreien und ohne Beschränkungen zugänglichen

Raums, in dem Deliberation unter den BürgerInnen praktiziert wird. Partizipation wird somit als ein Sich-Austauschen und Diskutieren über das Gemeinwesen betreffende Anliegen definiert. Dieser demokratische Prozess findet in der Öffentlichkeit statt, aus der einerseits der Staat seine Legitimierung beziehen muss und von der aus Forderungen an diesen artikuliert werden. Öffentlichkeit fungiert als eine Art Bindeglied zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Die Existenz einer solchen Öffentlichkeit ist eine notwendige Bedingung für Demokratie. (Wimmer2007:87) Jenes normative Modell von Öffentlichkeit deckt sich allerdings nicht mit der Realität, da diese von „Vermachtung“ gezeichnet ist. Mit diesem Begriff verweist Habermas auf die hohe Konzentration der Medien in den Händen einer kleinen Gruppe, was deren politische Färbung sowie „Verkommerzialisierung“ mit sich bringe (vgl. ebd:79). Auch in der salvadorianischen Medienlandschaft lassen sich diese Charakteristika ausmachen.

In der allgemeinen Öffentlichkeit, die zum Großteil durch die konventionellen Massenmedien (im Gegensatz zu den alternativen und den partizipativen Medien) konstituiert wird, finden nicht alle gesellschaftlichen Gruppen mit ihren Interessen und Forderungen die Möglichkeit sich zu artikulieren bzw. gehört zu werden (vgl. Wimmer 2007). Diese haben im Laufe der Geschichte ihre eigenen Öffentlichkeiten etabliert, die Fraser als subalterne Gegenöffentlichkeiten bezeichnet. Fraser definiert diese als diskursive Räume „in denen Angehörige untergeordneter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und in Umlauf setzen, die es ihnen erlauben, oppositionelle Interpretationen ihrer Identitäten, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren.“ (Fraser 1996:180)

Das „alte“ Medium Radio als wichtiger Bestandteil einer fortschrittlichen Demokratie?

Das Massenmedium Radio mag im ersten Moment als veraltetes Medium erscheinen, gerade wenn die aktuelle Debatte zu den sogenannten „neuen Medien“ betrachtet wird. Allerdings sind diese neuen Kommunikationstechnologien nicht für alle Menschen in gleichem Maß zugänglich. So ist der Gebrauch des Internets an die Fähigkeit, des Lesens und Schreibens mächtig zu sein, sowie den Zugang zu einem an das Internet angebundenen PC und das Wissen, wie dieser bedient wird, gebunden. In

einigen Ländern der Peripherie ist der Zugang zum Internet weitgehend auf die städtischen Ballungsräume beschränkt, da es die AnbieterInnen nicht als ausreichend rentabel erachten, die nötige Infrastruktur auf die ruralen Gebiete auszuweiten. Die Ausweitung der Mobilfunknetze auf ländliche Regionen in Entwicklungsländern, die in vielen Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu beobachten ist, wird erst in einigen Jahren auch eine Verbreitung leistbarer Informationsvermittlung (v.a. durch Smartphones) mit sich bringen. Das Radio nimmt gerade in diesen Regionen eine wichtige Stellung ein. Im Allgemeinen kann davon ausgegangen werden, dass Radio und Presse auf absehbare Zeit ihre große Bedeutung behalten werden (vgl. Brüne 2000). In El Salvador kamen im Jahr 2000 auf 1000 EinwohnerInnen 400 Radioempfänger, womit das Land im lateinamerikanischen Vergleich auf dem vierten Platz lag. Das Massenmedium Radio ist also noch immer von großer Relevanz in El Salvador.

1.2 Einblick in das Fallbeispiel: La Radio Victoria

In diesem Kontext ist das Radio Victoria angesiedelt. Es bildet Teil einer landesweiten Bewegung von radios comunitarios, die sich unter der Dachorganisation ARPAS¹ vereinen. Diese sehen sich als ein Gemeingut, das im Dienste der Gemeinschaft steht. Die Devise ist, dass die Türen allen offenstehen, die im Radio zu Wort kommen wollen. Fokusgruppen in den HörerInnengemeinden stellen sicher, dass im Programm der Radiostation auch wirklich jene Themen angesprochen werden, welche die Gemeinschaft betreffen. Die Radiostation hat sich an der Mobilisierung gegen das Minenprojekt des kanadischen Konzerns Pacific Rim in der Provinz Cabañas beteiligt, und war aus diesem Grund Repression ausgesetzt. Während 4 Personen der Widerstandsbewegung gegen das Bergbauprojekt grausam ermordet wurden, bekamen die Mitglieder der Radiostation über einen längeren Zeitraum regelmäßig Todesdrohungen von Unbekannten.

¹ ARPAS steht für „Asociación de Radios y Programas participativos de El Salvador“ und setzt sich aus 21 Radiostationen zusammen.

1.3 Fragestellung und Hypothesen

Inwiefern stellt das Radio Victoria ein taugliches Instrument zur Demokratisierung des salvadorianischen Regimes dar?

Hypothesen:

- 1) Das Radio Victoria kann als Gegenöffentlichkeit dienen und bietet als solche eine Plattform für subalternen Gruppen und Anliegen.
- 2) Das Radio Victoria fungiert als deliberative Arena, in der diskursive Praxis ermöglicht und somit Partizipation als wesentlicher Bestandteil von Demokratie gelebt werden kann.

1.4 Methode

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden ausgehend von in der Literatur dokumentierten Theorien und Analysen deduktiv Schlüsse in Bezug auf das Fallbeispiel abgeleitet. Zusätzlich wurde von der konkreten Praxis ausgehend anhand von drei Interviews mit MitarbeiterInnen des Radio Victoria induktiv vorgegangen. Im ersten, theoretischen Teil wird die Existenz einer subalternen Gegenöffentlichkeit als demokratiefördernd identifiziert. Im zweiten, praxisbezogenen Teil der Arbeit wird dann geprüft, ob das Radio Victoria eine subalterne Gegenöffentlichkeit darstellt und sodann eine Analyse der Ergebnisse der Interviews in Bezug auf die Forschungsfrage durchgeführt. Neben der Literaturarbeit und der empirischen Datenerhebung sind für diese Arbeit auch diverse Aufenthalte in El Salvador von Bedeutung. Die dabei gewonnenen Erfahrungen waren bei der Zusammenfügung von Theorie und Praxis hilfreich.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit widmet sich zunächst dem Demokratiebegriff im Allgemeinen, um sich sodann der Demokratisierung El Salvadors zuzuwenden und schließlich Schritt für

Schritt den Fokus auf die konkrete Praxis des Radio Victoria zu richten und ihren demokratisierenden Beitrag zu analysieren.

Nach einer historischen Kontextualisierung El Salvadors (Kapitel 2) wird der Begriff *Demokratie* und im Anschluss *Demokratisierung* definiert (Kapitel 3). Im dritten Kapitel wird zudem das salvadorianische Regime im Demokratisierungsprozess verortet, und seine nicht-demokratischen Merkmale mithilfe des Konzepts des *Regime-Hybriden* identifiziert. Um das Radio Victoria in der Demokratiedebatte theoretisch einordnen zu können, wird im nächsten Kapitel der Begriff der *Öffentlichkeit* eingeführt und um den der *subalternen Gegenöffentlichkeit* erweitert (Kapitel 4). Ziel dieses Kapitels ist es die demokratischen Funktionen von Öffentlichkeit herauszuarbeiten. Die Kapitel drei und vier stellen den theoretischen Teil dieser Arbeit dar, worauf zunächst die methodischen Vorgehensweisen in Bezug auf die Interviews ausgeführt (Kapitel 5) und im Anschluss die Ergebnisse der Interviews erläutert werden (Kapitel 6). Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird anhand des empirischen Materials geklärt, inwieweit das Radio Victoria eine subalterne Gegenöffentlichkeit darstellt. Danach werden die demokratiefördernden Funktionen des Radio Victoria identifiziert. Diese Beiträge werden in Zineckers Systematisierung des salvadorianischen Regime-Hybriden verortet, um somit aufzuzeigen, ob bzw. in welchen Bereichen des Regimes von einem Beitrag des Radio Victoria zum Demokratisierungsprozess ausgegangen werden kann.

2 Historischer Kontext und aktuelle Lage in El Salvador

Ziel dieses Kapitels ist es, den historischen Werdegang des Landes zu umreißen, um die Ungleichheit zu ergründen, die prägend für die salvadorianische Gesellschaft ist. Dazu wird die Entwicklung der Oligarchie² herausgearbeitet. Zudem werden das Massaker von 1932 sowie der BürgerInnenkrieg erläutert, die beide nicht aufgearbeitete geschichtliche Bürden darstellen. Zum Abschluss wird noch ein Überblick über die Zeit seit dem BürgerInnenkrieg gegeben.

2.1 Die Herausbildung der Oligarchie

Als Entstehungsphase von Staatlichkeit in Lateinamerika nennt Boris den Zeitraum von ca. 1825 bis 1850/60 (vgl. Boris 2007:244). Ihren Beginn bildet die Unabhängigkeit der Kolonialgebiete von der spanischen Krone. Während die Entstehung der Staaten in den Metropolen durch eine Kombination aus internen und externen Impulsen und Entwicklungen angetrieben wurden, waren in der Peripherie „die Hauptimpulse zur zentralen Nationalstaatsbildung in der Regel und überwiegend von außen“ gekommen (ebd.). So mussten die frühen peripheren Staaten in größerem Umfang zwischen „entstehendem nationalen Territorium und dem Weltmarkt bzw. den metropolitanen Mächten“ vermitteln (ebd.:245). Für El Salvador, das seine Unabhängigkeit im Jahr 1821 zusammen mit den anderen mittelamerikanischen Staaten erlangt hatte, kamen noch zahlreiche Kämpfe und Verhandlungen um die Gründung einer zentralamerikanischen Union hinzu. Diese Phase war von einem Ringen zwischen konservativen und liberalen Kräften geprägt. Es kam zu diversen Bestrebungen, eine zentralamerikanische Föderation zu gründen, in die El Salvador auf die eine oder andere Art verwickelt war. Erst 1840 wurde das Land zu einer eigenständigen Republik (White 1992:71ff.).

In Bezug auf die Zeit von 1860 bis 1930 spricht Boris von der *exportorientierten Phase*. Es ist genau jene Zeit in der sich die Kaffeeproduktion gegenüber dem Indigo

² Auf die Beschaffenheit der salvadorianischen Oligarchie wird in Kapitel 3.3 eingegangen

durchsetzt. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: erstens auf die Erfindung chemischer Färbungsstoffe, die den Indigo substituierten und damit zu einem Preisverfall auf dem Weltmarkt führten, zweitens die steigende Nachfrage nach Kaffee, und drittens auf eine politische Entwicklung, die mittels einer Reihe von Gesetzen und Dekreten den Kaffeeanbau erzwang oder durch Anreize förderte (vgl. Menjívar Larín 2005:66 und White 1992:94). Menjívar Larín verortet in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, genauer zwischen 1864 und 1897, den Übergang vom kolonialen Wirtschaftssystem zum Kapitalismus (2005:63ff). So habe in jener Zeit der Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“ stattgefunden (vgl. ebd.). Larín beschreibt mit diesem Begriff aus der Theorie von Karl Marx die Aneignung kirchlicher, nationaler und gemeinschaftlicher Besitze, insbesondere von Land, durch das BürgerInnen. Im Vergleich zu anderen mittelamerikanischen Staaten sei in El Salvador bei dieser Transformation vor allem die Enteignung der sogenannten *terrenos comunales* von Bedeutung gewesen. Diese waren 1927 nach der Unabhängigkeit in Anlehnung an den gleichnamigen kommunalen Besitztitel aus der Kolonialzeit rechtlich etabliert und an „jene Völker, die nicht über Land verfügten“ verteilt worden. Bei dieser Umverteilung von Land wurden sowohl nationale Ländereien, die davor der Krone gehört hatten, als auch Ländereien, die in Privatbesitz waren (diese allerdings gegen eine Abfindung), herangezogen (vgl. ebd. 65). In den Worten des Autors zu den Vorgängen jener Zeit: „La aplicación de una serie de mecanismos de expropiación de la tierra al trabajador [sic!] directo, hasta llevarlo [...] a convertirse en trabajador ‚libre‘, integrante del ejército de reserva más amplio y flexible de toda Centroamérica.“ (Menjívar Larín 2005:63)

2.2 „La Matanza“ – Der Genozid von 1932

1932 organisierten die kommunistischen Bewegungen des Landes einen Volksaufstand der von Farabundo Martí, nach dem sich 50 Jahre später die FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) benennen sollte, angeführt wurde. Mithilfe von Feliciano Ama, einem Bauernführer, konnte die indigene Bevölkerung zur Unterstützung des Aufstands gewonnen werden. Der Bauernaufstand wurde niedergeschlagen, und aus Rache ein Genozid an der indigenen Bevölkerung, die aus

propagandistischen Gründen mit der „kommunistischen Bedrohung“ gleichgesetzt wurde, begangen. Unter General Maximiliano Martinez Hernandez kam es zu einem Massaker, dem 30.000 Menschen zum Opfer fielen. *La Matanza* bleibt bis heute ein nicht aufgearbeitetes Trauma. Im Jahr 2011 wurde zum ersten Mal seit 79 Jahren eine öffentliche Gedenkveranstaltung abgehalten, bei der sogar ein Zeitzeuge berichtete (La Pagina 2011).

2.3 Der BürgerInnenkrieg

„Soy una niña de la guerra. Con un padre y una madre medio muerto de la guerra.”
- Marisela

Als Auslöser des BürgerInnenkriegs gilt die Ermordung des katholischen Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero im Jahr 1980. Romero hatte sich bei der Oligarchie unbeliebt gemacht, indem er die Repression des Regimes in seinen Predigten öffentlich anprangerte. Im Krieg standen sich fünf Guerillaorganisationen, unter dem FMLN vereinigt, und die Regierungstruppen bzw. paramilitärische Gruppierungen gegenüber. Die erste Phase des BürgerInnenkriegs bis 1983 war durch die Verfolgung von Oppositionellen durch die sogenannten Todesschwadronen gezeichnet. Roberto D’Abuisson gilt als Gründer und Befehlshaber der Todesschwadronen (vgl. Luther 2008:229). 1981 gründete er die ARENA-Partei (Alianza Republicana Nacionalista de El Salvador), die als politischer Arm der Oligarchie gilt und zwischen 1989 und 2009 die Regierung stellte (vgl. Zinecker 2004:115).

Während des gesamten Kriegs unterstützten die USA trotz internationaler Kritik an den Menschenrechtsverletzungen die Regierungstruppen finanziell und durch Ausbildung des salvadorianischen Militärs in der Guerillabekämpfung („counterinsurgency“) mittels der *Escuelas de las Américas* (vgl. Luther 2008:229). Der bewaffnete Konflikt forderte 75000 bis 80000 Opfer, wobei 85% der zivilen Opfer dem Militär bzw. den von der Oligarchie finanzierten Paramilitärs zugeschrieben werden (vgl. Almeida 2008:178). 10.000 Personen gelten als *desaparecidos*, was bedeutet, dass ihre Überreste nie gefunden wurden. Das „Verschwindenlassen“ stellt für die Hinterbliebenen eine

besondere Qual da, weil nie mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass der/die Vermisste nicht doch noch am Leben ist. Eine Aufarbeitung der Verbrechen des BürgerInnenkriegs bleibt bis heute aus. Durch eine Generalamnestie im Jahr 1993 verhinderte die Oligarchie, dass die Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden.

2.4 Die Zeit seit dem Friedensabkommen

In der Endphase des BürgerInnenkriegs, drei Jahre vor den offiziellen Friedensabkommen 1992, gewann die ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) die Wahlen und stellte somit die neue Regierung. Sie blieb bis zu den Wahlen im Jahr 2009 an der Macht, wurde dann aber von der linksgerichteten FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) abgelöst. In den zwanzig Jahren ARENA-Regierung wurden zahlreiche Privatisierungen gestartet und bis auf die Gesundheitsreform, die am Massenprotest der Bevölkerung scheiterte, wurden diese auch implementiert. Schon 1991 veranlasste Präsident Alfredo Cristiani eine Kreditaufnahme bei der Weltbank. Der Kredit wurde im Rahmen eines Strukturanpassungsprogramms aufgenommen, in dem sich die Regierung dazu verpflichtete, staatliche Unternehmen zu privatisieren, staatliche Förderungen zu kürzen und das Budgetdefizit zu reduzieren (Almeida 2008: 194). Almeida spricht hierbei von „second phase reforms beyond mere stabilization policies to deeper structural changes, such as privatization and decentralization of basic social services administered by the central government“ (ebd.: 185).

Der Ressourcenkonflikt um „El Dorado“

An dieser Stelle soll nun kurz der Ressourcenkonflikt, in dem das Radio Victoria eine Rolle spielt, erläutert werden um den nicht-demokratische Charakter des salvadorianischen Regimes aufgezeigt und die demokratiefördernde Arbeit des Radio Victoria zu verdeutlichen.

„El Dorado“ ist der Name eines Bergbauprojekts, das in der nördlichen Provinz Cabañas angesiedelt ist. Das Gebiet befindet sich im mittelamerikanischen Goldgürtel und weist Gold- und Silbervorkommen auf. Schon während der Kolonialzeit wurde dort Gold

gefördert, allerdings nur in kleinem Ausmaß. Seit den 1990er Jahren ist das Interesse an der Ressourcenquelle wieder erwacht. Im Jahr 2002 begann die kanadische Firma Pacific Rim mit Bohrungen auf einer 144 km² großen Landfläche, auf der die Mine *El Dorado* errichtet werden soll. Dazu musste das Unternehmen bei der salvadorianischen Regierung eine Konzession beantragen, die ihm das Recht gibt, Untersuchungen dazu anzustellen, wie groß das Ressourcenvorkommen ist, und ob sich eine Goldförderung lohnen würde. Pacific Rim vermutet, dass die Mine 1,4 Millionen Unzen an Gold abwerfen würde (vgl. Pacific Rim o.j.).

Eine weitere Konzession, mit der Pacific Rim die Ausbeutung der Ressourcen beginnen könnte, wurde bis heute nicht erteilt. Aus diesem Grund hat der Konzern 2009 zwei Klagen gegen den salvadorianischen Staat eingereicht, die eine vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) und die andere unter dem Investitionsgesetz von El Salvador. Das Unternehmen verklagt den Staat auf 315 Millionen Dollar, die ihm durch die Blockade der Goldförderung entgangen seien (La Prensa 18.10.13). Das ICSID ist Teil der Weltbankgruppe. Die Klage wurde mit dem Central American Free Trade Agreement (CAFTA) begründet, welches zwischen den mittelamerikanischen Staaten, der Dominikanischen Republik und den USA unterzeichnet wurde. Das Freihandelsabkommen verpflichtete El Salvador dazu, dem Unternehmen die nötigen Konzessionen zur Förderung der Edelmetallvorkommen zu erteilen. Um die Klage im Rahmen des CAFTA einreichen zu können, verlegte die kanadische Firma ihren offiziellen Firmensitz in die USA, da Kanada selbst weder Vertragspartner des CAFTA noch des ICSID ist. Aus diesem Grund wurde die Klage vom ICSID fürs Erste abgewiesen und an die salvadorianische Gerichtsbarkeit (Investitionsgesetz) weiterverwiesen (vgl. La Prensa 02.06.12 und UNES 06.13).

Im Oktober 2013 wurde die gesamte *Pacific Rim Mining Cooperation* durch den australischen Minenkonzern *Oceana Gold* aufgekauft (Mesa Nacional 17.10.13).

„Podemos vivir sin oro, pero no sin agua“ - Die Widerstandsbewegung gegen das Minenprojekt

Das Projekt stieß bei einem Großteil der Bevölkerung der Region auf Ablehnung, was sich in zahlreichen Märschen gegen den Goldbergbau im Allgemeinen und El Dorado im Besonderen niederschlug. Die Widerstandsbewegung setzt sich aus

Umweltorganisationen und Gemeindenetzen zusammen und wird auch vom Franziskanerorden und anderen Teilen der katholischen Kirche unterstützt. Es folgte die Gründung der *Mesa Nacional Frente a la Minería*, die als Sprachrohr fungiert (vgl. Mesa Nacional o.j.).

Als Gründe für die Ablehnung des Projekts werden die Auswirkungen auf die Umwelt sowie die geringe Beteiligung der Region und ihrer Bevölkerung an den Profiten aus dem Goldbergbau genannt (vgl. UNES 06.13). Die Besteuerung der Profite ist per Gesetz so festgelegt, dass lediglich zwei Prozent des Gewinns im Land bleiben müssen, wobei jeweils ein Prozent für die Regionalregierung und für den Nationalstaat vorgesehen sind (vgl.ebd).

In der Region fließt der Fluss Titihuapa, der eine der letzten Trinkwasserressourcen des Landes darstellt. Ungefähr 95% der Flüsse El Salvadors werden als nicht mehr zu Trinkwasserqualität aufwertbar eingestuft. Der Fluss ist einer der wenigen, der noch zu Trinkwasser aufbereitet werden kann. Die Mine würde zur Gewinnung der Edelmetalle Wasser aus dem Fluss beziehen und dieses dann verschmutzt zurückleiten. Dies bedeutet eine Gefahr für die Lebensgrundlage der BewohnerInnen der Region und hätte erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungsautonomie El Salvadors, das nun vollends auf Wasserimporte angewiesen wäre. Weiters wird befürchtet, dass der Einsatz von Chemikalien bei der Rohstoffgewinnung die Agrarflächen der Umgebung vergiften und die BewohnerInnen der Umgebung somit ihrer Ernährungsgrundlage berauben könnte.

3 Die Demokratisierung des salvadorianischen Regimes – Zwischen Autoritarismus und Demokratie

Ziel dieses Kapitels ist es, das politische Regime El Salvadors theoretisch zu verorten. Es soll überprüft werden, ob El Salvador den Übergang zur Demokratie vollzogen hat. Hierzu werde ich den folgenden Leitfragen nachgehen:

- Was ist Demokratie?
- Was ist Demokratisierung?
- Ab welchem Punkt kann ein Regime demokratisch genannt werden?

Diese Fragen werde ich im Rahmen der Demokratisierungstheorien erörtern. Hierzu werden zunächst einige Grundbegriffe dieser Debatte vorgestellt.

In einem zweiten Schritt wird die Transition des salvadorianischen Regimes und die aktuelle politische Situation im Detail betrachtet.

Die Ausführungen dieses Kapitels dienen dazu, den politischen Kontext zu beschreiben, in dem das Fallbeispiel Radio Victoria agiert. Anhand der Analyse der salvadorianischen Transition werden die Demokratiedefizite des Regimes sichtbar. Dies ist von Bedeutung, da somit die Bereiche, in denen Demokratisierung von Nöten ist, deutlich werden und geklärt wird, in welcher Hinsicht das Radio einen Beitrag leisten kann.

Als erstes werde ich den Begriff *Demokratie* umreißen, um in weiterer Folge auf die Demokratisierungstheorie einzugehen.

3.1 Annäherung an den Demokratiebegriff

Demokratie hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts als hegemoniales Politikkonzept durchgesetzt (vgl. Salzborn 2012:7). Die NGO Freedom House klassifizierte in ihrem Report aus dem Jahr 2013 61% der Regierungen weltweit als *electoral democracies* (Freedom House 2013). Es gibt allerdings die verschiedensten Ansichten darüber, was genau Demokratie ausmacht, was ihr Wesen ist. Heute wird in weiten Teilen der Welt Demokratie mit dem liberalen Modell der USA gleichgesetzt (vgl. Crouch 2002:10). Dieses wird in den meisten Fällen mit einem „auf formale Gleichheit, das

parlamentarische Prozedere und die staatlichen Institutionen begrenzten Demokratieverständnis“ identifiziert, in welchem die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus von Partizipation vorgesehen ist (Lösch 2007:40 und vgl. Crouch 2002:10). Im globalen sowie im historischen Vergleich lassen sich aber diverse Demokratiemodelle ausmachen, die sich deutlich von der sogenannten „westlichen“ Demokratie unterscheiden, wie zum Beispiel die partizipativen Demokratiemodelle Venezuelas und Boliviens (vgl. Gabriel 2007). Aber auch unter den „westlichen“ Ländern lassen sich Varianten von *Demokratie* ausmachen, die sich in einen oder anderen Aspekt bedeutend unterscheiden. In der Transitionsforschung wird trotz dieser begrifflichen Unschärfe Demokratisierung meist als eine Annäherung an ein imaginäres „westliches“ Modell von Demokratie verstanden (vgl. O'Donnell 1997:44).

Das Spannungsverhältnis zwischen divergierenden Meinungen ist ein Wesenszug von Demokratie. Das geht so weit, dass in einer Demokratie auch zur Debatte steht, was diese eigentlich ausmacht. „Demokratie ist also ein komplexes Kampffeld, auf dem sich soziale Gruppen wiederum um die richtige Form der Demokratie streiten, ihre Vorstellungen verallgemeinern und hegemonial werden.“ (Demirovic 1997:19) In diesem Sinne ist selbst die Auslegung, wie das demokratische Zusammenleben gestaltet werden soll, Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten (vgl. Salzborn 2012:7).

Die verschiedenen Demokratiebegriffe befinden sich in einem Spannungsverhältnis von empirischen und normativen Auslegungen. Die empirischen Demokratiebegriffe orientieren sich eher am Ist-Zustand und zeigen notwendige bzw. gegebene Grenzen von Demokratie auf. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich dessen bewusst zu sein, dass keinen historischen Fall gibt bei dem mit der Demokratisierung einer Gesellschaft alle Konflikte, Ressourcenknappheiten und Machtgefälle aufgehört haben zu existieren (vgl. Pelinka 1999:17). Die Gefahr bei solchen Ansätzen ist allerdings, dass die Ansprüche an Demokratie so weit heruntergeschraubt werden, bis sie auf die Realdemokratien passen (vgl. Crouch 2008:9). „In dieser Weise praktizierte Theorie kann – mit radikaler Geste – durchaus zur Selbstentmündigung und zum Konformismus gegenüber den realen Tendenzen beitragen – und dies umso mehr, wenn die gesellschaftlichen Entwicklungen als übermächtig repräsentiert werden.“ (Demirovic 1997:8) Angesichts dieser Dynamik gewinnt der utopische Charakter normativer

Demokratiebegriffe an Bedeutung, da er einen Maßstab für das Handeln bietet. Mit dem Idealbild einer Demokratie vor Augen kann Kritik an bestehenden Regimen geübt und können Handlungsanweisungen formuliert werden (vgl. Crouch 2008:9). Eine konsequente Demokratietheorie, die auch den Anspruch stellt, zukunftsweisend zu sein, muss also ein Ideal von Demokratie beinhalten und dieses an Hand der realen Gegebenheiten überprüfen. In diesem Sinne plädiert Pelinka (1999:21) für einen *sowohl* utopischen *als auch* empirischen Demokratiebegriff, der realistisch akzeptiert, dass Macht unvermeidbar ist, aber trotzdem zukunftsweisenden Charakter hat.

Den folgenden normativen Demokratiebegriff werde ich als demokratisches Ideal in dieser Arbeit heranziehen:

„Demokratie als Form der kollektiven Selbstbestimmung und Selbstregierung des Volkes“ bei der es um „die Gestaltung und Förderung der Gesamtheit seiner Lebensverhältnisse, also die alle Mitglieder des politischen Gemeinwesens einschließende und gleichberechtigte Beteiligung an der Entscheidung über zukünftige Entwicklungen ihres Verhältnisses zueinander und zu anderen, die (noch) nicht dazugehören, sowie die Verwendung von knappen Ressourcen für gemeinsame Ziele“ geht. (Demirovic 1997:12)

Diese Definition geht in ihren Anforderungen über eine rein repräsentative Demokratie hinaus. Demirovic versteht unter Mitbestimmung mehr als nur die Wahl von RepräsentantInnen, die im Namen der WählerInnen Entscheidungen treffen sollen. Entscheidungen sollten diesem Demokratieverständnis nach nicht nur bezüglich der RepräsentantInnen, sondern bezüglich der Gestaltung der gesamten Lebensverhältnisse von allen getroffen werden. Aus dieser Definition lassen sich allerdings keine Vorschläge für die genaue Umsetzung von Demokratie ablesen, also dafür, wie dieses Ideal in der Realität verwirklicht werden kann.

Eine Gesellschaft sollte sich selbstkritisch auf das Ideal der Demokratie hinbewegen, in einem ständigen expansiven Demokratisierungsprozess.

„Das Fehlen von Demokratie in wesentlichen Sektoren der Gesellschaft macht die Gefahr aus – und nicht etwa das Vordringen von Demokratie. Dieses Vordringen von Demokratie äußert sich in einer ständigen Verbreiterung der gesellschaftlichen Basis, die Partizipation ermöglicht; Partizipation, die jedenfalls über bloße Bestätigung stabilisierter Eliten hinausgeht.“ (Pelinka 1999:26)

Wie diese Ausführungen gezeigt haben, ist es eine Herausforderung, den Begriff Demokratie exakt zu verwenden, da er polysemantisch ist. In dieser Arbeit beziehe ich

mich mit *Demokratie*, wenn nicht anders angemerkt, auf die oben zitierte, normative Definition von Demirovic.

3.2 Transitionsforschung und die „Dritte Welle der Demokratisierung“

In diesem Abschnitt wird die Transitionsforschung in ihren Grundzügen beschrieben, um mit ihrer Hilfe Rückschlüsse auf die salvadorianische Demokratisierung zu ziehen. Die Transition der salvadorianischen Gesellschaft, weg von einem autoritären Regime und hin zu einem demokratischeren, wird zur sogenannten „dritten Welle der Demokratisierung“ gezählt. Dieser Begriff geht auf Samuel Huntington zurück (1991a), der in einem historischen Überblick drei Wellen der Demokratisierung identifiziert. Damit sind Zeitabschnitte gemeint, in denen die Anzahl der Länder, die sich zu Demokratien transformiert haben, größer ist als jene, bei denen das Gegenteil der Fall war. In anderen Worten: es sind Wellen, in denen ein demokratischer „Zeitgeist“ um die Welt gegangen ist (vgl. Diamond:1997 xiii). Die drei Wellen haben laut Huntington wie folgt stattgefunden (1991b:12f): Die erste begann in den 1820er Jahren, mit der Ausweitung des Stimmrechts auf größere Teile der US-amerikanischen männlichen Bevölkerung, und endete einige Jahre nach Ende des ersten Weltkriegs mit der Machtergreifung Mussolinis in Italien. Die zweite verortet der Autor nach dem zweiten Weltkrieg: sie wurde durch den Sieg der Alliierten eingeleitet. Die dritte Welle wurde 1974 durch die portugiesische Nelkenrevolution eingeleitet. Jede dieser Wellen hat eine Reihe von Rückfällen nach sich gezogen, in der zwar nicht alle, aber einige der neuen Regime zum Autoritarismus zurückkehrten (vgl. Huntington 1997:6). Im Zuge der *dritten Welle* wurden nach Portugal und Spanien erst ein Großteil der Länder Südamerikas und anschließend, nach dem Fall der Sowjetunion, Osteuropa und die mittelamerikanischen Staaten demokratisiert. Im Jahr 1996 hatten 61% aller Staaten eine zumindest formelle Demokratie, was bedeutet, dass sich Demokratie (zumindest in ihrer repräsentativen Erscheinungsform) als die typische Form von Regierung durchsetzte. Weltgeschichtlich gesehen befindet sich Demokratie somit auf dem Höhepunkt ihrer Verbreitung und setzt sich als hegemoniales Politikkonzept durch (Crouch 2008:7 und Salzborn 2012:7). Hierbei stellt sich allerdings die durchaus

problematische Frage, was eigentlich eine Demokratie ist, ab welchem Punkt eine Gesellschaft als demokratisch gelten kann, und ob dies für die jungen Demokratien, die aus der dritten Welle hervorgegangen sind, bereits zutrifft. Um der Beantwortung dieser Frage näher zu kommen, werden nachfolgend einige Grundbegriffe der Transitionsforschung erläutert.

Grundbegriffe der Demokratisierungstheorie

Die Transitionsforschung setzt sich mit dem Übergang autoritärer Regime zur Demokratie auseinander. Sie entwickelte sich im Zuge der *dritten Welle* und als ihr Standardwerk gilt das vierbändige Werk „Transition from Authoritarian Rule“, das im Jahr 1986 von O'Donnell und Schmitter herausgegeben wurde (vgl. Zinecker 2007:35). Die Debatte um Demokratisierung wurde seit ihrem Aufkommen durchaus kontrovers geführt, und es haben sich diverse Strömungen herausgebildet (vgl. ebd.: 35ff.). Im Allgemeinen beschreibt Transition das Intervall zwischen einem politischen Regime zum nächsten. In dieser Phase befinden sich die Regeln des politischen Spiels im Fluss, und es wird um ihre Festlegung „verhandelt“ (vgl. O'Donnell/Schmitter 1986:6). Es werden nun die Begriffe *Regime*, *Liberalisierung*, *Konsolidierung* und *Polyarchie* erläutert.

3.2.1 Regime

An dieser Stelle möchte ich kurz auf die Definition von *Regime* verweisen, da dieser Begriff bei den etablierten TransitionstheoretikerInnen zur Verwendung kommt und in dieser Arbeit übernommen wird. O'Donnell und Schmitter definieren *Regime* wie folgt (1986:73):

„By it, we mean the ensemble of patterns, explicit or not, that determines the forms and channels of access to principal governmental position, the characteristics of the actors who are admitted and excluded from such access, and the resources or strategies that they can use to gain access.“ Für die Etablierung eines Regimes braucht

es, so die Autoren, Institutionalisierung.³ In diesem Sinne müssen jene Muster, die ein Regime auszeichnen, von allen gekannt, praktiziert und akzeptiert werden. Im Alltagsgebrauch hat der Begriff *Regime* eine negative Konnotation und wird meist in Zusammenhang mit pejorativen Adjektiven, wie z.B. totalitär oder diktatorisch verwendet (vgl. Duden o.j.). Bei O'Donnell und Schmitter hat *Regime* allerdings keinen normativen bzw. qualitativen Charakter. So sind autoritäre wie auch demokratische Regime möglich. Diese unterscheiden sich von einander z.B. im Vorhandensein bzw. in den Mustern und dem Grad der Repression (vgl. ebd.).

Zinecker kritisiert, dass sich *Regime* in der Transitionsforschung meist nur auf die formelle Institutionen bezieht. Diese Konzeption greife zu kurz, da sie die politischen Aktivitäten der Zivilgesellschaft ausklammere. Damit widerspricht sie der Annahme von Linz und Stepan, die Zivilgesellschaft nicht als ein *politisches Projekt* ansehen (vgl. Zinecker 2007:77). In diesem Sinne schreibt die Autorin: „Ist jedoch Zivilgesellschaft politisch, dann ist sie auch Teil des politischen Regimes. Diese Sichtweise impliziert einen breiten Begriff (nationaler) politischer Regime als Kategorie der *comparative politics*, der nicht nur formelle Institutionen und Verfahren einschließt, sondern auch informelle Normen und Relationen.“ (ebd.) Sie stellt also fest, dass auch die Zivilgesellschaft einen Teil des Regimes darstellt. So seien gewisse Regime-Segmente zwar im Staat verortet, bestünden allerdings nur durch ein *Hineinwirken* in die Zivilgesellschaft. Zum Beispiel kann ein Wahlregime nur dann bestehen, wenn die Zivilgesellschaft auch Gebrauch von ihrem Stimmrecht macht (vgl. ebd.). In diesem Sinne plädiert die Autorin für eine erweiterte Auffassung des Regimebegriffs, die nicht nur die formellen Institutionen als Teil des politischen Regimes, sondern auch die Zivilgesellschaft als ausschlaggebendes Moment einschließt. Dadurch wird verhindert, dass *Regime* lediglich auf die Rolle der Eliten hin analysiert werden und die Rolle der Massen aus dem Blickfeld verschwindet.

³ Zur Definition von *Institution*: „Institutions are regularized patterns of interaction that are known, practiced and regularly accepted (if not necessarily normatively approved) by actors who expect to continue interacting under the rules sanctioned and backed by that pattern. [...] Sometimes, institutions become complex organizations: they are supposed to operate under highly formalized and explicit rules, and materialize in buildings, rituals and officials.“ (O'Donnell 1997:42f) Mit *formellen Institutionen* sind in dieser Arbeit die offiziellen Institutionen eines Staatsapparats gemeint.

3.2.2 Liberalisierung

Den Anfang einer Transition bildet laut O'Donnell und Schmitter die Phase der Liberalisierung (vgl. ebd.:7). In dieser lockert das autoritäre Regime die Repression bis zu einem gewissen Grad. Die Rechte der Bevölkerung werden neu definiert und ausgeweitet. Besonders ausschlaggebend ist hier das Recht von Individuen und Gruppen auf Schutz vor Übergriffen durch die Regierung oder Dritte. In dieser Phase werden erstmals auch kritische Stimmen zugelassen, allerdings nur in einem Ausmaß, das von den MachthaberInnen nicht als Gefahr für das Regime wahrgenommen wird. Durch die Liberalisierung sinken die effektiven bzw. befürchteten „Kosten“, sich als DissidentIn zu engagieren. Hierbei spielen Vorbilder eine wichtige Rolle, und so sind es anfangs nur wenige, die das Wagnis eingehen und öffentlich ihre Meinung kundtun. Diesen Beispielen folgen immer mehr Menschen nach, die Liberalisierung verselbstständigt sich ab einem gewissen Punkt. Wichtig ist, dass die effektiven und wahrgenommenen Kosten für die Ausübung vor allem des Rechts auf freie Meinungsäußerung sich verringern. Diese Phase ist allerdings prekär, da die Liberalisierung von der Regierungsmacht abhängt und auch wieder rückgängig gemacht werden kann. Ist letzteres nicht der Fall, dann stößt die Liberalisierung gesellschaftliche Prozesse an und stellt den Anfang von Transition dar (vgl. O'Donnell/Schmitter 1986:7). Im Laufe dieser Transition werden formelle demokratische Institutionen instandgesetzt. Dieser Vorgang bildet den „harten“ Kern der Transition. Sind die Institutionen in der einen oder anderen Form etabliert, stellt sich die Frage der *Konsolidierung*.

3.2.3 Konsolidierung

Die Verwendung des Begriffs *Konsolidierung* ist in der Literatur durchaus kontrovers. Laut Avritzer lassen sich in der Transitionsforschung zwei Erklärungsmuster für die „Post-Transitionssituation“ ausmachen (vgl. 2002:32). Die Rede ist von dem Zeitpunkt, an dem die Demokratisierung so weit fortgeschritten ist, dass ein gewisses Set an demokratischen Institutionen eingesetzt wurde und die Möglichkeit besteht, dass die demokratischen Errungenschaften *konsolidiert* werden.

Als erstes werde ich den Standpunkt der Autoren Linz und Stepan erläutern. *Konsolidierung* im Sinne der beiden stellt die Verfestigung eines Erfolgs, des Ergebnisses der Transition dar. Eine Demokratie wird hier als erfolgreich *konsolidiert* angesehen, wenn keine direkte Gefahr besteht, dass sich das Regime zu einem autoritären (zurück-)wandelt. In den Worten der Autoren: "By a 'consolidated democracy' we mean a political regime in which democracy as a complex system of institutions, rules, and patterned incentives and disincentives has become, in one phrase, 'the only game in town'." (Linz/Stepan 1997:15) Dies sei dann der Fall, wenn keine signifikante politische Gruppe versucht, das demokratische Regime umzustürzen oder sich durch Gewalt von diesem loszulösen. *Konsolidierung* ist demnach dann abgeschlossen, wenn alle Akteure daran gewöhnt sind, dass politische Konflikte innerhalb des Staates nach etablierten Normen geklärt werden (vgl. Linz/Stepan 1996:15). Wenn diese Bedingungen gegeben sind und sogar in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen eine überwiegende Mehrheit davon überzeugt ist, nötiger Wandel müsse innerhalb der demokratischen Parameter stattfinden, dann kann eine Demokratie als konsolidiert bezeichnet werden. "In short, with consolidation, democracy becomes routinized and deeply internalized in social, institutional, and even psychological life, as well as in political calculations for achieving success." (ebd. 1997:16) *Konsolidierung* sagt, laut Linz und Stepan, allerdings nichts über die Qualität des demokratischen Regimes aus. "Consolidation does not necessarily entail a high-quality democracy or a high-quality society." (ebd.:30) Die Autoren definieren *Konsolidierung* lediglich als eine Art Stabilisierung von demokratischen Minimalanforderungen, ohne dass die akute Gefahr eines neuerlichen Regimewechsels bestünde. Das bedeutet allerdings keineswegs, dass es nie wieder zu einem nicht-demokratischen Regime kommen kann. Unter manchen Umständen sei es trotz *Konsolidierung* möglich, dass ein Regime wieder autoritäre Züge annimmt. Die Autoren merken an, dass an diesem Punkt die Transformation zwar abgeschlossen ist, es aber trotzdem noch die Möglichkeit gibt, die Qualität der „Demokratie“ zu vertiefen:

"We also do not want to imply that consolidated democracies could not continue to improve their quality by raising the minimal economic plateau on which all citizens stand, and by deepening popular participation in the political and social life of the country." (ebd.:16)

In Bezug auf die Charakteristika, denen ein Regime entsprechen muss, um als Demokratie bezeichnet werden zu können und in weiterer Folge die Möglichkeit der Konsolidierung zu haben, verweisen die Autoren auf den Begriff der Polyarchie (vgl. ebd.:14; zur Definition siehe unten in Kap. 3.2.4).

Eine andere Auffassung von *Konsolidierung* wird von O'Donnell und in ähnlicher Form auch von Zinecker vertreten. Zinecker kritisiert an Linz und Stepan's Argumentation: „Konsolidierung impliziere also nicht die Erweiterung und Vertiefung, sondern lediglich die Sicherung demokratischer Spielräume.“ (Zinecker 2007:83) Dieser Auffassung nach reicht die Errichtung formeller demokratischer Institutionen nicht aus, um von einer *konsolidierten* Demokratie sprechen zu können, selbst wenn sich keine Gefahr des Rückfalls abzeichnet und ihr Bestehen gesichert scheint (vgl. auch O'Donnell 1996:5). In diesem Zusammenhang führt O'Donnell einen Subtyp für Demokratie ein, namentlich die *delegative Demokratie*. Dieser Begriff bezeichnet ein Regime, das zwar die Institutionen einer repräsentativen Demokratie eingesetzt hat, aber trotzdem nicht als konsolidierte Demokratie bezeichnet werden kann. Das Problem eines solchen Regimes stellt die unverhältnismäßige Machtposition der gewählten RepräsentantInnen dar.

“As O'Donnell has noted, many Latin American executives behave as if their election represented an unquestionable mandate to govern the country as they see fit. Accordingly, they have treated the legislature, judiciary and other agencies – whose existence and proper operation are imperative for effective democratic governance – as obstacles to their political goals.” (Lowenthal 1997:60)

Das Problem, das sich hier für O'Donnell abzeichnet, ist, dass in den jungen Demokratien (allerdings nicht nur in diesen) zwar demokratische Regeln etabliert und institutionalisiert sind, sich die Praxis allerdings meist nach informellen Regeln orientiert. Für den Begriff der *Konsolidierung* bedeutet dies, dass die Etablierung eines Minimalsets an demokratischen Institutionen allein nicht für eine *konsolidierte* Demokratie ausreicht. Für Zinecker wie auch O'Donnell bezeichnet dieser Begriff einen fortlaufenden Prozess, der die Reichweite von Demokratie ausbaut und diese unter anderem durch Partizipation tiefer in der Gesellschaft verankert (vgl. O'Donnell 1996:5 und Zinecker 2007:83).

O'Donnell sieht *Konsolidierung* durch seine Verwobenheit mit dem Begriff der *Demokratie* als problematisch, da beide einen polysemantischen Charakter haben (Vgl. O'Donnell 1997:45). Er kritisiert, dass die Defizite, die bei *unkonsolidierten* Demokratien angeprangert werden, genauso bei einigen *alten* Demokratien nachweisbar sind. Im Falle der alten „westlichen“ Demokratien würde allerdings niemand behaupten, es handle sich um Demokratien, bei denen um die Konsolidierung gebangt werden müsse. So findet sich Partikularismus auch in den schon länger etablierten Demokratien. Auch dort sei es der Fall, dass die formell institutionalisierten Regeln nicht mit den informellen Regeln, der Praxis, übereinstimmen. „... The formal rules about how political institutions are supposed to work are often poor guides to what actually happens.“ (ebd.) Auch wenn jene Kluft zwischen formellen und informellen Regeln in den jungen Demokratien größer ist, stellt sich die Frage, von welchem Ideal von Demokratie in der Demokratisierungsdebatte eigentlich die Rede ist. In diesem Sinne warnt O'Donnell davor, Konsolidierung als ein teleologisches Phänomen zu betrachten, das Demokratien nach dem Vorbild des *Westens* „komplett machen soll“ (vgl. ebd.44; und s.a. Kapitel 3.2.3). Es würde vergessen, dass Demokratie oftmals auch in den sogenannten „entwickelten“ Ländern nicht frei von Defekten ist. So kommen beispielsweise Italien, Japan und Indien in der Literatur nicht als *unkonsolidiert* vor, obwohl dort Klientelismus und Partikularismus zur Praxis gehören (vgl.ebd.47). Es handelt sich also um eine Idealisierung der *westlichen* bzw. *alten* Demokratien. Generell plädiert O'Donnell für eine Aufgabe des Begriffs der Konsolidierung, da er Länder mit verschiedener kultureller Prägung nach denselben formellen Kriterien beurteile (1996:34ff.).

Heidrun Zinecker übt ebenfalls Kritik am Begriff der *Konsolidierung* und warnt davor diesen analytisch mit Stabilität und Fortbestand des neuen Regimes zu verknüpfen. Dieser Impetus der Verfestigung des Bestehenden unterbinde die nötige Dynamik von Demokratisierung, „weil sie per definitionem die Antizipation von Offenheit und Alternativität von Entwicklung vermeiden und sich auf die Verfestigung des Bestehenden stützen muss.“ (Zinecker 2007:86) In der Politik, wie auch der Theorie, werde der Ruf nach Stabilität durch Konsolidierung auch mit dem Wunsch nach Regierbarkeit verbunden. Mit dieser Argumentation würden radikaldemokratische Akteure als demokratiegefährdend dargestellt (ebd.85). „Ich dagegen vertrete die

Position einer nachhaltigen Konsolidierung, einer permanenten Vertiefung von demokratischer Entwicklung auch über die Transition hinaus.“ (ebd.86)

Zineckers Auffassung deckt sich hier mit jener Pelinkas, der Demokratisierung als „ständige Verbreiterung der gesellschaftlichen Basis, die Partizipation ermöglicht“, versteht (Pelinka 1999:26). Demokratie muss, so Pelinka, auf die wesentlichen Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt werden und darf sich nicht auf die Bestätigung stabilisierter Eliten beschränken. Demokratie sei grundsätzlich nicht mit Stabilisierung gleichzusetzen. Ihrem Wesen nach sei sie eher stabilitätsbedrohend, da sie immer gegen den *status quo* einer gegebenen Machtverteilung gerichtet sei (vgl. ebd.).

3.2.4 Polyarchie

Wie erwähnt beziehen sich O'Donnell, Linz und Stepan auf ein Set von Minimalcharakteristika die im Zuge der Transition etabliert werden müssen. In diesem Zusammenhang verwenden sie den Begriff der *Polyarchie* der auf Robert Dahl zurückgeht (vgl. O'Donnell 1997:41; Linz und Stepan 1997:14). *Polyarchie* beschreibt eine Reihe von Kriterien, die notwendig, allerdings keineswegs hinreichend für eine Demokratie sind.

“Polyarchie, as defined by Dahl, has seven attributes: 1) elected officials; 2) free and fair elections; 3) inclusive suffrage; 4) the right to run for office; 5) freedom of expression; 6) alternative information; and 7) associational autonomy.” (O'Donnell 1997:41) Die ersten vier Attribute bezeichnen das Grundmerkmal einer Demokratie, nämlich inklusive, faire und freie Wahlen. Die anderen drei beziehen sich auf politische und soziale Freiheiten die für die Zeit zwischen und während den Wahlen grundsätzlich notwendig sind, um Fairness und Konkurrenz bei diesen zu gewährleisten (vgl. ebd.). Eine Polyarchie ist aus normativ-demokratischer Perspektive allerdings sehr beschränkt. So ermöglicht die Erfüllung von Dahls Polyarchie-Kriterien den Wettbewerb im Rahmen von Wahlen, sie garantiert aber nicht den inklusiven Charakter eines Regimes durch weitreichende Partizipation (vgl. Zinecker 2007:1075). Polyarchie, so O'Donnell, trete oft in Verbindung mit Partikularismus auf. In diesen Fällen fehle es zwar nicht an formellen Institutionen, das Gewicht, das diesen oftmals gegeben wird, sei allerdings zu hoch bemessen. “A fixation on highly formalized and

complex organizations prevents us from seeing an extremely influential, informal, and sometimes concealed institution: clientilism and, more generally particularism.” (O’Donnell 1997:46) Dadurch wird nochmals deutlich, dass die grundlegenden demokratischen Institutionen, wie sie im Begriff der Polyarchie definiert sind, zwar notwendig, aber nicht ausreichend für ein demokratisches Regime sind.

3.2.5 Das Konzept des *Regime-Hybriden*

An dieser Stelle sei angemerkt, dass ich mich in meiner Arbeit oftmals auf Zinecker beziehe, da sich diese in zwei Büchern eingehend mit der Transition El Salvadors auseinandersetzt und damit einen der wenigen, umfassenderen Beiträge aus dem deutschsprachigen Raum zu diesem Thema leistet (Zinecker 2004 und 2007). Der Begriff *Regime-Hybrid* geht zwar ursprünglich nicht auf Zinecker zurück, diese definiert ihn aber konsequenter als dies beispielsweise bei Karl (1995) oder gar Barnes (1998) der Fall ist. In ihrer Auseinandersetzung mit El Salvador entwickelt Zinecker einen Kriterienkatalog, durch den der (nicht) demokratische Charakter von Regimen analysiert werden kann. Ich werde nun Zineckers Definition von *Regime-Hybriden* erläutern und im Anschluss daran auf ihre Analyse zu El Salvador eingehen.

Wozu von Regime-Hybriden sprechen?

Wie sich in der beschriebenen Debatte über Demokratisierung abgezeichnet hat, gibt es ein analytisches Problem: In vielen der neuen Regime kann durchaus von einer Demokratisierung gesprochen werden, Demokratie in ihrem normativen Sinn ist allerdings noch nicht eingetreten. Es ist also nicht passend, von Demokratie zu sprechen, die Bezeichnung Autoritarismus tut den Regimen aber auch Unrecht. Um dieses Problem zu lösen, wurden von verschiedenen AutorInnen demokratische Subtypen, sogenannte „Demokratien mit Adjektiven“ eingeführt. Diesen Trend beschreibt Zinecker als „Ernüchterung nach der Gründerzeit“ der Transitionsforschung. Zu diesem Zeitpunkt sei die Anfangseuphorie über die neu entstandenen Regime ins Wanken gekommen, und man habe einsehen müssen, dass die dritte Welle der Demokratisierung hinter den Erwartungen zurückgeblieben war (vgl. Zinecker

2007:37). Der *mainstream* stellte allerdings immer noch nicht in Frage, dass die Transitionen zur Demokratie geführt hatten, und die Aufmerksamkeit richtete sich auf ihre Defizite. So wurden Begriffe wie *delegative*, *formale* oder *defekte* Demokratie eingeführt. Zinecker kritisiert an diesen Begrifflichkeiten, dass sie Defekte beschreiben, die mit dem Substantiv Demokratie im Widerspruch stehen, da sie für konstitutive Kriterien von Demokratie stehen (ebd. 41 und 1068). Es handle sich hier um Regime, die autoritäre wie auch demokratische Elemente aufweisen, aber keine der beiden Extreme darstellen. Zur Lösung dieses Problems greift Zinecker auf den Begriff des *hybriden Regimes* zurück:

„Da diese Regime-Typen angesichts ihrer Verstetigung auch nicht zu den schnell vergänglichen Übergangserscheinungen zu zählen sind, bedurften sie eines Begriffs, der ihren typologisch selbstständigen Regime-Status reflektieren konnte. Eine solche Kategorie wurde in dieser Phase mit dem Begriff ‚Regime-Hybrid‘ geprägt.“ (ebd.:42)

Es gehe hier nicht um ein Regime, das eine demokratische Fassade hat, im „Inneren“ aber ein autoritäres Regime ist. Vielmehr stelle der Regime-Hybrid eine „Ineinander Verschachtelung“ von demokratischen und nicht-demokratischen Inhalten dar (vgl. auch Karl 1995:79). Ein hybrides Regime tritt laut Zinecker dann ein, „wenn das Post-Transitions-Regime mit oligarchischer Herrschaft und mit einer regierenden ‚neuen Rechten‘ zusammenfällt und wenn [...] Regimewechsel nicht mit einem antioligarchischen Pfadwechsel einhergeht und folglich über einen Hybrid nicht hinausgehen kann.“ (2007:1070)

Die Segmente des Regime-Hybriden

Die Autorin identifiziert fünf Regime-Segmente, anhand derer verifiziert werden kann, welche Teilaspekte des Regimes demokratisch sind und welche nicht. Zinecker benutzt hierbei bewusst das Adjektiv „nicht-demokratisch“ anstelle von „autoritär“ für diese Segmente, da in der Transition auch neue nicht-demokratische Segmente hinzukommen können. Diese seien weder Überbleibsel des autoritären Regimes, noch können sie als demokratisch bezeichnet werden. Die Entwicklung könne daher nicht durch die Dichotomie *autoritär-demokratisch*, wie sie in der Transitionsforschung weithin besteht, erfasst werden (vgl. Zinecker 2004:108f).

Ich werde nun auf die Regime-Segmente, die zur Verortung eines Regimes von Bedeutung sind, so wie sie Zinecker (vgl.2007:56ff.) für ihre Analyse zu El Salvador ausgearbeitet hat, eingehen. Diese „Checkliste“ umfasst fünf Grundkriterien (A-E), die „definitorisch-konstitutiv“ für Demokratie sind. Jedes dieser Grundkriterien ist wiederum durch einige Subkriterien konstituiert, wobei diese in ihrer Gewichtung nicht unbedingt ebenbürtig sind. Die Checkliste geht über das Kriterium Wahldemokratie, bei Zinecker auch mit Polyarchie gleichgesetzt, hinaus. Diese ist zwar notwendig, reicht aber nicht aus, um eine Demokratie im normativen Sinn zu konstituieren. Die Grundkriterien sind hierarchisch angeordnet, müssen also stufenweise erfüllt werden. Um sie eindeutig in demokratische und nicht-demokratische Segmente einteilen zu können, sind die Fragen zur Überprüfung mit Ja und Nein zu beantworten. Die Segmente können in dieser Arbeit aus Platzgründen nur umrissen werden. Im Detail können sie bei Zinecker (2007:56ff) nachgelesen werden:

„Grundkriterium A (Nicht-)Zivilherrschaft

Ausräumung militärherrschaftlicher Regimesegmente und Herstellung eines zivilherrschaftlichen Regimes (bei Nichterfüllung – militärherrschaftlich-autoritäres Regime): Ist die Militärherrschaft durch Zivilherrschaft abgelöst, das heißt, steht die Armee unter ziviler Kontrolle?

[...]

Grundkriterium B (Nicht-)Polyarchie

Ausschluss zivilherrschaftlicher autoritärer Regime-Segmente durch die Grundlegung der polyarchischen Regime-Segmente bzw. eines demokratisch-repräsentativen Regimes (Bei Nichterfüllung – zivilherrschaftlich-autoritäres Regime): Ist Autoritarismus durch Polyarchie abgelöst?

[...]

Grundkriterium C (Nicht-)Rechtstaatlichkeit

Ausschluss illiberaler bzw. nichtrechtsstaatlicher Regime-Segmente durch Grundlegung von Rechtstaatlichkeit (bei Nichterfüllung – illiberales Regime): Besteht Rechtstaatlichkeit?

[...]

Grundkriterium D (Nicht-)Zivilisiertheit

Ausschluss violenter nichtstaatlicher Regime-Segmente durch Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols (bei Nichterfüllung - violentes Regime): Übt der Staat das Gewaltmonopol über sein gesamtes Territorium und alle seine Bürger [sic!] aus, so dass nichtstaatliche Gewalt nicht prominent vorkommt?

[...]

Grundkriterium E politische Exklusion/Inklusion

Ausschluss politisch exklusiver Regime-Segmente und Ermöglichen der unbeschränkten und gewaltfreien Partizipation aller – auch der alternativen verfassungskonformen politischen Kräfte, das heißt Ermöglichung eines demokratisch-partizipativen Regimes und einer autonomen Zivilgesellschaft (bei Nichterfüllung – exklusives Regime): Ist politische Inklusion gewährleistet?“

(Zinecker 2007:56ff)⁴

Sobald die Kriterien A und B erfüllt sind, kann, so Zinecker, das autoritäre Regime als abgesetzt bezeichnet werden, und das aktuelle Regime befindet sich in einer „Grauzone“. Die Erfüllung dieser beiden Kriterien setzt sie mit der Phase der Liberalisierung gleich, die, wie in Kapitel 1.3.1 erläutert, den Anfang der Transition darstellt. Erst wenn auch die anderen Kriterien C-E umgesetzt wurden, kann von einer idealtypischen Demokratie gesprochen werden.

Im Anschluss wird nun der salvadorianische Demokratisierungsprozess im Detail betrachtet. Den theoretischen Rahmen hierzu bietet die Transitionsforschung, wie sie im Kapitel 1.3 ausgeführt wurde.

⁴Ich verwende die Anmerkung [sic!] in dieser Arbeit nicht nur, um auf Rechtschreibfehler hinzuweisen. Es wird damit auch fehlende gendergerechte Sprache gekennzeichnet.

3.3 Die salvadorianische Transition

In diesem Abschnitt soll zunächst die Frage nach Anfang und Ende der Transition geklärt werden. In der Literatur über El Salvador finden sich verschiedene Meinungen dazu, wann die Demokratisierung eingesetzt hat. Die folgenden Zeitpunkte werden dort als Anfangspunkte genannt (vgl. Zinecker 2007:639):

- 1) Der Putsch der „Jungen Offiziere“ im Jahr 1979, da dieser die traditionelle Militärdiktatur ablöste.
- 2) Der Beginn des BürgerInnenkriegs 1981 als Transition durch Revolution.
- 3) Der Amtsantritt des ersten zivilen Präsidenten Alvaro Magaña Borja im Jahr 1982.
- 4) Die Amtsübernahme des ersten gewählten, zivilen Präsidenten José Napoleon Duarte.
- 5) Die erste Amtsübergabe von einem gewählten Präsidenten zum nächsten, mit der Wahl von Alfredo Cristiani im Jahr 1989, und dem Beginn ernsthafter Verhandlungsbereitschaft.
- 6) Die Unterzeichnung des Friedensabkommens und damit die Etablierung von Zivilherrschaft 1992.

Zinecker schließt sich mit ihrer Verortung des Transitionsbeginns an die Meinung des Großteils der salvadorianischen AutorInnen an, die mit dem Putsch der „Jungen Offiziere“ die entscheidende Anfangszäsur der Demokratisierung feststellen. Die Transition El Salvadors sei somit durch einen revolutionären Impetus eingeleitet worden. Die Demokratisierung wurde durch Waffengewalt angestoßen, erst *von oben* durch den Putsch des radikal-reformistischen Flügels der Armee 1979, der „Jungen Offiziere“, und dann *von unten* durch den Guerillakrieg der FMLN und ab 1981 durch den BürgerInnenkrieg (vgl. ebd.:639). Die zivil-militärische Junta, die sich 1979 mit Gewalt an die Spitze des Landes setzte, verfolgte einen von der Oligarchie relativ autonomen Kurs. Aus Angst vor den revolutionären Massen befürwortete sie eine reformistische Alternative zur repressiven, verfassungs- und menschenrechtswidrigen, oligarchischen Militärherrschaft. Wie sich durch die sandinistische Revolution im naheliegenden Nicaragua gezeigt hatte, bestand die Gefahr, dass die Massen ein solches Regime nicht länger hinnehmen würden (vgl. Wolf 2009:437). Außerdem verstärkte sich der internationale Druck auf das Militärregime unter Romero, das durch

systematische Verletzung der Menschenrechte und der Verfassung auf Kritik stieß (vgl. Zinecker 2007:640).

Ab einem gewissen Zeitpunkt wurde der Übergang zu einem neuen Regime neben den militärisch-revolutionären Kräften auch von Teilen der Elite unterstützt und vorangetrieben. Die Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Guerillaorganisationen wurde innerhalb der Oligarchie allerdings kontrovers gesehen. In der ökonomischen Elite hatten Transformationen stattgefunden, welche die Reformbereitschaft förderten. Die Oligarchie war seit jeher im Agro-Export-Sektor verankert und kontrollierte Kaffeeexport und Produktion. Durch den BürgerInnenkrieg wurde jener Sektor geschwächt. Viele Ländereien waren von der militärischen Opposition besetzt oder in kriegesischen Auseinandersetzungen zerstört worden. Dadurch sank die nationale Produktion und die bürgerInnenkriegsbedingte Instabilität führt zu massiver Kapitalflucht (vgl. Wolf 2009:435f). In der Oligarchie können Mitte der 1980er Jahre zwei Lager identifiziert werden. Das erste sind die sogenannten *cafeteros*, *tradicionalistas* oder *fundadores*, welche den modernisierungsunwilligen Teil der Oligarchie darstellen. Dieser investierte fast ausschließlich in den Agroexportsektor und sah El Salvador in erster Linie als *finca*. Dieser Teil wehrte sich dagegen, globalisierende Entwicklungen ins Land zu lassen und wollte weiterhin nur von den Kaffeereuten profitieren.

Im Gegensatz dazu bildeten die sogenannten *financieros* die modernisierungsfördernde Fraktion innerhalb der Oligarchie. Diese hatte schon begonnen ihre Investitionen zu diversifizieren und auf den Handels- und Dienstleistungssektor auszuweiten. Einen kleinen Teil dieser Gruppe stellen die sogenannten *árabes* dar, die zwischen den beiden Weltkriegen, hauptsächlich aus den palästinensischen Gebieten immigrierten. Diese sind fast ausschließlich im Handels- und Dienstleistungssektor tätig und haben im Gegensatz zu den übrigen *financieros* kein Standbein im Agrarsektor. Der modernisierungsfördernde Teil der Oligarchie war schon damals um den ersten ARENA-Präsidenten Cristiani versammelt, und schaffte es, den Finanzsektor auf Kosten des Agrarsektors zu stärken. Auch innerparteilich nahmen die *financieros* eine dominante Position ein. So wurden die letzten fünf innerparteilichen ARENA-Präsidenten von diesem Lager gestellt. (vgl. zur innerelitären Transformation: Wolf 2009:435ff und Zinecker 2004:116ff)

Mit dem Sieg der ARENA-Partei und der Präsidentschaft von Alfredo Cristiani wurden weitere Teile der Elite davon überzeugt, dass die Etablierung eines pluralistischen Regimes einen möglichen Ausweg aus dem bewaffneten Konflikt darstellen könnte. Dieses Umdenken stellt allerdings eine rein pragmatische Entscheidung dar und kann nicht als Befürwortung eines inklusiveren Regimes, welches die Umverteilung politischer und ökonomischer Macht ermöglicht, gewertet werden (vgl. Wolf 2009:438 und Zinecker 2004:120).

Die Veränderungen in den ökonomischen Interessen und das Umdenken innerhalb der Oligarchie wirkten wegbereitend für das Friedensabkommen. Es müssen hierbei allerdings auch weitere Aspekte genannt werden. So befanden sich die beiden Kriegsparteien um 1990 in einer militärischen Pattsituation. Keine der beiden Seiten war sich des Sieges sicher und beide sahen sich dazu gedrängt in Verhandlung zu treten. Die sozialen Kosten des Kriegs waren enorm, und die Bevölkerung war nicht mehr bereit, den Krieg weiterzuführen. Die öffentliche Meinung befürwortete Frieden (vgl. Wolf 2009:436)⁵. Die Linke hatte eingesehen, dass eine Verbesserung der Verhältnisse der Subalternen nicht über den militärischen Weg erzielt werden konnte und besann sich auf gewaltfreie Methoden.⁶ Das Ende des kalten Krieges bedeutete auch einen Wegfall der finanziellen Unterstützung von Seiten der USA und der Sowjetunion. Mit dem Fall der Sowjetunion und somit dem Ende des Kalten Kriegs hörte das Interesse bzw. die wahrgenommene Notwendigkeit, Stellvertreterkonflikte zu führen, auf. Zudem wuchs gegen Ende des BürgerInnenkriegs wegen der Menschenrechtsverletzungen der internationale Druck auf die salvadorianische Regierung. In diesem Zusammenhang rief gerade das Massaker an den sechs dem Jesuitenorden zugehörigen Professoren der *Universidad Centroamericana „José Simeón Cañas* (UCA), sowie die Ermordung einer Angestellten und ihrer 16-jährigen Tochter im Jahr 1989 internationale Empörung und entsprechenden Druck hervor (vgl. Wolf 437).

Im Jahr 1992 wurde in Chapultepec unter der Supervision der Vereinten Nationen das Friedensabkommen abgeschlossen, welches den zwölfjährigen BürgerInnenkrieg beendete. Die Unterzeichnung des Friedensabkommens stellt einen bedeutenden

⁵ vgl. Interview mit Raúl Durán Direktor von ACISAM, 10.02.13

⁶ vgl. Interview mit Raúl Durán 10.02.13

Schritt im Demokratisierungsprozess dar. So wird der FMLN als Repräsentant der Subalternen im Parteiensystem legalisiert und den linken Kräften Zutritt zur repräsentativen Demokratie gewährt. Der FMLN ist ein Zusammenschluss der fünf Guerillaorganisationen, die während des BürgerInnenkriegs gegen die Regierungstruppen gekämpft hatten. Zwar stimmten die Unterorganisationen nicht in allen Bereichen überein, da Koalitionen aber nur in Wahlkampfzeiten eingegangen werden können, vereinigten sich die Organisationen zu einer Partei (vgl. Zinecker 2004:120).

Gemäß der Argumentation von Linz und Stepan kann dieser Punkt als Abschluss der Transition gesehen werden. Ab diesem Punkt kann, soweit das möglich ist, davon ausgegangen werden, dass in El Salvador Demokratie „the only game in town“ war. Das kann natürlich nie mit ganzer Sicherheit geschlossen werden, da keine Einsicht in konspirative Pläne, die schlussendlich doch nicht durchgeführt wurden, besteht. Im Kontext der beschriebenen Transformation innerhalb der Oligarchie wie auch in der öffentlichen Meinung liegt aber die Vermutung nahe, dass zu diesem Zeitpunkt keine radikal anti-demokratischen Bestrebungen vorhanden waren.

Zieht man die erläuterte Perspektive von O'Donnell und Zinecker heran, um den Zeitpunkt der Konsolidierung und somit das Ende der Transition festzustellen, stellt sich die Frage, wie tiefgreifend die Demokratisierung war. Wie schon erwähnt, wird Konsolidierung bei diesen als Vertiefung von Demokratie angesehen und tritt nicht schon mit der Errichtung einer Wahldemokratie ein. Laut Zinecker ist das salvadorianische Regime im Transitionsprozess nach der Liberalisierung stecken geblieben (Zinecker 2007:1099). Demnach kann die Demokratisierung im Sinne der beiden AutorInnen nicht als konsolidiert bzw. abgeschlossen bezeichnet werden.

Im Anschluss soll nun geklärt werden, welche Aspekte des salvadorianischen Regimes als demokratisch eingestuft werden können und welche nicht. Hierzu werde ich Zineckers Konzept des Regime-Hybriden (siehe Kapitel 3.2.5) und ihre Ausführungen zu El Salvador heranziehen.

Das hybride Regime El Salvadors

Karl, Zinecker und Barnes verwenden in ihrer Analysen des salvadorianischen Regimes den Begriff des *Regime-Hybriden* (vgl. Karl 1995 und Zinecker 2004, 2007, Barnes 1998). Zinecker verweist darauf, dass in El Salvador nicht von einem verminderten Subtypen, wie etwa einer „defekten Demokratie“, gesprochen werden kann. Die Defizite seien zu groß, „um noch dem Substantiv ‚Demokratie‘ in dem Sinne zu genügen, sodass dieses durch die Voranstellung des Adjektivs ‚defekt‘ lediglich spezifiziert, abgemindert, aber nicht in Frage gestellt wird.“ (Zinecker 2004:106) Gleichzeitig kann aber auch nicht von Autoritarismus gesprochen werden, da Liberalisierung stattgefunden hat. Durch den Begriff *Regime-Hybrid* könne das Regime in jener Grauzone verortet werden.

Im Folgenden werden nun die einzelnen Segmente des salvadorianischen Regimes erläutert und es wird gezeigt, inwiefern sich diese als demokratisch bzw. nicht-demokratisch bezeichnen lassen. Es wird hier Zineckers Analyse der salvadorianischen Regimesegmente wiedergegeben und diese mit zusätzlichen Daten und Meinungen anderer AutorInnen ergänzt.

A – Zivilherrschaft

Beim Kriterium der Zivilherrschaft ist von Bedeutung, ob und wie weit die Militärherrschaft abgeschafft wurde, und ob die Regierung nun von ZivilistInnen gestellt wird. Zinecker sieht hier manche der Subkriterien nicht erfüllt. Karl verweist darauf, dass sich das Militär zwar von der direkten Machtausübung zurückgezogen habe, aber trotzdem weiterhin eine einflussreiche Rolle einnehme (vgl. Karl 1995:78). Zur Erfüllung des Kriteriums dürfen keine Menschenrechtsverletzungen von Polizei und Militär verübt werden (vgl. Zinecker 2004:144). Es gibt zwar Übergriffe, die in diese Kategorie passen, jedoch werden sie nicht zur systematischen Repression von Regimegegnern eingesetzt, weswegen dieses Segment laut Zinecker nicht als autoritär bezeichnet werden könne (vgl. ebd.:149). Ausschlaggebend ist für Zinecker die Tatsache, dass ein zentraler Bestandteil des Friedensabkommens die Abschaffung der

Militärdiktatur war und somit die Armee die politische Herrschaft zur Gänze abgegeben hat.

Im Allgemeinen beurteilt Zinecker die Unzulänglichkeiten in diesem Segment nicht als bedeutend genug, um es als nicht erfüllt anzusehen (vgl. ebd:149). Das Regime El Salvadors ist also ihrer Auffassung nach als Zivilherrschaft anzusehen.

B – Polyarchie

Die Etablierung von Polyarchie beinhaltet die grundlegenden liberalen BürgerInnenrechte und ein Wahlregime (siehe Kapitel 3.2.5). Auch dieses Kriterium sieht Zinecker als erfüllt an. Das Wahlregime sei universell und kompetitiv und im Vergleich zu den anderen Segmenten am besten etabliert (vgl. ebd.143).

Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess

Zinecker, Karl, Wolf und Barnes verweisen auf Unregelmäßigkeiten und Defizite in der Wahldemokratie (vgl. Zinecker 2004 und 2007, Karl 1995, Wolf 2009, Barnes 1998). Barnes und Zinecker nennen das unvollständige Wahlregister, das auch verstorbene Menschen auflistet. Das Wahlprozedere sei so gestaltet, dass vielen BürgerInnen die Ausübung ihres Stimmrechts erschwert werde. So stellt das fehlende Wahlrecht am Wohnort ein Hindernis für die Wahlbeteiligung vieler Menschen dar. Wahlberechtigte werden nach dem Alphabet zu Wahllokalen in ihrem Wahlbezirk zugewiesen. Das bedeutet in vielen Fällen mehrere Stunden Anfahrtszeit (vgl. Zinecker 2004:142f und Barnes 1998:73). Die Modalität des sogenannten *voto residencial* ist bei den Wahlen im Jahr 2009 zum ersten Mal in Teilen des Landes getestet worden und soll nun auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet werden. Das *Centro de Intercambio y Solidaridad*, das seit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit Unterstützung internationaler BeobachterInnen die Wahlen observiert, berichtet vom Erfolg des *voto residencial* bei den Wahlen 2009 und fordert, dass dieses bei den zukünftigen Wahlen auf das ganze Land ausgedehnt werden soll (CIS 2009:42).

Karl merkt an, dass schon bei den ersten Wahlen nach der Transition 1994 der Glaube der Bevölkerung an den jungen Wandel enttäuscht wurde: "Voter buying, systematic obstacles to registration, incomplete electoral lists, intimidation, and a prejudiced

electoral tribunal may have seemed like 'business as usual' to peasants accustomed to the fraudulent practices of the past." (Karl 1995:82f)

„Die, wenn auch entscheidend verminderte, aber dennoch fortdauernde, technische Unsauberheit [sic!] der Wahlen generiert Apathie und Wahlabstinenz, die vor allem von den Subalternen ausgehen, weil diese von den technischen Unzulänglichkeiten am meisten betroffen sind, und es sind sie, die in erster Linie als Klientel des FMLN gelten.“ (Zinecker 2004:142) Aus diesem Grund setze sich die FMLN für eine Veränderung des Wahlprozederes ein, während dies von der ARENA boykottiert werde, da diese eine größere Beteiligung von Subalternen, d.h. potenziellen WählerInnen des FMLN bedeuten würde.

Die hohe Wahlabstinenz

Die Wahlenthaltung ist ein Punkt, der die Ergebnisse der Wahlen fragwürdig erscheinen lässt. Bei den fünf Wahlen, die zwischen 1994 und 2003 abgehalten wurden, blieben 52 bis 67 Prozent der Wahlberechtigten den Wahlen fern (Zinecker 2004:132). Dieses Ergebnis lässt Zweifel an der Inklusivität des Regimes sowie der Legitimität des Wahlergebnisses aufkommen, da nur ein Drittel der WählerInnen ihre Stimme abgab (vgl. ebd.). Barnes verweist auf die geringe Wahlbeteiligung der „Jahrhundertwahlen“ im Jahr 1994, den ersten Wahlen nach Unterzeichnung des Friedensabkommens. So haben bei den ersten Wahlen nach der Transition lediglich 53% der Personen im Wahlalter teilgenommen.⁷ Das Ausmaß des Ergebnisses wird im Vergleich mit Nicaragua besonders deutlich. Bei den dortigen „Jahrhundertwahlen“ im Jahr 1990 nahmen 78% ihr Stimmrecht wahr. Diese Diskrepanz begründet der Autor damit, dass die salvadorianischen Wahlbehörden relativ schlechte Arbeit leisteten. Hierbei verweist er beispielsweise auf das Fehlen des *voto residencial*, und darauf, dass die internationale Unterstützung in Nicaragua um einiges höher war. Die US-Regierung gewährte deutlich mehr Ressourcen und technische Unterstützung bei den Wahlen Nicaraguas, wodurch die dortigen Behörden besser funktionieren konnten (vgl. Barnes 1998:75ff). Die hohe Wahlenthaltung ist ein ausschlaggebendes Thema, da es gerade

⁷ Die Quellen zur Wahlbeteiligung sind widersprüchlich. Manche verzeichnen sogar eine geringere Wahlbeteiligung (z.B. Zinecker 2004:132)

die armen Teile der Bevölkerung sind, sowie Personen, die keinen Maturaabschluss haben, die den Wahlen fern bleiben. Für Barnes bedeutet dies, dass die Transition des Regimes ohne Einbindung der Massen vorangetrieben wird, was bedeutet, dass die erfolgreiche Etablierung einer universellen gleichen BürgerInnenschaft noch aussteht (vgl. ebd. 69).

Wahlen als Fassade?

Für Wolf stellen die demokratischen Prozeduren der Wahlen lediglich eine Fassade dar, unter der sich ein autoritäres Regime versteckt. Sie greift bei der Verortung des salvadorianischen Regimes auf den Begriff des *electoral authoritarianism*, der von Schedler eingeführt wurde, zurück (vgl. Wolf 2009 und Schedler 2006). Alle Wahlen seit den Friedensverträgen seien von einem strukturellen Bias zugunsten der ARENA-Partei geprägt gewesen, welcher gegen international akzeptierte Standards für demokratische Wahlen verstoße. Zu diesen strukturellen Verzerrungen des fairen Konkurrenzkampfes der KandidatInnen zählt sie: Erstens die Tendenz der Wahlbehörde (Tribunal Suprema Electoral), Verstößen gegen die Wahlkampfregelungen, elektoraler Gewalt und Praktiken des Wahlbetrugs nicht nachzugehen und diese auch nicht zu sanktionieren. Zweitens fänden die Wahlkämpfe unter unfairen Bedingungen statt, da weder die Berichterstattung der Medien noch die Quellen und das Ausmaß der Wahlkampf финанzen einer Regelung unterworfen seien. Somit habe die ARENA-Partei einen erheblichen Vorteil, da sie die finanzstarken Eliten repräsentiert und enge Verbindungen zu den Medien besitzt (Wolf 2009:440ff, 463).

Wiewohl Zinecker mit Wolf in dem Punkt übereinstimmt, dass das Wahlverfahren zu Gunsten der ARENA-Partei gestaltet sei und diese Reformen desselben blockiere, kommt sie im Hinblick auf das gesamte Wahlregime zu einem anderen Schluss als ihre Kollegin. In den Wahlen habe sich eine Gleichgewichtigkeit der beiden Großparteien bewiesen, was dem politischen System eine gewisse Stabilität verleihe. Somit werde verhindert, dass das Regime in die eine oder andere Richtung „wegkippt“. Jedoch könne sich aufgrund fehlender Lern- bzw. Modernisierungsfähigkeit auf beiden Seiten sowie interner Fraktionierung jenes stabile Gleichgewicht auch in ein „Gleichgewicht

der Schwäche“ wandeln. Es fehle in der Parteienlandschaft eine politisch neutrale Mitte (vgl. Zinecker 2004:141f).

Die Autorin stellt in Frage, ob Parteien, die nicht-demokratisch (wie im Fall ARENA) bzw. nur teilweise demokratisch (wie im Fall der FMLN) aufgebaut sind, die Demokratisierung des Landes vorantreiben können. Nur in der FMLN gibt es ein allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht. Die internen Entscheidungen der ARENA-Partei werden von der Spitze getroffen und sind somit auf einen kleinen Zirkel beschränkt (vgl. ebd.:115).

Auch wenn die Wahldemokratie El Salvadors Defizite aufweist, so kann laut Zinecker von einer Polyarchie gesprochen, das Kriterium also als weitgehend erfüllt gesehen werden (vgl. 2007:1092).

C – Rechtsstaatlichkeit

Den Rechtsstaat definieren Linz und Stepan als „rule of law“, was in erster Linie bedeutet, dass alle Akteure rechenschaftspflichtig für ihre Taten sind und für Gesetzesverstöße verurteilt werden. Die Existenz eines Rechtsstaats ist eine der Grundbedingungen für eine Demokratie (vgl. Linz/Stepan 1997:18). Zinecker bewertet dieses Regime-Segment im Falle El Salvadors als illiberal, also nicht-demokratisch (vgl. Zinecker 2004:150). Im Folgenden werden die Gründe für diesen Schluss erläutert.

Citizenship of Low Intensity

Zinecker identifiziert als Unzulänglichkeit in diesem Segment, dass das Gesetz nicht für alle BürgerInnen im gleichen Ausmaß gelte. „In der Realität der Armen existiert das Recht nicht.“ (Zinecker 2007:1094) Viele hätten kein Rechtsbewusstsein und wüssten über ihre Rechte nicht Bescheid. Während in der Verfassung der gleiche Zugang aller zum Recht verankert ist, würde dies in der Praxis nicht umgesetzt. O'Donnell nennt dieses Phänomen „citizenship of low intensity“ (vgl. O'Donnell 2001:601f). Dies sei in Ländern gegeben, wo das Rechtssystem nicht in alle Teile des Staatsgebietes vordringt, beispielsweise in gewisse Bezirke von Großstädten. Diese Gebiete werden von anderen Regeln bestimmt, welche meist auf mafiöse Strukturen zurückgehen. Aber selbst dort,

wo *the rule of law* präsent ist, genießen nicht alle BürgerInnen dieselben Rechte. Das Rechtssystem sei, so O'Donnell, durch diskriminierende Tendenzen gegenüber Minderheiten oder auch Mehrheiten, wie z.B. von Armut betroffene Teile der Bevölkerung und Frauen, gezeichnet. Diese hätten eine BürgerInnenschaft „niedriger Intensität“ da sie zwar gewisse Freiheiten genössen, ihnen allerdings einige der grundlegenden zivilen Rechte vorenthalten blieben: “They do not enjoy protection from police violence and various forms of private violence; they are denied fair access to state agencies and courts; their dwellings are raided arbitrarily; and, in general, they are limited to a life which is not only one of deep poverty but also of permanent humiliation and fear of violence.” (O'Donnell 2001:602) Der Autor unterscheidet in Bezug auf StaatsbürgerInnenschaft drei Arten von Rechten: zivile, politische und soziale Rechte. Zivile Rechte sind, wie beschrieben, trotz formaler Gleichheit nicht für alle in gleichem Maß zugänglich. Zu den sozialen Rechten zählt O'Donnell das Recht auf ein Leben frei von Armut. Die politischen Rechte werden vornehmlich durch das Stimmrecht konstituiert.

Unvollständige Gewaltenteilung

Zinecker kritisiert die fragwürdige Position der salvadorianischen Judikative. Historisch gesehen stand diese stets in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Exekutive und Legislative und war in hohem Maß politisiert. Auch wenn die unverhältnismäßige Einflussnahme zwischen den drei Gewalten auch heute noch nicht aufgelöst sei, haben Friedensabkommen und Verfassungsreform die Unabhängigkeit der Justiz durchaus gestärkt (vgl. Zinecker 2007:1092). Die Justiz sei aber weiterhin geprägt durch eine „Symbiose von Straflosigkeit und nicht-rechtsstaatlicher Strafverfolgung auf der Grundlage von fehlender [sic!] Qualifikationen, Ermittlungsfehlern [...], fehlender Strafverfolgung durch Korruption, Verurteilung durch nicht unabhängige Gerichte, nichtlegaler Erzwingung von Aussagen, vorzeitigen, illegalen Abschlüssen von Verfahren und Nichtverfügbarkeit von Justizbeamten in ihrer Arbeitszeit.“ (ebd. 1093f) Die RichterInnen, die ja eigentlich nur der Verfassung und den Rechten verpflichtet sein sollten, stehen unter Kontrolle des Obersten Gerichtshofs, was eine Zentralisierung der Judikative erzeuge (vgl. Zinecker 2004:151).

Das Erbe des BürgerInnenkriegs – Keine Gerechtigkeit für die Opfer

Ein weiterer Aspekt, der gegen die Existenz eines unabhängigen Rechtsstaats spricht, stellt die anhaltende Straflosigkeit in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen des BürgerInnenkriegs dar. Im Friedensabkommen wurden unter Druck der Vereinten Nationen Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte festgelegt, zu welchen die Verhinderung von Straflosigkeit gezählt wurde. Die Parteien des Abkommens einigten sich auf die Einsetzung eines Beauftragten für Menschenrechte und einer Kommission zur Aufklärung der Verbrechen des BürgerInnenkriegs. Diese Kommission wurde von drei Personen, die der UN Generalsekretär ausgewählt hatte, geführt und als erste investigative Kommission in der Geschichte von den UN finanziert. Am 15. März 1993 veröffentlichte die Kommission einen Bericht mit dem Titel „*De la locura a la esperanza*“, der 32 Fälle von Kriegsverbrechen dokumentiert. Bei der Hälfte dieser Fälle fand die Kommission Informationen zu den TäterInnen und den AuftraggeberInnen. Alle Fälle sind in großem Maße schockierend und an dieser Stelle sei aus Platzgründen nur das Massaker von „El Mozote“ genannt. Bei diesem wurden um die 1000 Menschen, darunter eine große Anzahl Frauen und Kinder, von den Regierungstruppen gefoltert und hingerichtet (vgl. Comisión de la verdad 1993; zur Geschichte der Wahrheitskommission vgl. Popkin/Roth-Arriaza 1995:86ff). Wenige Tage nach Erscheinen des Berichts zu den Verbrechen des BürgerInnenkriegs erließ die Regierung das sogenannte *Ley de amnistía general para la consolidación de la paz*. Durch dieses Gesetz wurde eine Generalamnestie für alle Straftaten, die während des BürgerInnenkriegs begangen wurden, erlassen. Das Gesetz hat allerdings nur im Rahmen der salvadorianischen Rechtsprechung Gültigkeit und somit können außerhalb des Landes sehr wohl Gerichtsprozesse gegen KriegsverbrecherInnen geführt werden. Über 30 Jahre wurde den Opfern des Massakers in El Mozote nicht nur legale Gerechtigkeit verwehrt, die amtierenden Regierungen leugneten sogar die Existenz desselben. Erst im vorigen Jahr wurde von Seiten der Regierung mit dieser Tradition des Schweigens gebrochen. Der Präsident Mauricio Funes veranstaltete die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Friedensabkommens am Ort des Massakers in El Mozote. In seiner Rede bestätigte er die Ereignisse, die in El Mozote im Jahr 1981 um

die 1000 Menschen das Leben gekostet hatten (vgl. La Página 2012). Jedoch bleibt eine Auflösung des Amnestiegesetzes aus, wodurch das erfolgreiche Einfordern von Gerechtigkeit verhindert wird.⁸

Wie gezeigt wurde, kann der Rechtsstaat in El Salvador nicht als einer Demokratie angemessen bezeichnet werden. Die zivilen Rechte der BürgerInnen sind nicht im gesamten Staatsgebiet und auch nicht für alle in gleichem Maß gegeben. Die Judikative ist nicht unabhängig, und es besteht immer noch Straflosigkeit für die VerbrecherInnen des BürgerInnenkriegs, von denen einige Teil der Oligarchie sind (vgl. Luther 2008:229).

D – Zivilisiertheit

Zivilisiertheit bedeutet für Zinecker lediglich gewaltfreier Umgang miteinander. El Salvador ist auch nach Ende des BürgerInnenkriegs von Gewalt gezeichnet. „Die Nachkriegsgewalt hat sich anomisiert, habituell und strukturell verfestigt, und nach dem Krieg nicht nur nicht ab-, sondern zugenommen. [...] Die Gewaltrate war im Frieden (1996) im Vergleich zum Krieg (1982) dreifach gestiegen.“ (Zinecker 2007:1095) Im Jahr 1995 erreichte die Mordrate ihre Spitze mit 139,1 pro 100.000, ging in den folgenden Jahren zurück und bewegt sich nun zwischen 50 und 70 Morden pro 100.000 (vgl. UNODC 2011). In den ersten Jahren des Friedens spielte politische Gewalt noch eine Rolle. Verschiedene Gruppierungen nach dem Vorbild der rechtsgerichteten Todesschwadronen, die sich der „sozialen Säuberung“ verschrieben hatten, waren in Teilen des Landes aktiv (vgl. Zinecker 2004:161 und Amnesty 1996). Im Vergleich dazu sei heute die politisch motivierte Gewalt nicht mehr vorherrschend. Es sind die *maras* und vor allem intrafamiliäre und andere soziale Gewalt, die den Großteil der Gewaltakte ausmachen (2007:1096; vgl. auch UNODC 2011:53).

⁸ Im Moment (November 2013) steht das Amnestiegesetz auf der Kippe. Der oberste Gerichtshof El Salvadors hat eine Klage angenommen, in der gefordert wird, das Gesetz als verfassungswidrig abzuschaffen.

Die Gewalt der *maras* und die *mano dura* der Regierung

Jugendbanden, die sogenannten *maras*, stellten im letzten Jahrzehnt eine große Herausforderung für El Salvador da. Es wird davon ausgegangen, dass sich im Jahr 2004 zwischen 10.000 und 30.000 Menschen aktiv in einer *pandilla* betätigt haben (Hume 2007:481). Die beiden größten und einflussreichsten *maras* sind die *Dieciocho* (18) und die *Mara Salvatrucha* (MS 13). Das Phänomen der Jugendbanden reicht in El Salvador bis in die 1960er Jahre zurück. Damals existierten diese allerdings lediglich im Rahmen von Nachbarschaften. Das Problem eskalierte, als Mitte der 1990er Jahre zahlreiche MigrantInnen, die Mitglieder der genannten *maras* waren, von den USA nach El Salvador abgeschoben wurden. Die Banden hatten sich in Los Angeles formiert, und viele ihrer Mitglieder wurden aufgrund krimineller Delikte ausgewiesen. Diese importierten die Bandenstrukturen und Rivalitäten nach El Salvador. Die Regierung begegnete den Banden mit Repression. 2003 implementierte der amtierende Präsident Francisco Flores die *mano dura* und sein Nachfolger Antonio Saca die *súper mano dura*. Es kann allerdings nicht von einem Erfolg dieser Programme gesprochen werden. Die Mordrate stieg an und die *maras* adaptierten sich an den repressiven Kurs der Regierung und konnten ihre Einflussbereiche sogar ausbauen (zur Geschichte der *maras* vgl. Wolf 2012:190ff. und Zinecker 2004:162ff.). KritikerInnen werfen der Regierung vor, nur auf Repression zu setzen, ohne dabei Prävention und Resozialisierung zu fördern (vgl. ebd.:202).

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze zum Phänomen der *maras*. Neben Drogenhandel und -konsum, sexueller Gewalt und Erpressung, wird auch der soziale Kontext betrachtet, und die Frage nach Jugendidentitäten, Zugehörigkeit und Exklusion gestellt (vgl. Hume 2007:480). Zinecker sieht den Grund solcher Gewaltphänomene in der unvollendeten Demokratisierung und darin, dass durch das Friedensabkommen die Marginalität weiter Teile der Bevölkerung nicht eingedämmt wurde (vgl. 2007:102).

Heute zeigt sich das Bandenproblem in einem neuen Licht. 2012 begannen die zwei rivalisierenden *pandillas* Verhandlungen mit der Regierung, unter Beistand der katholischen Kirche. Es wurde eine Art Waffenstillstand zwischen den *maras* ausgehandelt, die sogenannte *tregua*. Diesem wird zugeschrieben, dass die Anzahl der Morde fast um die Hälfte zurückgegangen ist. Aus diesem Grund kann die *tregua* in

jedem Fall als Erfolg gewertet werden. Trotzdem bleibt unklar, ob sie bestehen wird, und ob sie eine nachhaltige Lösung des Problems darstellt (vgl. El Faro 2013).

In Bezug auf das Regimesegment Rechtsstaat kommt Zinecker zu dem Schluss, dass die Gewalt des autoritären Regimes abgeschafft wurde, nun aber „Kriminalisierung und Anomisierung von Gewalt“ eingesetzt hätten. Somit könne auf ein „violentes“ Regime geschlossen werden, was zur Demokratie im Widerspruch stehe (vgl. Zinecker 2007:197).

E – Politische Exklusion / Inklusion

Das Friedensabkommen stellt laut Zinecker prinzipiell ein einschließendes Übereinkommen dar. So wurde der FMLN als Vertreter der Subalternen in das Regime integriert. Jedoch sei dabei die ausschließende oligarchische Minderheitenherrschaft nicht abgeschafft worden, und die Oligarchie konnte ihre Machtposition sogar ausbauen und festigen. Aus diesem Grund sieht die Autorin dieses Kriterium nicht erfüllt, da ein inklusives politisches Regime nicht mit der Existenz von Oligarchie vereinbar sei (vgl. Zinecker 2007:197). „Es war Voraussetzung für den Friedensschluss, dass eine auf mehr Verteilungsgerechtigkeit orientierende sozioökonomische Transformation gerade nicht Vertragsgegenstand war.“ (ebd.) Die Oligarchie hätte, so die Autorin, einem Abkommen, durch das ihre Machtposition in Frage gestellt worden wäre, nicht zugestimmt. Diese Tatsache behindere den Erfolg der Transition.

El Salvador sei ein Beispiel dafür, dass sich Nachkriegsgesellschaften mit der Beteiligung der Bevölkerung schwerer tun als andere. So sei El Salvador von Apathie dominiert, die auf fehlendem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik beruhe. Den Grund für diese beiden Phänomene sieht Zinecker wie folgt (vgl. ebd.:1099): Erstens sei es weiterhin gefährlich, sich in politischer Hinsicht zu engagieren, da die persönliche Sicherheit nicht gewährleistet sei. Zweitens reiche der durch die Transition erreichte Handlungsspielraum im Regime nicht aus, um die eigene Marginalität über den „Hebel“ der Politik einzudämmen. In Bezug auf ersteres sei noch angemerkt, dass Regime nach der Transition eine sogenannte „cooling off“-Phase durchlaufen. In dieser sitzt der Schrecken der gewaltvoll repressiven Vergangenheit noch in den Knochen,

und die Bevölkerung muss sich erst daran gewöhnen, dass politisches Engagement nicht mit Repression sanktioniert wird (vgl. Almeida 2008:186). Ob sich El Salvador noch bzw. schon in dieser Phase befindet, sei zunächst dahingestellt. Im Folgenden wird anhand der Widerstandsbewegung gegen das Bergbauprojekt *El Dorado* gezeigt, dass die Kosten für politischen Aktivismus immer noch hoch sein können und die Forderungen der Zivilgesellschaft von den politischen Eliten nicht wahrgenommen werden, was in beiden Fällen den exklusiven Charakter des salvadorianischen Regimes verdeutlicht.

“No a la minería metálica”– Die Bewegung gegen das Projekt El Dorado

Am Beispiel des Widerstands der Zivilgesellschaft gegen das Goldförderprojekt El Dorado lässt sich veranschaulichen, dass politischer Aktivismus in El Salvador immer noch eine Gefahr für das eigene Leben bedeuten kann. So wurden drei Führungspersönlichkeiten der Widerstandsbewegung gefoltert und ermordet. Diese waren Marcelo Rivera, Ramiro Rivera und Dora Soto, die im achten Monat schwanger war (vgl. ALER 19.06.13). Abgesehen von diesen bis heute unaufgeklärten Morden sind auch die übrigen AktivistInnen Todesdrohungen und Mordversuchen ausgesetzt (vgl. Mesa Nacional 08.10.13). Die Bewegung Mesa Nacional Frente a la Minería verweist darauf, dass diese Angriffe mit ihrem Engagement gegen Bergbau in El Salvador zusammenhängen, die Polizei führt diese allerdings auf persönliche Konflikte zurück (vgl. ALER 19.06.13).

Die Mesa Nacional Frente a la Minería präsentierte am 1. Oktober dieses Jahres zum zweiten Mal einen Gesetzesvorschlag, der den Abbau von Metallen im Land verbieten soll (vgl. Mesa Nacional 01.10.13). Der Gesetzesentwurf wurde im Zuge eines Marsches zum Parlament offiziell eingereicht. Die parlamentarische Kommission für Umwelt und Klimawandel hat bereits bestätigt den Entwurf erhalten zu haben. Der erste Gesetzesentwurf wurde im Jahr 2006 präsentiert, aber bis heute nicht zielführend im Parlament besprochen. Laut der Mesa Nacional Frente a la Minería ist der Grund darin zu suchen, dass gewisse Interessensgruppen den Beschluss des Gesetzes verhindern würden (vgl. ebd.).

3.4 Conclusio: El Salvador im Prozess der Demokratisierung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in El Salvador eine Demokratisierung gewisser Regime-Segmente stattgefunden hat. So ist das Militärregime abgeschafft und eine Polyarchie etabliert worden, was den Segmenten A und B entspricht. Es kann, trotz Unregelmäßigkeiten und „strukturellem bias“ durchaus von freien Wahlen gesprochen werden. Dies wurde durch den Machtwechsel von 2009, infolge dessen nach 20 Jahren ARENA-Regierung zum ersten Mal der FMLN als „Vertreter der Subalternen“ die Regierung stellte, deutlich (vgl. Zinecker 2004:114). Es kann also nicht von einer Fassaden-Demokratie gesprochen werden, da diese Kritik zu kurz greifen würde (vgl. Karl 1995:79). Im Hinblick auf die drei weiteren Regimesegmente - Rechtsstaat, Zivilisiertheit und politische Inklusion - wird allerdings deutlich, dass es sich beim salvadorianischen Regime auch nicht um eine Demokratie handeln kann, da sich jene Segmente undemokratisch gestalten (vgl. Zinecker 2004:113). Somit muss im Fall El Salvadors von einem Regime-Hybriden gesprochen werden, welcher demokratische wie auch nicht-demokratische Segmente beinhaltet. Die hohe Gewalt im Lande, in Verbindung mit der Unfähigkeit der Exekutive, diese einzudämmen und die Bevölkerung zu schützen, wie auch das mangelnde Funktionieren des Rechtsstaats, verursachen ein Klima der Angst. In diesem Kontext ist es den BürgerInnen nur schwer möglich, ihre Rechte wahrzunehmen und durch soziales und politisches Engagement aktiv zu werden.

Diese Faktoren drücken sich in Apathie und fehlendem Vertrauen in die Regierung aus, wodurch auch die hohe Wahlabstinenz erklärt werden kann. Es zeichnet sich das Bild einer Demokratisierung, die nur eine Transformation der politischen Infrastruktur, keineswegs aber eine soziale Reform mit sich brachte (vgl. ebd. 2004:186). Letztere würde eine Deoligarchisierung bedeuten, was allerdings von der Oligarchie mithilfe ihrer politischen Vertretung, der ARENA, erfolgreich verhindert wird. Die Demokratisierung ist nicht über die Etablierung der Fassade einer formellen repräsentativen Demokratie hinausgegangen. Im historischen Vergleich zeigt sich, dass „eine übertrieben repräsentative Demokratie, in der die Mitentscheidung des Volkes selbst kaum gegeben war, immer wieder zur oligarchischen Abkapselung“ neigt (Pelinka 1999:20). Um den hybriden Charakter des Regimes überwinden zu können

und die Etablierung einer inkludierenden Demokratie zu ermöglichen, muss erst das Machtmonopol der Oligarchie aufgelöst werden. Ist dies nicht der Fall, so wird der Regime-Hybrid zu einer längerfristigen Erscheinung El Salvadors werden (vgl. Zinecker 2004:188). Die neuen „Spielregeln“ bringen erhebliche Vorteile für die Oligarchie und ermöglichen dieser, ihre ökonomische und politische Machtposition zu erhalten. Nichtsdestotrotz wurden durch die Transition neue Spielräume geschaffen, die den Subalternen neue Handlungsmöglichkeiten geben. “Today’s regimes are not merely reconstitutions of previous authoritarian coalitions; rather, they are a hybrid form that has the potential to mobilize mass pressures for increased political contestation and inclusion.”(Karl 1995:79)

4 Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit

Da das Radio Victoria als Massenmedium Öffentlichkeit schafft, wird in diesem Kapitel der Begriff *Öffentlichkeit* erläutert und durch das Konzept der *subalternen Gegenöffentlichkeit* spezifiziert. Bei den Ausführungen werde ich mich vor allem auf Jürgen Habermas' Verständnis von Öffentlichkeit stützen, da dieses großen Einfluss in der wissenschaftlichen Debatte hatte. Die Konzeption des Autors wird mit Ergänzungen und Kritik von Wimmer (2007), Fraser (1990), Cohen (1999), Avritzer (2002) und Avritzer/Melucci (2000) diskutiert.

4.1 Öffentlichkeit aus demokratietheoretischer Perspektive

Öffentlichkeit ist ein Begriff, dessen Konzeption sich im Laufe der Geschichte oftmals gewandelt hat. Allen Begriffsverwendungen ist gemein, dass sie im Kontext normativer Demokratietheorien konzeptualisiert sind (vgl. Wimmer 2007: 23). Die Existenz von Öffentlichkeit wird als Grundvoraussetzung für moderne Demokratien verstanden. Ihr werden wichtige Funktionen zugesprochen, die zentrale Elemente repräsentativer Demokratiemodelle darstellen (vgl. ebd.).

Die moderne Semantik von Öffentlichkeit ist ein Produkt der Aufklärung und spiegelt die politischen Forderungen derselben wider (vgl. Wimmer 2007:22). Habermas sieht das Ideal von Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert verwirklicht. Die damalige „bürgerliche Öffentlichkeit“ ist für ihn das Leitbild und bestimmte als Maxime die Ausformung der modernen Demokratien mit. Mit seiner Analyse der bürgerlichen Öffentlichkeit entwickelt Habermas eines der einflussreichsten und nachhaltigsten Öffentlichkeitsmodelle (vgl. ebd. 71). Der normative Charakter seines Öffentlichkeitsverständnisses brachte ihm den Vorwurf ein, das Konzept weise fehlenden Realitätsbezug auf (ebd. 87). Das Konzept bietet durch seinen normativen Charakter allerdings „Maßstäbe für soziale und politische Veränderungen und Entwicklungen in einer von Massenmedien beherrschten Gesellschaft“ (ebd. 89).

Habermas beschreibt in seiner Habilitationsschrift „Der Strukturwandel der Öffentlichkeit“ den Aufstieg und den Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die Entstehung von Öffentlichkeit sei mit der Emanzipation des Bürgertums historisch

verknüpft. Laut Habermas hat Öffentlichkeit bis heute ihren explizit bürgerlichen Charakter behalten (vgl. ebd. 71). Im 18. Jahrhundert stellte Öffentlichkeit ein Gegenmodell zur Arkanpolitik des Absolutismus dar. So enthielt die Vorstellung von Öffentlichkeit die demokratische Forderung, Politik müsse unter transparenten Bedingungen stattfinden. Entscheidungsprozesse müssten der Öffentlichkeit einsichtig sein und nicht hinter verschlossenen Türen geschehen. In diesem Kontext entstand Öffentlichkeit als eine Instanz, die dem Staat als „feindselig“ eingestellt gegenüberstand. Öffentlichkeit entwickelte sich somit zu einer Institution, welche die Macht des Staates einschränken und kontrollieren sollte. Öffentlichkeit ergänzt Sie müsste die staatlichen Institutionen ergänzen, ohne aber unmittelbar zum Staatsapparat zu gehören (vgl. Demirovic 1997:152). Hierzu schreibt Habermas: „Die bürgerliche Öffentlichkeit entfaltet sich im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft, aber so, daß sie selbst Teil des privaten Bereichs bleibt.“ (Habermas 1990:225) Öffentlichkeit stellt für Habermas die Sphäre des Privaten, in Abgrenzung zur öffentlichen Gewalt, dem Staat dar. Im privaten Bereich, hier ist die Öffentlichkeit gemeint, versammeln sich die Privatleute zu einem Publikum (vgl. ebd. 86 und 226). Dieses ist allerdings nicht im Sinn eines passiven, lediglich wahrnehmenden Publikums zu verstehen sondern vielmehr als ein sich aktiv im Austausch befindendes.

Der durch das kommunizierende Publikum konstituierte Raum ist eine Diskursöffentlichkeit. In diesem wird Deliberation zu Themen betrieben, die von allgemeinem Interesse sind. Das Produkt dieser Räsonnements unter Privatleuten ist die öffentliche Meinung. Ziel ist ein Wahrheitsfindungsprozess, bei dem das bessere Argument siegt, unabhängig davon, wer es einbringt (vgl. Wimmer 2007:73).

Das ideale Publikum, wie es sich in der Öffentlichkeit versammeln sollte, zeichnete sich nach Habermas durch drei Merkmale aus (vgl. ebd. 73):

- 1) *Gleichheit der Beteiligten*: „Zunächst ist eine Art gesellschaftlichen Verkehrs gefordert, der nicht etwa die Gleichheit des Status voraussetzt, sondern von diesem überhaupt absieht.“ (ebd. 97) Soziale wie auch wirtschaftliche Statusunterschiede dürfen im deliberativen Austausch keine Rolle spielen.
- 2) *Thematische Offenheit*: Es können potentiell alle Themen in die Diskussion eingebracht werden. In der Öffentlichkeit wird das Spektrum an diskussionswürdigen

Themen erweitert. Es werden auch jene Bereiche kritisch diskutiert, die bis dahin „nicht als fragwürdig galten“. Im historischen Fall der bürgerlichen Öffentlichkeit gab es in diesem Zusammenhang einen Bruch mit dem Interpretationsmonopol der kirchlichen und staatlichen Autoritäten (vgl. ebd.).

3) *Prinzipielle Unabgeschlossenheit*: Es handelt sich nicht um einen geschlossenen Kreis an Privatleuten. Dieser sollte allen BürgerInnen zugänglich sein. „Die diskutablen Fragen werden >allgemein< nicht nur im Sinne ihrer Bedeutsamkeit, sondern auch der Zugänglichkeit: alle müssen dazugehören *können*.“ (ebd. 98)

Die bürgerliche Öffentlichkeit spielte sich im 18. Jahrhundert vor allem in Form von Versammlungsöffentlichkeiten ab, d.h. beispielsweise Tischgesellschaften, Salons oder Kaffeehäuser (vgl. Habermas 1990:96). Heute wird Öffentlichkeit vor allem durch die Massenmedien konstituiert (vgl. Wimmer 2007: 149).

4.1.1 Demokratische Funktionen der Öffentlichkeit

Wimmer identifiziert im Hinblick auf massenmediale Öffentlichkeit drei funktionale Leistungen von Öffentlichkeit (vgl. Wimmer 2007:23):

- 1) Informationsvermittlung
- 2) Meinungsbildung
- 3) Kontrolle der politischen RepräsentantInnen

Diese stellen die Grundsätzlichen Funktionen von massenmedial vermittelter Öffentlichkeit dar. Im Folgenden werden diese spezifiziert bzw. mit weiteren Funktionen, die mit genannten Leistungen in Verbindung stehen, ergänzt.

4.1.1.1 Die Massenmedien als Vermittler zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Rationalitäten

Eurich verweist in Hinblick auf die Informationsfunktion der Massenmedien darauf, dass die Komplexität der modernen Gesellschaft zu einer Isolation der verschiedenen Gruppen führt. So leben die Menschen in den Ballungsräumen gemäß ihrer sozialen Schicht getrennt. Die Lebensbereiche der gesellschaftlichen Sektoren überschneiden sich tendenziell wenig, und Primärkommunikation passiert verstärkt innerhalb der

eigenen Gruppe. Diese Isolation führt zur bereichsspezifischen Entwicklung von Rationalitäten (vgl. Eurich 1980:134). Das bedeutet, dass gruppeneigene Perspektiven entstehen, welche spezifische Arten, wie die Welt wahrgenommen und interpretiert wird, beinhalten. Die Medien müssen informative Einblicke in die jeweiligen Rationalitäten bieten, da dieser Austausch ohne die Medien nicht zur Genüge funktionieren würde.

Hierbei sieht Eurich die Informationsfunktion in engem Zusammenhang mit der Artikulationsfunktion der Medien (vgl. ebd. 135). Es müsse Raum dafür geboten werden, dass sich die verschiedenen Rationalitäten artikulieren können. Diese steht für Eurich wiederum in Verbindung mit der Funktion der Meinungsbildung.

In der demokratischen Gesellschaft soll die Willensbildung aus einem ständigen geistigen Austausch potentiell aller Glieder dieser Gesellschaft entstehen. Deshalb ist es notwendig, daß die Massenkommunikationsmittel Podien sind, auf denen sich die verschiedenen Meinungen begegnen, Foren, auf denen die Konflikte aufgezeigt werden, die im gesellschaftlichen Miteinander und Gegeneinander entstehen. (ebd.)

Nur so kann ermöglicht werden, dass der Prozess der öffentlichen Meinungsbildung alle Gesellschaftsmitglieder miteinbezieht. Die Maxime, dass alle am Willensbildungsprozess in der Öffentlichkeit teilhaben sollen, findet sich auch bei Habermas. Dieser spricht hierbei vom Diskursprinzip. So seien legale oder moralische Normen nur dann legitim, wenn alle davon Betroffenen am Diskurs über diese teilnehmen können und zustimmen (vgl. Cohen 1999:392).

4.1.1.2 (Re)Präsentation in der Öffentlichkeit

Avritzer und Melucci identifizieren eine weitere Funktion der Öffentlichkeit, die in Verbindung mit den Funktionen Informationsvermittlung und Artikulation stehen. Die Autoren sehen für AkteurInnen, die ihre Identität nicht vom Repräsentationssystem vertreten lassen wollen, in der Öffentlichkeit die Möglichkeit sich selbst zu präsentieren (vgl. Avritzer/Melucci 2000). Die Autoren argumentieren, dass politische Repräsentation durch Parteien nicht mit der wachsenden Komplexität der Gesellschaft umgehen könne. Um mit kulturellem Pluralismus zu verfahren würden diverse Identitäten zusammengefasst um repräsentiert zu werden. Dadurch würde die Pluralität kultureller Forderungen in der Politik reduziert (vgl. ebd. 508). In der

Öffentlichkeit ist es den diversen Identitäten möglich, sich selbst zu präsentieren. Die Autoren unterscheiden in diesem Sinn zwischen *Dazugehören* (belonging) und *Repräsentation*. Während Dazugehören direkt funktioniert und das Individuum in den Genuss einer Identität kommen lässt, passiert Repräsentation indirekt und wirkt verzerrend (vgl. ebd. 522). Daraus leiten Avritzer und Melucci ab, dass BürgerInnen zwei Freiheiten zugesprochen werden sollten: “The freedom not to belong as the right to withdraw from one’s constituted identity in order to form a new one, and the freedom not to be represented.” (ebd.) Diese beiden Handlungen funktionieren in der aggregativen Logik von Repräsentation nicht und können somit vom Repräsentationssystem nicht verarbeitet werden. Deswegen braucht eine Demokratie, so die beiden Autoren, einen öffentlichen Raum für *(Re)Präsentation*, der zwar unabhängig vom Staat funktioniert, aber trotzdem einen Teil des Regimes bildet (vgl. ebd. 523). Im Gegensatz zu den Institutionen der Regierung ist dieser Raum durch Flexibilität gekennzeichnet und muss soziale Komplexität nicht reduzieren, um sie zu (re)präsentieren. So bietet die Öffentlichkeit Raum für soziale Bewegungen, die dort ihre Forderungen einbringen können, ohne an Spezifität verlieren zu müssen (vgl. ebd.).

4.1.1.3 Rechenschaftspflicht: Die Beziehung zwischen Öffentlichkeit und Regierung

Anstelle des Kontrollmechanismus, wie er von Wimmer genannte wird (siehe oben), wird in dieser Arbeit von Rechenschaftspflicht (accountability)⁹ gesprochen, da dieser Begriff neben der Kontrolle der Regierenden durch die Regierten eine weitere Facette beinhaltet. Wenn von Rechenschaftspflicht der Regierenden der Öffentlichkeit gegenüber die Rede ist, sind damit zwei Aspekte gemeint. Erstens, dass die Staatsaktivitäten transparent gemacht werden um von der Öffentlichkeit geprüft werden zu können und zweitens, dass die Regierung in ihren Entscheidungen Rücksicht auf die öffentliche Meinung nimmt (vgl. Fraser 1990:58). Auf diese beiden Punkte wird nun näher eingegangen.

⁹ Bettina Lösch übersetzt den Begriff „accountability“ als „Verantwortlichkeit“ (vgl. 2005:189). Ich verwende in dieser Arbeit das Wort Rechenschaftspflicht als Übersetzung, da es mir passender erscheint.

Rechenschaftspflicht durch öffentliche Kontrolle

Die Idee der Öffentlichkeit, wie sie weiter oben erarbeitet wurde (vgl. Kap.4.1) beinhaltet die Vorstellung, dass gewählte Funktionäre der WählerInnenschaft gegenüber Rechenschaft schuldig sind. Die Öffentlichkeit muss die Möglichkeit haben zu kontrollieren, ob die Aufgaben und Pflichten im Sinne der Repräsentierten erfüllt werden. O'Donnell unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen horizontaler und vertikaler Verantwortlichkeit (vgl. O'Donnell 1998). Horizontale Verantwortlichkeit beschreibt der Autor wie folgt: "State agencies that are authorized and willing to oversee, control, redress, and if need be sanction unlawful actions by other state agencies. The former must have not only legal authority but also sufficient de facto autonomy vis-à-vis the latter." (O'Donnell 1998:119) Es handelt sich hierbei um Kontrollmechanismen innerhalb des Staates. Vertikale Verantwortlichkeit wird im Gegensatz dazu von der Öffentlichkeit ausgeübt. Letztere wird durch öffentliche Debatten über die Regierungsaktivitäten eingefordert. Diese Art der Verantwortlichkeit stützt sich auf relativ „schwache“ Sanktionsmöglichkeiten und hat somit nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. So kann durch Informationsarbeit und Kritik an den staatlichen Praktiken Einfluss auf die öffentliche Meinung und in weiterer Folge eine Abwahl der Regierungspartei herbeigeführt werden. Avritzer spricht sich aus diesem Grund für Öffentlichkeiten aus, deren Entscheidungen zwingenden Charakter für die Regierung haben (vgl. Avritzer 2002:137). Er nennt diese „partizipative Öffentlichkeiten“ und bezieht sich hierbei auf Fälle aus Lateinamerika, bei denen beispielsweise die Vergabe von staatlichen Mitteln an Stadtviertel durch öffentliche Versammlungen entschieden wurde.

Zivilgesellschaft als Resonanzboden gesellschaftlicher Problemstellungen

Habermas unterscheidet zwischen zwei Arten von Öffentlichkeit, die komplementär zueinander die gesamtgesellschaftliche Meinungs- und Willensbildung hervorbringen sollen. „Das Zusammenspiel der institutionell verfassten politischen Willensbildung mit den spontanen, nicht-vermachteten Kommunikationsströmen einer nicht auf Beschlussfassung, sondern auf Entdeckung- und Problemlösung programmierten, in

diesem Sinne nicht-organisierten Öffentlichkeit.“ (Habermas 1995:43) Er geht von einer „schwachen“ Öffentlichkeit aus, die dezentral informelle Diskussion betreibt, aber keine Entscheidungsmacht innehat, und von einer „starken“ formell institutionalisierten Öffentlichkeit, in der die RepräsentantInnen bindende Entscheidungen treffen. Auch Cohen spricht von informeller Öffentlichkeit und beschreibt diese wie folgt: “Informal communication in the public sphere provides a close-to-the-ground and unregulated arena for detecting new problems, bringing them to public view in a non-specialized language, and suggesting ways to address those problems.” (Cohen 1999:400) Probleme im Rahmen der Öffentlichkeit zu thematisieren verortet Habermas im Zuständigkeitsbereich der Zivilgesellschaft. Diese setzt sich aus Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen und bildet einen „Resonanzboden für die gesellschaftlichen Problemlagen“ (vgl. Lösch 2005:95). Die Zivilgesellschaft bildet laut Habermas einen intermediären Raum zwischen Staat und Ökonomie und verlautbart die Probleme des privaten Lebensbereichs in der Öffentlichkeit. Über die Thematisierung in der Öffentlichkeit werden diese an die „zweite Ebene der Öffentlichkeit, die rechtsstaatlich verfasste regulierte Öffentlichkeit“ weitergegeben (ebd.). Die institutionalisierte Öffentlichkeit verarbeitet die Probleme und Lösungsvorschläge, wie sie durch die Zivilgesellschaft eingebracht wurden.

Vergleicht man diese Annahmen mit der salvadorianischen Realität, zeigt sich, dass der beschriebene Idealfall nicht der Realität entspricht. Dort hat die Zivilgesellschaft auf die ökologischen Auswirkungen eines Minenprojekts aufmerksam gemacht. Einen Lösungsansatz stellt hierbei der Gesetzesentwurf, der metallgewinnenden Bergbau verbieten soll, dar. Im Parlament, der institutionalisierten Öffentlichkeit, wird das Thema allerdings trotzdem nicht aufgenommen. Wie aus dem Zitat von Habermas zu den beiden Formen von Öffentlichkeit hervorgeht, unterscheiden sich die beiden dadurch, dass die „schwache“ Öffentlichkeit nicht „vermachtet“ ist, die institutionalisierte aber schon. Dies wird im vorliegenden Beispiel bestätigt: Während die Probleme der Bevölkerung in der Öffentlichkeit thematisiert werden können, unterliegt die vermachtete Öffentlichkeit einem Selektionsverfahren, welches dem Einfluss gewisser Interessensgruppen unterliegt, was zu einer exklusiven Agenda führt.

4.2 Gegenöffentlichkeiten als Verfechter demokratischer Partizipation

In diesem Kapitel werden nun einige Kritikpunkte am Konzept der Öffentlichkeit erläutert. Hierzu wird vornehmlich Nancy Fraser herangezogen, die auf den exklusiven Charakter der bürgerlichen Öffentlichkeit verweist (vgl. Fraser 1990). Ihre Analyse setzt bei der historischen Erscheinungsform der bürgerlichen Öffentlichkeit, die Habermas als die einzige Verwirklichung des Ideals ansieht, an. Ihre Kritikpunkte stellen für die aktuelle Lage der salvadorianischen Öffentlichkeit zu berücksichtigende Einwände dar. Die Autorin führt den Begriff der *subalternen Gegenöffentlichkeit* ein, der in dieser Arbeit für die Analyse des Radio Victoria verwendet wird.

4.2.1 Der exklusive Charakter der bürgerlichen Öffentlichkeit

Fraser konfrontiert die bürgerliche Öffentlichkeit mit revisionistischen Historiographien, die verdeutlichen, dass Habermas diese auf idealisierende Weise beschrieben hat (vgl. Fraser 1990:59). Ihre Kritik am historischen Beispiel der bürgerlichen Öffentlichkeit macht allerdings auch Rückschlüsse auf aktuelle Demokratien möglich.

Während sich die bürgerliche Öffentlichkeit als ein allen zugänglicher Raum, in dem sich die Diskutierenden unabhängig ihres sozialen Status auf gleicher Augenhöhe begegnen, postulierte, waren weite Teile der Bevölkerung von der Teilnahme ausgeschlossen. In Anlehnung an Landes (1988) zeigt Fraser, dass Gender eines der markantesten Ausschlussmechanismen der bürgerlichen Öffentlichkeit darstellte. So seien Genderkonstrukte ein essentieller Teil der Konzeption der bürgerlichen Öffentlichkeit gewesen (vgl. Fraser 1990:59). Während Rationalität und Deliberation im öffentlichen Raum als „männlich“ angesehen wurden, stellte „Weiblichkeit“ etwas dar, das mit Öffentlichkeit als unvereinbar galt. Neben Gender stellten auch Klasse und „Rasse“¹⁰ („race“) Ausschlussfaktoren dar. So hatten die Subalternen, d.h. Männer und

¹⁰ Durch die Verwendung von Anführungszeichen soll auf die Problematik hinter dem Begriff „Rasse“ hingewiesen werden. Es handelt sich dabei keineswegs um einen wissenschaftlichen Begriff im Sinne eines Konzepts, welches die

Frauen der unteren Schichten bzw. Menschen die zu einer anderen „Rasse“ gezählt wurden, keinen Zugang zu den Räumen, in denen die bürgerliche Öffentlichkeit konstituiert wurde.

“Women of all classes and ethnicities were excluded from official participation precisely on the basis of ascribed gender status, while plebeian men were formally excluded by property qualifications. Moreover, in many cases, women and men of racialized ethnicities of all classes were excluded on racial grounds.” (Fraser 1990:63)

Die Bourgeoisie galt sich selbst als „universelle Klasse“. Dabei fand eine doppelte Abgrenzung des Bürgertums statt, einerseits gegenüber Adel und Klerus als MachtinhaberInnen im Absolutismus und andererseits gegenüber den nicht-bürgerlichen Schichten (vgl. ebd. 60). Auch die Kontrolle über die Medien trägt zum exklusiven Charakter der Öffentlichkeit bei. Die subalternen sozialen Gruppen werden von der Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie nicht über die nötigen Produktionsmittel der massenwirksamen Öffentlichkeit verfügen. “The media that constitute the material support for the circulation of views are privately owned and operated for profit. Consequently, subordinated social groups usually lack equal access to the material means of equal participation.” (Fraser 1990:64f)

Eine weitere Annahme, die Fraser in Frage stellt, ist, dass es für DiskutantInnen in der Öffentlichkeit möglich ist, ihre Statusunterschiede beiseite zu lassen und sich zu begegnen, als ob sie sozial gleichgestellt seien. Laut Fraser sei in der bürgerlichen Öffentlichkeit lediglich der Status unter „weißen“ Männern des BürgerInnentums belanglos gewesen. Die Autorin bezieht sich hier auf gender- und klassenspezifische Verhaltensregeln der Präsentation und des Sprechens in der Öffentlichkeit. “In stratified societies, unequal empowered groups tend to develop unequally valued cultural styles. The result is the development of powerful informal pressures that marginalize the contributions of members of subordinated groups.” (Fraser 1990:64) In den Räumen der bürgerlichen Öffentlichkeit herrschten klare Protokolle darüber, wie räsoniert wird und auch, wie sich die TeilnehmerInnen zu kleiden hätten. Jene Normen bezüglich Auftreten und Umgangsformen bildeten Mechanismen, die nicht einfach das bessere Argument bekräftigten, sondern sehr wohl in Betracht ziehen, wer jenes

Realität beschreibt. Es ist allerdings eine Kategorie, die in der Episteme vieler Menschen und Gesellschaften von Bedeutung ist und immer noch zum (gewaltvollen) Ausschluss „Andersartiger“ führt.

Argument auf welche Art und Weise einbringt. In diesem Sinne zitiert Fraser die Theoretikerin Mansbridge:

“Even the language people use as they reason together usually favors one way of seeing things and discourages others. Subordinated groups sometimes cannot find the right voice or words to express their thoughts, and when they do, they discover they are not heard.” (Mansbridge 1990:127)

In Anbetracht der erläuterten Einsichten schlussfolgert Fraser, dass die Negierung von Statusunterschieden in der bürgerlichen Öffentlichkeit sich als Vorteil für die dominanten Gruppen und als Benachteiligung der Subalternen auswirkt. Wenn also behauptet wird, dass im öffentlichen Raum keine Benachteiligungen aufgrund von Status stattfinden würden, so bestehen diese trotzdem weiter, ohne thematisiert zu werden. Um einen Raum der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung zu konstituieren, sei es in den meisten Fällen zielführender, jene Ungleichheiten direkt zu thematisieren (vgl. Fraser 1990:64).

Neben Unabgeschlossenheit des Publikums und der Bedeutungslosigkeit des sozialen Status stellt Fraser auch die thematische Offenheit der Öffentlichkeit in Frage. Sie kritisiert die Annahme, dass „private“ Angelegenheiten und Interessen keinen Platz in der öffentlichen Debatte finden sollten, die für die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit grundsätzlich ist. Diese Prämisse baut auf der Dichotomie „öffentlich“ und „privat“ auf. Fraser beschreibt drei Weisen, wie Habermas dieses Begriffspaar verwendet. Erstens stellt das Öffentliche den Staat dar, das „private“ Gegenstück in diesem Zusammenhang sind die Privatpersonen, die in den deliberativen Arenen partizipieren. Die zweite Art der Verwendung betrifft die zu diskutierenden Themen, die im Interesse der Allgemeinheit, d.h. von öffentlichem Interesse sind. Das „private“ Gegenstück hierzu bilden Angelegenheiten der intimen häuslichen Sphäre bzw. des persönlichen Lebens. In einem ähnlichen Sinn wird auch Besitz als Privatangelegenheit angesehen. Im dritten Bedeutungszusammenhang werden „öffentlich“ und „privat“ im Sinn von Allgemeinwohl und Partikularinteressen verwendet. So ist es das Ziel der Deliberation, in der Öffentlichkeit das Gemeinwohl auszumachen und zu kreieren. (Fraser 1990:71f.) Ein besonderes Augenmerk legt Fraser auf die zweite Art der Verwendung, durch welche öffentlich/privat zu einer Art Etikette wird, was thematisiert werden kann, und was keinen Platz in der öffentlichen Diskussion findet. Dies ist insofern bedeutend, als das hier die Außensicht mit der Innenwahrnehmung nicht übereinstimmen muss. Was

also objektiv von außen wahrgenommen einen Einfluss auf die Allgemeinheit hätte, wenn es thematisiert würde, muss von den TeilnehmerInnen noch lange nicht als die Allgemeinheit betreffend anerkannt sein. „Only participants themselves can decide what is and what is not of common concern to them. However, there is no guarantee that all of them will agree.“ (Fraser 1990: 71) Als Beispiel führt sie feministische Gegenöffentlichkeit an. Häusliche Gewalt war in der breiten Öffentlichkeit als Privatangelegenheit nicht im Pool der ansprechbaren Themen. Feministische Gegendiskursualisierung schaffte es, diese zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen (vgl. ebd.). In diesem Sinne kann auch der Ausspruch der Frauenbewegung um 1968 „Das Private ist politisch“ verstanden werden. Mit diesem sollen eben jene Themen, die als „privat“ von der öffentlichen Debatte ausgeschlossen wurden, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es ist entscheidend, dass die Grenze zwischen „öffentlich“ und „privat“ in diesem Sinne stets kritisch überprüft wird. Das Setzen dieser Grenze sollte ständig neu ausgehandelt werden. Ist sie zu starr, könnte das bedeuten, dass Themen, die eigentlich öffentlich besprochen werden sollten, jenen Status nicht bekommen, da sie die Position bzw. die Privilegien dominanter Gruppen in Frage stellen würden. In den Worten Frasers: “[...] democratic publicity requires positive guarantees of opportunities for minorities to convince others that what in the past was not public in the sense of being a matter of common concern should now become so.“ (Fraser 1990:71)

4.2.2 Subalterne Gegenöffentlichkeiten

Um die beschriebenen Ausschlussmechanismen der Öffentlichkeit auszugleichen, ist es laut Fraser nötig, Gegenöffentlichkeiten zu bilden. „Virtually from the beginning, counterpublics contested the exclusionary norms of the bourgeois public elaborating alternative styles of political behavior and alternative norms of public speech.“ (ebd. 61) Diese Öffentlichkeiten standen im Konflikt zur bürgerlichen Öffentlichkeit, indem sie eigene Formen des Austauschs und der Diskussion entwickelten, die sich nicht mit dem Habitus¹¹ der bürgerlichen Räume deckten (vgl. ebd. 61). Die Existenz weiterer

¹¹ „Der Habitus ist nicht nur strukturierende, die Praxis wie deren Wahrnehmung organisierende Struktur, sondern auch strukturierte Struktur: das Prinzip der Teilung in logische Klassen, das der Wahrnehmung der sozialen Welt zugrunde liegt, ist seinerseits Produkt der Verinnerlichung der Teilung in soziale Klassen.“ (Bourdieu 1987:279)

Öffentlichkeiten neben der bürgerlichen Öffentlichkeit trübt das Habermas'sche Konzept, dass *eine* national einheitliche Öffentlichkeit als Mittlerin zwischen Staat und Bevölkerung beschreibt. Das Aufkommen zusätzlicher Öffentlichkeiten stellt für Habermas eine relativ junge Entwicklung dar und er sieht diese als unerwünschte Fragmentierung des Idealzustandes.

Fraser erachtet es im Gegensatz dazu als unerlässlich, dass sich in einer Gesellschaft, die durch strukturelle Beziehungen der Dominanz und Subordination gezeichnet ist, eine Vielzahl an Öffentlichkeiten herausbilden. Wie die vorangegangene Analyse der inner-öffentlichen Beziehungen deutlich macht, schafft es eine Öffentlichkeit nicht ohne weiteres, sich von sozialer Ungleichheit loszulösen, um gleiche Partizipation an der öffentlichen Meinungsbildung zu ermöglichen. "In stratified societies, arrangements that accommodate contestation among a plurality of competing publics better promote the ideal of participatory parity than does a single, comprehensive, overarching public." (Fraser 1990:66) Die anderen Öffentlichkeiten bilden somit einen Raum, den sich all jene konstruieren, die in der breiten bürgerlichen Öffentlichkeit keine bzw. nur begrenzte Partizipationsmöglichkeiten vorfinden. So zeige die Geschichte viele Beispiele von sozial untergeordneten Gruppen, namentlich Frauen, ArbeiterInnen, „people of color“ und homosexuellen Männern und Frauen, die eigene alternative Öffentlichkeiten etabliert haben. Jene nennt Fraser *subalterne Gegenöffentlichkeiten*:

"I propose to call these subaltern counterpublics in order to signal that they are parallel discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses, which in turn permit them to formulate oppositional interpretations of their identities, interests, and needs." (Fraser 1990:67)

Diese stellen also die Möglichkeit dar, die partizipatorischen Privilegien, die dominanten Gruppen in der breiten Öffentlichkeit zukommen, auszusetzen, ohne sie zu beseitigen (ebd.:68).

Gottfried Oy beschreibt einen solchen Ansatz als „Gegenöffentlichkeit in Sorge um die Demokratie“. In diesem Sinne sei „das Konzept Gegenöffentlichkeit als praktische Forderung von ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppierungen, an einer Konkurrenz der öffentlichen Meinung teilnehmen zu dürfen“ zu verstehen. (Oy 2001: 192). Diesem Ansatz liegt das Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit zugrunde. Da die real existierende Öffentlichkeit allerdings nicht diesem Bild entspricht, muss ein neuer

öffentlicher Raum geschaffen werden, in dem die Defizite der vermachteten Öffentlichkeit ausgeglichen werden.

Schlussfolgerungen für das Fallbeispiel

Um der Frage nach dem Beitrag des Radio Victoria in den salvadorianischen Demokratisierungsprozessen näher zu kommen, muss in Anbetracht des exklusiven Charakters der Öffentlichkeit überprüft werden, ob dieses eine Gegenöffentlichkeit für subalterne soziale Gruppen darstellt. Ist dies der Fall, so erweitert das Radio Victoria das Spektrum an Personen und Themen, die an einer durch diverse (Gegen)Öffentlichkeiten konstituierten Öffentlichkeit teilnehmen. Somit würde politische Partizipation gefördert und ein Beitrag zu einem demokratischeren Regime geleistet. Diese Überprüfung erfolgt in Kapitel 6.

5 Methode – Zur Durchführung der Interviews

In diesem Kapitel wird auf die methodische Vorgehensweise eingegangen, mit der das empirische Material erhoben und ausgewertet wurde.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage habe ich auf drei Ebenen gearbeitet: Erstens wurde Literaturarbeit geleistet, die das Fallbeispiel einerseits in einen theoretischen Rahmen eingebettet und andererseits auf deduktive Weise zum Erkenntnisprozess beigetragen hat. Zweitens wurden drei Interviews erhoben und ausgewertet, d.h. in den theoretischen Rahmen eingearbeitet. Drittens wurde bei zahlreichen Aufenthalten in El Salvador, die ein Studiensemester an der Universität UCA¹² und die Besichtigung der Räumlichkeiten des Radio Victoria beinhalteten, Wissen erworben, um die Theorie effizienter mit der salvadorianischen Realität abgleichen zu können.

Im letzten Teil dieser Arbeit (Kapitel 6 und 7) sollen die theoretischen Überlegungen der vorangegangenen Teile mit empirisch erhobenen Daten in Verbindung gebracht werden. Es wurden drei Interviews geführt, mit deren Hilfe geklärt werden soll, auf welche Weise das Radio Victoria einen Beitrag zur Demokratisierung des salvadorianischen Regimes leistet. Um mich der Beantwortung dieser Frage anzunähern, habe ich zwei Herangehensweisen gewählt, eine deduktive und eine induktive.

Erstens wurde in einem deduktiven Prozess in der Auseinandersetzung mit dem theoretischen Konzept von Öffentlichkeit die Existenz einer Gegenöffentlichkeit als demokratiefördernd identifiziert (siehe Kapitel 4.2). Daher habe ich die Hypothese aufgestellt, dass das Radio Victoria eine subalterne Gegenöffentlichkeit darstelle. Der Leitfaden der Interviews war darauf ausgerichtet, die Hypothese auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen.

Zweitens wurde bei der Datenerhebung versucht, bis zu einem gewissen Grad induktiv vorzugehen, zunächst bei der Ausarbeitung des Leitfadens und anschließend bei der Kategorienbildung. Dadurch wurden auch unvorhergesehene Ergebnisse identifiziert, die mit der Theorie zusammengeführt werden sollten. Bei diesem Schritt der

¹² UCA steht für *Universidad Centroamericana „José Simeon Cañas“*

Interpretation wurde also nicht in erster Linie mit zuvor identifizierten Analysekatoren an das Material herangegangen, sondern es wurden die Daten auf theoriegenerierende Weise analysiert. Die Auswertung der Interviews wird im Kapitel 6.3 in die Systematisierung des hybriden Regimes El Salvadors von Heidrun Zinecker eingearbeitet. Mithilfe der Systematisierung wurden die Defizite der salvadorianischen Demokratie herausgearbeitet (siehe Kapitel 3.3). Die Ergebnisse der Interviews werden im letzten Kapitel im salvadorianischen Regime-Hybriden verortet, und es wird geprüft, ob auf eine Demokratisierung der nicht-demokratischen Segmente durch das Radio Victoria geschlossen werden kann.

5.1 Die Wahl der Erhebungsmethode

Ich habe mich bezüglich der Durchführung der Interviews für ein themenzentriertes Vorgehen entschieden (vgl. Helfferich 2005). Bei dieser Art von Interviews wird ein narrativer Ansatz verfolgt, wobei durch Zwischenfragen darauf geachtet wird, dass keine thematische Abschweifung stattfindet. Der/Die Befragte soll ohne allzu viel Intervention dazu animiert werden, zu erzählen. Es wird davon ausgegangen, dass die befragte Person im Erzählfluss persönliche Relevanzen setzt und unter Umständen Dinge zur Sprache kommen, die von der interviewführenden Person nicht vorhergesehen waren. Dadurch soll verhindert werden, dass die interviewende Person durch Vorwissen und Annahmen den Interviewverlauf zu sehr beeinflusst, was zu einem verzerrten Ergebnis führen könnte. Diese Methode entstand aus der Kritik an einer „hypothetico-deduktiven Vorgehensweise [...], der zufolge man die Daten nur durch ex ante festgelegte Operationalisierungsschritte erfassen und überprüfen kann“ (Witzel 2000). Das Ergebnis ist eine Interviewform, die sich im Rahmen eines „induktiv-deduktiven Wechselspiels“ bewegt und somit eine Alternative zu den beiden Extremen bietet (ebd.).

Helfferich nennt diese Art von Interviews „teilnarrativ“ (vgl. Helfferich 2005:159). Ziel ist es, durch gezielte Strukturierung des Interviews immer wieder Teilerzählungen zu generieren. Durch einen Leitfaden soll gewährleistet werden, dass der Inhalt gewissermaßen strukturiert wird und somit Unterthemen „quer“ durch alle Interviews

verfolgt werden können (vgl. ebd.). Ein solches Vorgehen sichert bis zu einem gewissen Grad die Vergleichbarkeit zwischen den Interviews.

5.2 Entwicklung des Interviewleitfadens

Für den Schritt der Operationalisierung, d.h. von der Forschungsfrage zum Interviewleitfaden, gibt es kaum methodische Regeln, die systematisierend und unterstützend angewandt werden können (Gläser/Laudel 2009:115). Als Hilfestellung für die Erarbeitung des Interviewleitfadens habe ich das „SPSS-Prinzip“ von Helfferich herangezogen (vgl. Helfferich 2003:161ff.). Die Autorin schlägt vier Schritte vor: **Sammeln**, **Prüfen**, **Sortieren** und **Subsumieren**. Diesen Schritten folgend werden zuerst alle Fragen gesammelt, die dem/der Forschenden zum Thema in den Sinn kommen. Anschließend werden nach bestimmten Kriterien jene Fragen herausgefiltert, die sich nicht für das Interview eignen: Beispielsweise reine Informationsfragen, deren Beantwortung einfacher über einen Kurzfragebogen erfolgen kann. Solche Fragen eignen sich nicht, da sie meist einsilbig beantwortet werden können und keine narrativen Redeflüsse generieren. Weiters sind laut Helfferich Fragen auszusortieren, die eine Beantwortung auf Ebene von wissenschaftlicher Reflexion erfordern, also Fragen, die eigentlich die Beantwortung der Forschungsfrage als ganze erwarten. Solche abstrakten Fragen können den InterviewpartnerInnen nicht zugemutet werden, da sie eine hohe Selbstreflexion sowie fachinternes Wissen voraussetzen, das sich der/die Interviewende durch Recherche etc. angeeignet hat. Zuletzt sollten die Fragen auch daraufhin geprüft werden, ob sie lediglich zur Bestätigung von bereits evidenten Fakten dienen. Solche Fragen bringen keine neue Erkenntnis und sollten aus dem Leitfaden gestrichen werden. In diesem Zusammenhang ist laut Helfferich auch darauf zu achten, dass die Fragen Platz für Antworten lassen, die der/die Interviewende nicht erwartet. Anschließend werden die Fragen nach Themenbereichen sortiert.

Im letzten Schritt wird für jedes Fragenbündel eine möglichst einfache Erzählaufforderung formuliert. „Gesucht wird ein guter, d.h. möglichst erzählgenerierend wirkender und möglichst wenig Präsuppositionen enthaltender Impuls.“ (Helfferich 2003:165) Die übrigen Fragen des Bündels werden der Erzählaufforderung, ganz oder in Form von Stichworten, untergeordnet. Am Ende des

Interviews sollte den InterviewpartnerInnen noch die Möglichkeit gegeben werden, eigene Relevanzen zu setzen und den Interviewverlauf zu kommentieren. (ebd.:160)

Ein Vorteil am „SPSS-Prinzip“ ist, dass durch das Sammeln aller Fragen zum Thema zugleich das Vorwissen des Interviewenden zusammengefasst wird. Dies schafft als Nebeneffekt einen Überblick über den Wissensstand des/der Interviewenden vor der Durchführung des Interviews.

5.3 Das Erkenntnisinteresse

Um der Beantwortung meiner Forschungsfrage – Inwiefern stellt das Radio Victoria ein taugliches Instrument im Rahmen von Demokratisierungsprozessen des salvadorianischen Regimes dar? – näher zu kommen, habe ich die Definition von „subalterner Gegenöffentlichkeit“, wie sie von Fraser vertreten wird, verwendet (siehe Kapitel 4.2). In Gegenöffentlichkeiten kommen jene Menschen zu Wort, die in der von den konventionellen Medien konstituierten breiten Öffentlichkeit keine Zugangsmöglichkeiten haben oder kein Gehör finden. Um zu überprüfen, ob das Radio Victoria als subalterne Gegenöffentlichkeit fungiert musste also überprüft werden, ob die Akteure, die das Radio Victoria als Artikulationsplattform nützen auch in den konventionellen Medien zu Wort kommen. Das Selbe sollte in Bezug auf die dort artikulierten Anliegen und Forderungen passieren.

Die Interviews sollten überdies Klarheit über die Art der Partizipation der AkteurInnen am Radio bringen. Hierbei bin ich davon ausgegangen, dass es mehrere Möglichkeiten zur Beteiligung gibt und dass sich jene durch ihre Wirkung, d.h. Einflussnahme auf die Inhalte des Senders, unterscheiden. In diesem Zusammenhang erschien es mir auch von Bedeutung festzustellen, auf welchen Ebenen Partizipation im Radio Victoria möglich ist, d.h. ob diese auf individueller Ebene oder vermehrt kollektiv, d.h. durch Vereinigungen und Organisationen geschieht.

Ein weiterer Punkt, der durch die Interviews geklärt werden sollte, war die Motivation der Radiomitglieder hinter der kommunikativen Praxis des Radio Victoria. Es sollte erhoben werden, welche Strategien das Radio Victoria verfolgte und wie diese argumentiert werden. In diesem Zusammenhang war auch die Kritik an den kommerziellen Medien von Interesse.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass es nicht explizit das Ziel war, die Aussagen der Interviewten zu hinterfragen bzw. die Grenzen des Radio Victoria zu eruieren, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Befragten tendenziell über positive Aspekte des Radio Victoria berichteten und die negativen ausblendeten. Um „blinde Flecken“ der Aussagen auszugleichen, wären Interviews mit Außenstehenden nötig gewesen. Ziel dieser Arbeit ist es die Beiträge des Radio Victoria zum Demokratisierungsprozess herauszuarbeiten, die Auseinandersetzung mit Grenzen und Ausschlussfaktoren im Radio Victoria könnte den Gegenstand weiterer Forschung darstellen.

5.4 Kontaktaufnahme und Durchführung der Interviews

Es wurde bereits im Vorfeld der Diplomarbeit durch einen Besuch der Radiostation Kontakt mit dem Vorsitz des Radio Victoria aufgenommen. Es war mir dabei ein Anliegen zu klären, ob eine wissenschaftliche Arbeit über das Radio erwünscht sei, und ob ich mit Unterstützung in Form von Interviews rechnen könne.

Die Mitglieder des Vorsitzes (Equipo Central) entschieden sich durch interne Besprechung für drei InterviewpartnerInnen. Unter diesen befand sich eine Frau. Die Interviews wurden an drei aufeinanderfolgenden Tagen im Rahmen von Videotelefonaten durchgeführt. Nach Gläser und Laudel wird die empirische Absicherung der Rekonstruktion verbessert indem mehr als nur einer/m InterviewpartnerIn zu einem Thema befragt werden (Gläser/Laudel 2009:117f). Aus diesem Grund wurden drei Personen interviewt um eine „Triangulation“ der Quellen zu gewährleisten und somit den erhobenen Daten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Durch die Befragung von mehreren Personen soll gewährleistet werden, dass jene Informationen, die ein/e InterviewpartnerIn als nicht relevant einstuft, eventuell von einer anderen genannt würde. Neben diesem Ausgleichen von „blinden Flecken“ bekommen die Aussagen, die die persönliche Perspektive der Befragten widerspiegeln, mehr Gewicht, gegeben den Fall, dass sie auch von den anderen getroffen werden (vgl. ebd.).

Problematiken bei Konzeption und Durchführung der Interviews

Gläser und Laudel (2009:112ff) sehen das zentrale Problem des Interviews in der Differenz der Kontexte des/r Interviewenden und der interviewten Person. Während das Erkenntnisinteresse des/der Forschenden in einem wissenschaftlichen Kontext formuliert wird, unterscheidet sich die Lebenswelt der/des Interviewten zu diesem meistens erheblich. Die Herausforderung besteht nun darin, das Erkenntnisinteresse in Fragen zu übersetzen, die dem kulturellen Kontext des Gegenübers angemessen sind. Die Interviewfragen sollten daher so formuliert sein, dass die Beantwortung dieser dem Wissen und den Interessen der Befragten entsprechend erfolgt (ebd.:115).

Die Wahl der InterviewpartnerInnen und der „Gendereffekt“

Beate Littig (2009) beschreibt die Problematik einer unüberlegten Auswahl von InterviewpartnerInnen. Soziale Interaktionen und Strukturen seien als „vergeschlechtlicht“, also als geprägt von Geschlechterverhältnissen zu verstehen. Somit seien Frauen in den höheren Führungspositionen generell unterrepräsentiert. Als Grund für dieses Ungleichgewicht nennt die Autorin die „geschlechtliche Verfasstheit“ der Arbeitswelt, was bedeutet, dass Postenbesetzungen nicht nur zweckrational entschieden werden, sondern auch Ausdruck komplexer Geschlechterverhältnisse sind. „Wenn es stimmt, dass ExpertInneninterviews vorwiegend mit Funktionseliten von Organisationen, also vielfach mit Führungskräften oder Personen in Schlüsselpositionen durchgeführt werden, ist damit zu rechnen, dass es sich dabei in den meisten Fällen um männliche Führungskräfte handeln wird“ (Ebd.:183).

Im Falle der Auswahl der InterviewpartnerInnen für diese Arbeit gestaltet sich der Hintergrund ähnlich, ist jedoch anders zu erklären. Zwei der Befragten sind männlich, die dritte weiblich. Alle drei sind Mitglieder des *Equipo Central*, das den Vorsitz des Radio Victoria darstellt. Von den sieben Personen, die diese Instanz bilden, sind nur zwei Frauen. Die drei Interviewten beschrieben jenes Organisationsteam als offenen Raum, zu dem alle Interessierten Zugang hätten und ohne weiteres ein Teil davon

werden könnten. Aus diesem Grund gehe ich davon aus, dass jenes Ungleichgewicht der Geschlechter nicht durch das Team selbst hervorgebracht wird, sondern unabhängig vom Radio von den gesellschaftlichen Gegebenheiten reproduziert wird. In jedem Fall ist es entscheidend, dass sich eine der Frauen für das Interview zur Verfügung gestellt hat. Wäre jene Geschlechterverteilung im Sample nicht gegeben gewesen, hätte dies die Validität und Objektivität der erhobenen Daten in Frage gestellt denn „(d)ie Sichtweise von Angehörigen des männlichen Geschlechts nicht als objektive Abbildung von Realität anzuerkennen ist Ziel der feministischen Kritik an einem objektivistischen Wissenschaftsverständnis“ (ebd.:193).

Auch bei der Durchführung der Interviews muss auf „Geschlechtereffekte“ geachtet werden (vgl. Adels/Behrens 2009; vgl. Littig 2009). Mit dem Konzept „Doing Gender“ argumentiert Littig (vgl. auch Adels/Behrens 2009), dass das Geschlecht der am Interview Beteiligten von Bedeutung ist. Dieser Auffassung nach ist Zweigeschlechtlichkeit eine Institution, die in sozialen Interaktionen durch symbolische Akte konstruiert wird. Die Interviewsituation ist davon natürlich nicht ausgenommen. Die genannten Autorinnen zeigen auf, dass sich bei manchen Experten ein gewisser „Paternalismus- bzw. der Profilierungseffekt“ bemerkbar macht, wenn diese sich mit einer Interviewer*in konfrontiert sehen. Im Fall der Interviews mit den Mitgliedern des Radio Victoria ergab sich jene Situation nicht, aber es ist zu bedenken, dass auch ethnische und Klassenunterschiede von Bedeutung sein könne, die wiederum Interaktionseffekte mit sich bringen (Adels/Behrens 2009:174).

Die Herausforderungen des Telefoninterviews

Aufgrund fehlender zeitlicher und finanzieller Ressourcen war es mir nicht möglich, die Interviews in El Salvador durchzuführen, weswegen ich mich dazu entschieden habe, die Gespräche per Videotelefonat durchzuführen. Diese Vorgehensweise bringt einige Probleme mit sich. Prinzipiell ist es fraglich, ob Telefonate überhaupt als geeignete Form für qualitative Datenerhebung anzusehen sind (vgl. Christmann 2009). Durch die Verkürzung des Kommunikationskanals, so argumentiert Christmann, fallen für die Wahrnehmung des Interviewenden die nonverbalen Elemente weg. ExpertInnen seien dieser Art der Interviews am ehesten zugeeignet, da diese meist Menschen in höheren

Positionen seien und oftmals auf eine akademische Ausbildung zurückblicken. Dadurch hätten diese eher die Fähigkeit, abstrakte Sachverhalte wiederzugeben, so Christmann. Solche Personen könnten meist auch auf Erfahrungen mit JournalistInnen setzen, was positiv zu einem reibungslosen Interviewablauf beitragen würde. Meine Auffassung von ExpertInnen stimmt nicht ganz mit jener, die Christmann vertritt, überein, da ich den Begriff etwas weiter fasse und Personen, die ihre Expertise durch praktische Arbeit und nicht zwingend durch akademische Ausbildung erworben haben, als InterviewpartnerInnen ausgewählt habe. Im Falle der InterviewpartnerInnen des Radio Victoria war es sicher von Vorteil, dass sich diese durch ihre Arbeit als RadiosprecherInnen redegewandt ausdrücken können und schon öfter Pressekonferenzen abgehalten haben.

Durch die räumliche Distanz ergeben sich weitere Schwierigkeiten. So kann der/die Interviewende nur teilweise auf Störungen und Interventionen durch das Umfeld, Einfluss nehmen. Es ist somit nicht immer gesichert, dass eine exklusive Aufmerksamkeitsausrichtung auf das Interview gegeben ist. Aus den genannten Gründen stuft Christmann diese Art von Interviews als sehr viel Aufmerksamkeitsintensiver und somit anstrengender ein, wodurch sich die Frage nach der idealen Länge des Interviews neu stellt. In der Literatur, so Christmann, finden sich hierzu widersprüchliche Ansichten. Manche vertreten die Ansicht, das Gespräch sollte nicht länger als 30 Minuten dauern um den durch die anstrengende Gesprächssituation hervorgebrachten Konzentrationsschwächen auf beiden Seiten vorzubeugen. Andererseits findet sich das Argument, dass eine kurze Gesprächsdauer den Druck auf die InterviewteilnehmerInnen erhöht, da der Inhalt komprimiert werden muss. Aufgrund der Uneinigkeit der Literatur zu jenem Sachverhalt habe ich mich dazu entschlossen, die Länge des Interviews spontan nach der Verfassung meiner InterviewpartnerInnen und der im Gespräch offenen Fragen zu richten. Die Interviews dauerten jeweils zwischen 45 Minuten und einer Stunde.

Zur Problematik der verkürzten Kommunikation lässt sich vermerken, dass die Unterstützung des Gesprächs durch Videoübertragung wahrscheinlich einen erheblichen Unterschied machte. Somit konnte ich der Mimik der Interviewten folgen und diese sich meiner Aufmerksamkeit sicher sein. Durch die Videoübertragung

befanden sich die Interviewten außerdem „unter Beobachtung“, was sie davon abhielt, eventuellen Ablenkungen nachzugehen.

5.5 Auswertung der Interviews

Bei der Interpretation der Interviews fiel die Wahl auf die Technik der Zusammenfassung, wie sie Mayring beschreibt (vgl. 2003:59). Es handelt sich dabei um ein Vorgehen, das „induktive Kategorienbildung“ ermöglicht. Das bedeutet, dass die Kategorien, die zur Inhaltsanalyse herangezogen werden in der Auseinandersetzung mit dem Material entstehen. Eine deduktive Vorgehensweise würde im Gegensatz dazu anhand der zum Thema zusammengetragenen Theorie die Kategorien bilden und das Material mithilfe dieser strukturieren (vgl. ebd.:74). Für die induktive Vorgehensweise spricht, dass sie bis zu einem gewissen Grad eine „Abbildung des Materials ohne Verzerrung durch Vorannahmen des Forschers“ ermöglicht (ebd.). Trotz dieser Vorgehensweise muss davon ausgegangen werden, dass die Interpretation durch die Vorkenntnisse des Forschenden beeinflusst werden. Im Fall der Auswertung der Interviews dieser Arbeit hat die Forschungsfrage, die sich auch schon im Leitfaden widerspiegelt, einen Einfluss gehabt.

Die hier beschriebene Methode arbeitet mit Textmaterial, weshalb die Interviews transkribiert wurden. Bei der Verschriftlichung des Audiomaterials wurden nur die themenrelevanten Aussagen der Befragten niedergeschrieben. Bei der Interpretation wurden nur explizite Inhalte untersucht, weshalb Ausdrucksformen wie Tonfall, Pausen oder Lachen nicht berücksichtigt wurden.

Die Methode der Zusammenfassung zur Bildung von Kategorien wird wie folgt durchgeführt (vgl. ebd. 60):

- 1) Die Aussagen der Befragten werden paraphrasiert.
- 2) Die Paraphrasen werden durch eine Generalisierung auf ein höheres Abstraktionsniveau übersetzt.
- 3) Nun werden bedeutungsgleiche Aussagen weggestrichen und die übrigen zu Kategorien gebündelt.
- 4) Das Material wird nun nochmals durchgegangen und die Aussagen zu den Kategorien zugeordnet bzw. neue Kategorien gebildet, falls die notwendig ist.

Bei der Auswertung des Materials wurden zehn Kategorien gebildet, die die Vision und Organisationsstruktur des Radio Victoria sowie die Arten der Partizipation und die Themen, die in diesem aufscheinen, verdeutlichen. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden diese Kategorien nun in die theoretischen Vorannahmen eingebettet.

6 Das Radio Victoria: Ein Modell demokratischer Medienöffentlichkeit innerhalb des salvadorianischen Regime-Hybriden

6.1 Das Radio Victoria als subalterne Gegenöffentlichkeit

Um zu klären, ob das Radio Victoria als subalterne Gegenöffentlichkeit fungiert, muss überprüft werden, welche Gruppen an der Gestaltung des Radios teilnehmen, und welche Themen und Standpunkte über dieses kommuniziert werden. Damit von einer subalternen Gegenöffentlichkeit gesprochen werden kann, müssen TeilnehmerInnen als auch Themen inkludiert sein, die von der breiten Öffentlichkeit ausgeschlossen sind. Aus diesem Grund wird erst ein Überblick zur Situation der salvadorianischen Medienlandschaft gegeben und geprüft wer in dieser partizipiert. In weiterer Folge wird anhand der erhobenen Daten festgestellt welche AkteurInnen und Themen im Radio Victoria Raum zur Artikulation finden und ob es sich hierbei um solche handelt die in der breiten salvadorianischen Medienlandschaft keinen Platz finden. Ist dies der Fall, so würde das Radio Victoria als subalterne Gegenöffentlichkeit die Defizite der breiten Medienöffentlichkeit bis zu einem gewissen Grad ausgleichen, indem es durch ein unabgeschlossenes Publikum und thematische Offenheit die Zahl der Akteure und Themen in der Öffentlichkeit erweitert.

6.1.1 Die salvadorianische Medienlandschaft als vermachtete Öffentlichkeit

Die Medienlandschaft der lateinamerikanischen Länder ist durch Konzentration der Massenmedien in Händen von wenigen charakterisiert. Radio, Fernsehen und Printmedien werden von großen Medienkonzernen kontrolliert, hinter denen nationales aber auch internationales Finanzkapital steht. Gerade im TV-Bereich wächst der Einfluss von internationalen Konzernen, in Mittelamerika gewinnt vor allem der mexikanische Konzern TELEvisa an Bedeutung (vgl. ALER 2001:55). Brüne spricht

hierbei von einer oligopolischen Marktstruktur, deren dominantes Strukturprinzip die zahlungsfähige Nachfrage darstellt (vgl. Brüne 2000a:30).¹³

Freedom House, eine internationale NGO, die jährlich einen Bericht über Pressefreiheit im globalen Vergleich veröffentlicht, stuft die salvadorianische Presse als „partly free“ ein (vgl. Freedom House 2013b). Zwar sei freie Berichterstattung in El Salvador weitgehend möglich, jedoch seien JournalistInnen immer wieder Opfer von Todesdrohungen und Gewaltakten. Hierbei bezieht sich Freedom House unter anderem explizit auf die Drohungen, die das Radio Victoria über einen längeren Zeitraum erhielt, und erwähnt diese in Zusammenhang mit der Widerstandsbewegung¹⁴ gegen das Bergbauprojekt El Dorado (vgl. ebd.). Auch Rockwell und Janus weisen darauf hin, dass mittelamerikanische JournalistInnen Gefahren ausgesetzt sind. In den 1990er Jahren seien diese vermehrt Androhung und Ausübung von Gewalt ausgesetzt gewesen. Zwar habe sich die Situation verbessert, sie stelle aber immer noch eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung und -verbreitung dar (vgl. Rockwell/Janus 2003:165).

In El Salvador werden die Medien weitgehend von der Elite kontrolliert (vgl. Wolf 2009:442). Wolf identifiziert drei Mechanismen, die den Einfluss der Elite auf die Berichterstattung gewährleisten: Erstens verweile die Medienmacht in den Händen von drei Familienunternehmen, die Verbindungen zur ARENA und zum Privatsektor pflegen. So schauen beispielsweise 90% der TV-KonsumentInnen Programme, die von der Telecorporación Salvadoreña (TCS) ausgestrahlt werden. Der Besitzer der TCS ist Boris Esersky, ein Unterstützer der ARENA-Partei (vgl. Wolf 2009:440f.). Zweitens bezeichnet Wolf Werbeeinschaltungen als „Kontrollmechanismus“ der Elite. Diese stellen für viele Medien einen überlebenswichtigen Teil der Finanzierung dar. Somit kann durch die Vergabe oder den Entzug von Werbeeinschaltungen KomplizInnenschaft belohnt bzw. kritische Berichterstattung sanktioniert werden. Die meisten, die auf diese Art GönnerInnen der Medien darstellen, kommen aus der ökonomischen Elite, der Staat besitzt allerdings das größte Medienbudget. Die ARENA-

¹³ Auch auf globaler Ebene kann mediale Konzentration beobachtet werden. So gab es im Jahr 2000 neun Großkonzerne die sich den Weltmarkt aufteilten (vgl. Hintze 2000:11).

¹⁴ Dieser Begriff wurde von den Interviewten übernommen, die in Bezug auf die BürgerInnenbewegung gegen das Projekt El Dorado von „la resistencia“ sprechen. *Widerstandsbewegung* umfasst alle NGOs, BürgerInnenvereinigungen und Individuen, die gegen das Minenprojekt mobilisiert haben und von der *mesa nacional contra la minería metálica* vertreten werden.

Regierungen verteilten staatliche Werbeaufträge danach, wer ihre politische Linie verfolgte. "Thus, the media are no longer exposed to attacks or open censorship but are being strangled by advertising boycotts, skillfully used by government and business to stifle dissent voices." (Wolf 2009:441) Drittens verweist Wolf darauf, dass die politischen und ökonomischen Interessen von WerbeeinschalterInnen und ArbeitgeberInnen durch Selbstzensur des Medienpersonals in die Berichterstattung einfließen. Um nicht um die eigene Anstellung bangen zu müssen, würden diese von kritischer Berichterstattung absehen. Auf diese Weise würde die freie Meinungsäußerung über die Medien eingeschränkt (vgl. ebd. 442).

Die salvadorianischen Medien sind nicht mehr auf die gleiche Art von Repression und Zensur betroffen wie zur Zeit des BürgerInnenkriegs. Die Transition des Regimes hat freie Meinungsäußerung mit sich gebracht. Diese wird allerdings durch die genannten Aspekte verzerrt. Die Berichterstattung ist dadurch einseitig und tendenziös.

Es muss allerdings auch erwähnt werden, dass sich auch kritische Medien in El Salvador finden lassen. Neben den Radios comunitarios, die zusammen ARPAS bilden, gibt es zumindest ein Printmedium, den „CoLatino“¹⁵, dem eine kritische Berichterstattung nachgesagt wird. Dieser hat jedoch eine vergleichsweise geringe Auflage. Auch im Internet finden sich neben blogs und ähnlichem zwei Zeitungen, die als unabhängig eingestuft werden können: „El Faro“¹⁶ und „La Página“¹⁷. Auch im Bereich des Fernsehens gibt es einen relativ jungen Kanal, „TV X“¹⁸, der ein kritisches Publikum ansprechen will.

Der Großteil der salvadorianischen Massenmedien bietet allerdings keine Möglichkeit der Partizipation. Rosalía Winocur beschreibt diese Situation als Ungleichheit zwischen den Bedingungen von Produktion und Rezeption (vgl. Winocur 2000:38). So habe die Mehrheit der MedienkonsumentInnen keinen Zugang zu den Produktionsmitteln, um selbst Audio- und Videoproduktionen zu veröffentlichen. Es fehle aber nicht nur am nötigen Equipment, sondern auch am Raum in den Massenmedien, um eigene Produktionen massenwirksam ausstrahlen zu können. Diese Ungleichheit zeigt sich beispielsweise im Mechanismus, wie in El Salvador Lizenzen für Radiofrequenzen

¹⁵ <http://www.diariocolatino.com/> (Zugriff: 21.11.13)

¹⁶ <http://www.elfaro.net/> (Zugriff: 21.11.13)

¹⁷ <http://www.lapagina.com.sv/> (Zugriff: 21.11.13)

¹⁸ <http://tvx.com.sv/> (Zugriff: 21.11.13)

erworben werden können. Diese werden mittels Versteigerung verkauft, was zur Folge hat, dass jene, die über das meiste Kapital verfügen, die Frequenzen kontrollieren. Dieses Vorgehen stellt einen Grund für die hohe Konzentration der Radio- und TV-Frequenzen im Besitz einiger weniger Konzerne bzw. Konzerngruppen dar (vgl. Contrapunto 2013).

Hinsichtlich der ungleichen Bedingungen von Produktion und Rezeption dürfe laut Avritzer trotzdem nicht außer Acht gelassen werden, dass die ReceptorInnen nicht zu absoluter Passivität verdammt seien. „Tal desbalance no imposibilita al receptor para reaccionar autónomamente ante los mensajes, capacidad que varía de un momento histórico a otro y de un tipo de medio a otro.“ (Avritzer 1999:86)

6.1.2 Die thematische Offenheit des Radio Victoria in der Berichterstattung zum Konflikt um El Dorado

An der Berichterstattung über das Projekt El Dorado wird deutlich, wer in den Medien Einfluss auf die Inhalte nehmen kann und wer nicht. Hierbei wird eine Diskrepanz zwischen dem Radio Victoria und den kommerziellen Medien sichtbar. Während das Radio Victoria in Zusammenarbeit mit ARPAS auf die potentiellen ökologischen Folgen des Bergbauprojekts aufmerksam machte, wurde im Großteil der kommerziellen Medien eine Werbeeinschaltung des Minenkonzerns Pacific Rim ausgestrahlt. Diese trug den Titel „La Minería Verde“ und zielte darauf ab, so die Befragten, die ökologischen Auswirkungen des Bergbaus herunterzuspielen und die Arbeit des Minenkonzerns als Aufwertung der salvadorianischen Umwelt darzustellen. Auch das Universitätsradio der UCA strahlte den Spot aus, allerdings eine Version, die auf dessen HörerInnenschaft zugeschnitten war. So berichten die Interviewten, dass darin behauptet wurde, Hugo Chavez, Evo Morales und Rafael Correa würden La Minería Verde unterstützen. Das Radio Victoria weigerte sich trotz finanziellem Anreiz seitens des kanadischen Konzerns, den Werbespot auszustrahlen.

Die Interviewten gaben an, dass die meisten Medien nicht viel über die Geschehnisse im Bundesland Cabañas berichteten. Zwar seien die Märsche der Widerstandsbewegung in der breiten Medienöffentlichkeit erwähnt worden, es wurde dieser aber nach Ansicht der Interviewten nicht genügend Platz eingeräumt. Die meisten Medien hätten das Thema nur rudimentär behandelt, ohne dabei aber auf die

Argumente gegen das Minenprojekt einzugehen. Als ein Grund dafür seien die Werbeeinschaltungen des Minenkonzerns anzusehen. So hätten die meisten Medien nicht kritisch über das Thema berichten wollen, um die bezahlte Einschaltung des Minenkonzerns nicht zu verlieren. Erst durch die Morde an den AktivistInnen der Widerstandsbewegung sei das mediale Interesse geweckt worden, die Morde seien allerdings nicht im Kontext des politischen Engagements der Opfer behandelt, sondern als Resultat familiärer Streitigkeiten dargestellt worden.

6.1.3 Das Radio Victoria als Plattform für subalterne AkteurInnen?

Wie gezeigt wurde, weist die breite Medienöffentlichkeit eine Konzentration in den Händen von wenigen auf und ist bezüglich der Inhalte von politischen und ökonomischen Eliten beeinflusst, so dass kritische Berichterstattung nicht möglich ist. Es soll nun überprüft werden, ob das Radio Victoria ebenso einen exklusiven Charakter aufweist oder aber subalternen Gruppen Raum bietet sich zu artikulieren.

Das Radio Victoria verfolgt ein Modell partizipativer Kommunikation. Den Ausgangspunkt seiner Arbeit stellen die Gemeinden (*comunidades*) der Region dar. Das Radio Victoria ist so aufgebaut, dass die Inhalte von den *comunidades* eingebracht und mitgestaltet werden. Das Radio Victoria versteht sich selbst als *radio comunitario*, d.h. im Dienst der Gemeinschaft (vgl. ALER 2001:36). Es wird hierbei davon ausgegangen, dass die Bevölkerung ein Bedürfnis nach Kommunikation hat. Das Radio sieht es als seine Verantwortung, diesem Bedürfnis nachzukommen, und all jenen, die gehört werden wollen, Raum zu geben. So gibt es beispielsweise ein Programm von Frauen für Frauen. Ein anderes Programm mit dem Namen „contacto juvenil“ wird von Jugendlichen gestaltet. Weiters wird in Zusammenarbeit mit der Asociación Comité Contra el Sida (COCOSI), einer NGO der Region, das Programm „La Vida y la Realidad“ ausgestrahlt. Dieses widmet sich der Prävention von HIV/AIDS und setzt sich mit der Diskriminierung der betroffenen Bevölkerung auseinander. Dabei wird auch das Thema der sexuellen Diversität (LGBTI)¹⁹ angesprochen, und Personen, die nicht den heterosexuellen Normen entsprechen, kommen zu Wort.

¹⁹ Damit sind Personen gemeint, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen. Die Abkürzung steht für die englischen Wörter: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/Transsexual und Intersexed.

Anhand der medialen Berichterstattung zum Ressourcenkonflikt um El Dorado wird deutlich, ob im Fall des Radio Victoria von thematischer Offenheit gesprochen werden kann. Während die meisten Medien von der Werbeeinschaltung „La Minería Verde“ dominiert waren, widmete sich das Radio Victoria der kritischen Informationsarbeit zu dem Thema. Die Problematik hinter dem Minenprojekt El Dorado wurde zunächst durch die Bevölkerung an das Radio herangetragen. So berichten die Interviewten, dass sich die Meldungen von erkrankten Nutztieren und ausgetrockneten Wasserquellen häuften. Wie sich herausstellte, waren diese Folgen von Nachforschungsbohrungen, die von Pacific Rim unternommen worden waren. Zum damaligen Zeitpunkt wusste die Bevölkerung noch nichts vom geplanten Projekt. Die Mitglieder des Radios fingen an, Recherchen zu betreiben und starteten eine Informationskampagne. Die Interviewten gaben an, bis dahin nicht gewusst zu haben, was eine Mine überhaupt ist, sie hätten sich erst informieren müssen. In einem nächsten Schritt wurde das erworbene Wissen durch eine Informationskampagne an die Bevölkerung weitergegeben. Es wurde auch darauf geachtet, die betroffene Bevölkerung selbst zu Wort kommen zu lassen, die erste ökologische Auswirkungen schon zu spüren bekommen hatten. Auch Personen aus anderen Ländern, in denen Bergbau betrieben wird, wurden eingeladen. Die Interviewten geben an, dass es die Pflicht des Radio Victoria gewesen sei, die Bevölkerung zu informieren, damit diese eine fundierte Entscheidung bezüglich des Minenprojekts treffen könne. Einer der Befragten gab in diesem Zusammenhang an, das Radio könne nicht für die Bevölkerung denken, es sei diese, die sich für oder gegen das Bergbauprojekt entscheiden müsse. Laut den Interviews hat sich die Mehrheit der HörerInnenschaft gegen das Projekt ausgesprochen, es gab aber auch BefürworterInnen. Der Ansicht der Befragten nach seien diese vom Minenkonzern korrumpiert worden: Der Konzern habe erstens direkt Personen bezahlt, um die Vorhaben um El Dorado öffentlich zu befürworten, zweitens hätte dieser versucht, durch die Finanzierung einiger gemeinnütziger Projekte die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Die Interviewten gaben an, der Konzern habe Informationsveranstaltungen organisiert, bei denen falsches Wissen kommuniziert wurde. Bei diesen sei behauptet worden, dass Zyanid nicht gesundheitsschädlich ist.²⁰

²⁰ Die Chemikalie wird laut den Vorschriften der EU zu Gefahrenstoffkennzeichnung als „sehr giftig“ und „umweltgefährlich“ eingestuft.

Personen hätten im Auftrag von Pacific Rim vor versammeltem Publikum ein Getränk zu sich genommen und behauptet jenes enthalte Zyanid. Mit diesen Vorführungen habe der Minenkonzern versucht den Anschein zu erwecken, die Chemikalie stelle keine Gefahr für die Gesundheit dar.

Die Mitglieder des Radio Victoria berichten davon, dass Pacific Rim um eine öffentliche Debatte mit VertreterInnen der Widerstandsbewegung angefragt habe. Das Radio habe unter der Bedingung zugesagt, dass zuerst beide Seiten ihre Standpunkte präsentieren sollten und anschließend die HörerInnenschaft die Möglichkeit haben würde, per Telefonanruf an der Diskussion teilzunehmen. Um sich nicht der unmittelbaren Debatte mit der Bevölkerung stellen zu müssen, habe der Konzern abgesagt.

In der Berichterstattung des Radio Victoria zum Ressourcenkonflikts sind drei Aspekte bedeutend: Erstens betrieb das Radio Victoria Recherche- und öffentliche Informationsarbeit zum Thema, zweitens konnte neben ExpertInnen auch die Bevölkerung zu Wort kommen, und drittens wurde im Programm Raum für NGOs und andere Organisationen der Widerstandsbewegung eingeräumt.

Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage

Betrachtet man die AkteurInnen, die im Radio Victoria eine Öffentlichkeit finden, so zeigt sich, dass diese aus Sektoren kommen, die in der breiten Medienöffentlichkeit keine Partizipationsmöglichkeiten vorfinden. Darauf kann geschlossen werden, weil erstens die kommerziellen Massenmedien durch ihren exklusiven Charakter keine Partizipation zulassen und zweitens, da die Gruppen, die das Radio Victoria als Öffentlichkeit nützen, mit Frasers Definition von *Subalternen* übereinstimmen. Fraser identifiziert folgende gesellschaftliche Gruppen als Subalterne: Erstens Frauen. Zweitens Männer und Frauen, die den finanziell schwächeren sozialen Schichten angehören. Drittens Menschen, denen eine Ethnie bzw. „Rasse“, die nicht mit der majorisierten Gesellschaft übereinstimmt, nachgesagt wird. Viertens homosexuelle Männer und Frauen (siehe Kapitel 4.2). Bei drei dieser Gruppen kann anhand der Interviews mit Sicherheit darauf geschlossen werden, dass diese im Radio Victoria

partizipieren können: Frauen, Personen, deren sexuelle Orientierung im Sammelbegriff LGBTI beinhaltet ist, und im Hinblick auf ökonomische Maßstäbe marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Auf die Beteiligung von letzteren kann geschlossen werden, da sich die HörerInnenschaft des Radio Victoria im Bundesland Cabañas befindet, einer Region, die zu den ärmsten des Landes zählt (vgl. Cordes o.J.). Ob die dritte Gruppe im Radio zu Wort kommt, wird aus den Interviews nicht ersichtlich, diese werden nicht explizit erwähnt.²¹

Am Konflikt um El Dorado wird deutlich, dass sich das Radio Victoria durch thematische Offenheit auszeichnet und dort Themen diskutiert werden, die von den meisten kommerziellen Medien nicht bzw. unzureichend behandelt werden. Dadurch stellt Radio Victoria neben den Zugangsbedingungen der breiten Öffentlichkeit auch in Frage, was „öffentlich“ ist, also was von allgemeinem Interesse ist und somit öffentlich diskutiert werden sollte. Während die kommerziellen Medien die Lizenzvergabe an einen transnationalen Konzern nicht thematisierten, wurde dies im Radio Victoria als ein alle betreffendes und diskussionswürdiges Thema behandelt. Es zeichnet sich hier eine demokratische Forderung ab, die schon in der bürgerlichen Öffentlichkeit zu Zeiten der Aufklärung gestellt wurde: Der Staat dürfe Entscheidungen, wie in diesem Fall die Lizenzvergabe, nicht nach intransparenten Kriterien treffen und müsse den öffentlichen Willen in die Entscheidungsfindung einfließen lassen. Kurz, der Staat sei den BürgerInnen Rechenschaft schuldig.

Die genannten Merkmale lassen darauf schließen, dass das Radio Victoria eine subalterne Gegenöffentlichkeit darstellt. Es werden den Unzulänglichkeiten der breiten, massenmedial gestützten Öffentlichkeit im Rahmen des Radio Victoria entgegengewirkt. Das Radio Victoria verwirklicht zwei Charakteristika der idealen demokratischen Öffentlichkeit: un abgeschlossenes Publikum und thematische Offenheit (siehe Kapitel 4.1).

²¹ Es ist bemerkenswert, dass keine/r der Interviewten Konflikte aufgrund (imaginierten) ethnischen bzw. rassistischen Kategorisierungen erwähnt hat. Es kann dies Ansatzpunkte für weitere Forschung bieten: Gibt es in El Salvador (oder spezifischer in Cabañas) solche Konflikte? Wie sind diese gestaltet?

6.2 Die demokratiefördernden Effekte des Radio Victoria

Im Folgenden werden vier Aspekte behandelt, die in Kapitel 5 als wesentliche Bestandteile eines demokratischen Regimes identifiziert wurden:

- 1) Partizipation
- 2) vertikale Rechenschaftspflicht
- 3) (Re)Präsentation
- 4) Intensität der BürgerInnenschaft

Diese wurden von den Interviewten als relevant bezeichnet bzw. haben sich bei der Auswertung des Interviewmaterials als bedeutend herausgestellt. Sie werden in die Überlegungen des theoretischen Teils zu Öffentlichkeit eingearbeitet. Mit dieser Vorgehensweise soll identifiziert werden, welche Aspekte des Radio Victoria einen demokratiesteigernden Effekt haben.

6.2.1 Die Förderung von Partizipation im Radio Victoria

In Zineckers Systematisierung des hybriden Regimes stellt fehlende Partizipation ein nicht-demokratisches Charakteristikum dar (siehe Kapitel 3.3). Sie definiert allerdings nicht genauer, was unter Partizipation zu verstehen ist weshalb zunächst auf diesen Begriff eingegangen wird. Im Anschluss wird überprüft, ob das Radio Victoria die Partizipation der Bevölkerung am Regime ermöglicht und auf diese Weise zur Demokratisierung beiträgt. Es wird anhand der Interviews analysiert, welche Arten der Mitgestaltung im Radio Victoria möglich sind, und inwiefern diese eine Steigerung demokratischer Partizipation bedeuten.

6.2.1.1 *Partizipation als kommunikatives Handeln*

Kaase bietet eine umfassende Definition von Partizipation: Partizipation beinhalte jene Handlungen, „die Bürger [sic!] einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinden, Land, Bund, eventuell supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/oder selbst zu treffen.“ (Kaase 2000:467)

Innerhalb der demokratietheoretischen Debatte herrscht keineswegs Einstimmigkeit darüber, ob und wie viel Partizipation in einer Demokratie möglich bzw. erwünscht ist. Die Elitentheorien, als hegemoniale Theorieströmung der Nachkriegszeit, gehen davon aus, dass die Beteiligung der Massen an der Demokratie auf die Wahl von RepräsentantInnen reduziert werden sollte (vgl. Avritzer 2002:14). An dieser Stelle wird kurz auf die Argumente, mit der die Elitentheorien die Reduktion von Partizipation als Notwendigkeit herleiten, eingegangen, um in weiterer Folge zu klären, wie im diskursiven Demokratiemodell mit diesen verfahren wird. Laut Avritzer sind in den Elitentheorien zwei Paradigmen in Bezug auf Partizipation von Bedeutung: Erstens gehen diese davon aus, dass es keine effiziente Form gibt, Partizipation administrativ zu verarbeiten und somit in die Entscheidungen der Regierung einzubauen. Die Einbindung der Bevölkerung würde einen immensen Bürokratieapparat bedeuten, der durch seine innere Logik und Inflexibilität die Souveränität des Volkes nicht zu gewährleisten vermag (vgl. ebd. 12). Die zweite Annahme betrifft die Fähigkeit der Massen, rationale Entscheidungen zu treffen. Aufgrund von Partikularinteressen und der Irrationalität der Massengesellschaft sehen die Elitentheorien die Wahl von Eliten als einzige Möglichkeit, rationale Entscheidungen zu erzielen. Es wird lediglich den Eliten die Fähigkeit, rational zu handeln, zugesprochen. "The mass-society argument breaks the association between democracy and political participation because it sees broader political participation leading not to the enlargement of actors and issues in the political sphere but to the irrational pressure of the masses on the political system." (ebd.14)

Laut Avritzer stellt die Demokratietheorie von Habermas eine Lösung für das Argument der administrativen Komplexität dar, da sie Partizipation in der Öffentlichkeit verortet (vgl. ebd. 137). Die Öffentlichkeit sei im Gegensatz zu Bürokratieapparaten durch die nötige Flexibilität gekennzeichnet, um die Vielfalt an Standpunkten durch offene deliberative Prozesse zu verarbeiten. In Bezug auf das Rationalitätsargument sieht Habermas Öffentlichkeit und die deliberativen Prozesse, die zur öffentlichen Meinung führen, als Möglichkeit, Vernunft und Willensbildung zu vereinen (vgl. ebd. 39). Die Auffassung, die Habermas hierbei von Vernunft hat, spiegelt ein pluralistisches Demokratieverständnis wider (Cohen 1999:387). Vernunft wird nicht als die Fähigkeit, zu substantiellen metaphysischen Wahrheiten zu gelangen, verstanden. Vielmehr stellt

ein *vernünftiger* Austausch zwischen BürgerInnen eine Art Verhandlung zwischen divergierenden Rationalitäten, wie sie sich in einer pluralen Gesellschaft wiederfinden, dar (vgl. ebd. 387). "They [the participants of deliberation in the public sphere] are *reasonable* in that they aim to defend and criticize institutions and programs in terms of considerations that others, as free and equal, have *reason to accept*, given the fact of reasonable pluralism and on the assumption that those others are themselves reasonable." (Cohen 1999:397; Kursivsetzung im Orig.)

Für die Analyse des Fallbeispiels soll dieses spezifische Verständnis von Partizipation herangezogen werden. Im diskursiven Demokratiemodell stellt Kommunikation zwischen den BürgerInnen das zentrale Element dar (vgl. ebd. 387). Partizipation ist hier als kommunikative Praxis vorgesehen. Die Individuen nehmen an der Demokratie teil, indem sie sich an der Bildung der öffentlichen Meinung durch argumentatives Abwägen (*reasoning*) beteiligen. Kommunikatives Handeln ist ein sehr weit gefasster Begriff, der auch solche Kommunikation beinhalten kann, die irrelevant für das politische Geschehen ist. Von Bedeutung sind jene kommunikativen Akte, die zur Erfüllung der demokratischen Funktionen beitragen (siehe Kapitel 4.1). Demnach beteiligen sich BürgerInnen an einer Demokratie, indem sie ihre Rationalität in der Öffentlichkeit artikulieren und ihren MitbürgerInnen somit einen Einblick in ihre Perspektive gewähren. Weiters bedeutet Partizipation, auf Problemlagen in der Gesellschaft aufmerksam zu machen und die Identifikation dieser nicht den RepräsentantInnen zu überlassen. Hierzu ist es förderlich, wenn sich die jeweiligen Sektoren der Gesellschaft in der Öffentlichkeit selbst (re)präsentieren, da verzerrende Effekte der aggregativen Logik des Repräsentationssystems umgangen werden. Diese Arten der Partizipation sind von Bedeutung, da durch diese ein öffentlicher Meinungsbildungsprozess gewährleistet werden kann, an dem nach Möglichkeit alle Gesellschaftsmitglieder beteiligt sind (vgl. Eurich 1980:135). Die kommunikativen Beziehungen zwischen den BürgerInnen stellen also den Ausgangspunkt des diskursiven Demokratieverständnisses dar (vgl. ebd.). In diesem Sinne schreibt Kaplún: „Definir qué entendemos por comunicación equivale a decir en que clase de sociedad queremos vivir.“

In Bezug auf das erläuterte Partizipationsverständnis stellt sich die Frage, wie Partizipation als kommunikative Praxis einen Einfluss auf die Regierenden ausübt, und ob dieser notwendigerweise gegeben ist (vgl. Avritzer 2002:136).²²

6.2.1.2 Der horizontale Aufbau des Radio Victoria als Modell demokratischer Kommunikationsmedien

Im Folgenden wird zusammengefasst wiedergegeben, wie die Interviewten den Aufbau des Radio Victoria beschreiben.

Das Radio Victoria zeichnet sich durch einen horizontalen und dezentralen Aufbau aus. In diesem Sinne verzichtet das Radio auf eine Führungsperson, die Entscheidungen werden stattdessen im „Equipo Central“ auf Konsensbasis getroffen. Dieses setzt sich im Moment aus sieben Personen zusammen, wovon zwei Frauen sind. Die Interviewten geben an, dass die Mitarbeit in dieser Instanz allen möglich ist. Während die meiste Arbeit im Radio Victoria auf freiwilliger Basis basiert, bekommen regelmäßige MitarbeiterInnen eine Art Gehalt, das von den Interviewten allerdings eher als Aufwandsentschädigung bezeichnet wurde.

Den dezentralen Charakter bekommt das Radio Victoria durch die sogenannten „grupos de radioescucha“. Diese werden von 10 bis 30 Personen aus den HörerInnengemeinden gebildet und sollen dem Radio als Kritikmechanismus dienen und von der Basis aus Inhalte ins Programm einfließen lassen. Die radioescuchas bekommen Inputs zu den thematischen Schwerpunkten des Radio Victoria und erhalten Einschulungen, wie Beiträge für das Radio produziert werden. Die Gruppen haben die Aufgabe, Feedback zu geben und somit das Programm im Sinne der HörerInnenschaft zu verbessern. Durch diesen Mechanismus werden die Inhalte des Radios von der Bevölkerung mitbestimmt. Die Gruppen setzen sich aus Individuen jeglichen Alters und Geschlechts zusammen. Es wird darauf geachtet, dass auch jene Personen, die sich in den gemeindeeigenen Strukturen, wie zum Beispiel Jugendgruppen etc., engagieren, vertreten sind. Damit soll das Radio Victoria besser in

²² Die eingehende Auseinandersetzung mit der Einflussnahme von Öffentlichkeiten würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, es wird deswegen lediglich auf Avritzer verwiesen, der Lösungsansätze für diese Problematik liefert (vgl. Avritzer 2002).

der Lokalität²³ verankert sein. In Verbindung mit den grupos de radioescucha existiert ein Netzwerk von BerichterstatteInnen (red de corresponsales). Diese haben die Aufgabe, Themen und Problematiken, welche die Gemeinden beschäftigen, zu identifizieren und an das Radio Victoria weiterzuleiten. Die BerichterstatteInnen produzieren auch die Beiträge für die Nachrichtensendung des Radio Victoria, welche den Namen „En voz alta“ trägt.

Jeffrey Juris beschreibt diese horizontale Art des sich Organisierens als Charakteristikum der neuen sozialen Bewegungen. Diese würden sich auf eine netzwerkartige Weise organisieren, was eine neue Form der politischen Praxis beinhalte. „Con ello [la nueva práctica política] se refieren precisamente a esas estructuras reticulares de organización y práctica política basadas en formas no jerárquicas, coordinación directa, toma de decisiones por consenso, y el ideal de la circulación libre y abierta de información.“ (Juris 2006:427) Durch diese Herangehensweise würden sich die aktuellen sozialen Bewegungen von den traditionellen ArbeiterInnenbewegungen unterscheiden, welche sich durch eine vertikale und zentralisierte Struktur auszeichnen würden. Diese neuen Formen des politischen Handelns und sich Organisierens stimmen nicht mehr mit der Leitlogik der Parteien und Gewerkschaften überein, die auf der Entwicklung einheitlicher Strategien und auf vertikal strukturierter politischer Repräsentation aufbaut und nach Hegemonie strebt (vgl. ebd. 425/427).

Laut Juris seien diese Charakteristika der sozialen Bewegungen durch die neuen Informationstechnologien effektiver umsetzbar. So spielten beispielsweise E-Mail-Verteilerlisten in den letzten beiden Jahrzehnten eine entscheidende Rolle im Informationsaustausch und in Bezug auf die Mobilisierungsfähigkeiten der sozialen Bewegungen. Der Autor kritisiert, dass hierbei meist auf Ausschlussfaktoren wie Zugang zum Internet vergessen werde und sich die Netzwerke aus diesem Grund nicht als vollkommen inklusiv bezeichnen könnten (vgl. ebd. 428).

Die Hoffnung, die in diesem Zusammenhang im Internet gesehen wird, nämlich, dass es Demokratisierungsprozesse fördern könnte, und damit verbunden die Forderung, es auf demokratische Art und Weise einzusetzen, wurden auch schon über das Medium

²³ Einer der Interviewten spricht in diesem Zusammenhang von *localidad*, gemeint sind die lokalen Strukturen, vor allem die Gemeinden (*comunidades*).

Radio geäußert. So findet sich beispielsweise in der Radiotheorie Brechts die Forderung, das Radio zu demokratisieren und es von einem Distributionsapparat, der von einer zentralen Informationsquelle Wissen verteilt, zu einem Kommunikationsmedium zu verwandeln, bei dem die Beteiligten im Austausch stehen (vgl. Brecht 1973:128). Auch bei Enzensberger findet sich ein solcher Ansatz (vgl. Enzensberger 1974).

Auch Pelinka spricht sich für eine Demokratisierung der Medien aus. Er bezieht sich in seiner Argumentation auf die historisch gewachsene Trennung zwischen dem Staat, der demokratisch organisiert ist, und anderen Teilbereichen der Gesellschaft, die nicht notwendigerweise demokratisch strukturiert sind. Die gesellschaftlichen Teilbereiche würden Einfluss aufeinander ausüben. „So finanzieren Wirtschaftskreise politische Parteien; so kommen Vertreter [sic!] von Wirtschaftsverbänden im Umweg über Parteien in Parlament und Regierung; so beeinflussen Medien politisches Bewusstsein und damit politisches Handeln, zum Beispiel auch das Verhalten der Wähler [sic!].“ (Pelinka 1999:20) Wenn also die „äußere Macht“, die auf den Staat einwirkt, nicht durch demokratisch organisierte Teilbereiche ausgeübt wird, stellen diese einen Eingriff in die Demokratie dar. „Das Fehlen von Demokratie in wesentlichen Sektoren der Gesellschaft macht die Gefahr aus.“ (ebd. 26)

6.2.1.3 *La comunicación participativa – Partizipation im Radio Victoria*

Das Radio Victoria stützt sich auf das Konzept der partizipativen Kommunikation. Dieses stellt die Auffassung von „Kommunikation als Einbahnstraße“ (Sender – Kanal – Empfänger) in Frage. In diesem Sinne würde Kommunikation nicht durch eine/n SenderIn, der/die eine Nachricht mittels eines Kanals an eine/n EmpfängerIn übermittelt, erzeugt, sondern stelle einen aktiven Austausch von zwei oder mehr KommunikatorInnen dar (vgl. ACISAM 2008:15). Durch diese Herangehensweise soll die Rollenaufteilung in einen aktiven und passiven Teil aufgegeben werden und dadurch die Partizipation aller am kommunikativen Prozess Beteiligten in den Fokus gerückt werden.

Im Radio Victoria kann auf verschiedene Arten partizipiert werden. Zunächst ist es möglich, bei der Radiostation anzurufen. Dabei kann der/die Anrufende einen

Musikwunsch äußern, jemanden grüßen, eine Ankündigung machen oder seine/ihre Meinung zu einem Thema mitteilen. Um Genanntes zu tun, kann man auch persönlich zu den Räumlichkeiten des Radio Victoria kommen. Die Interviewten gaben an, dass die Türen offen stehen würden und die Sendekabine im Eingangsbereich eingerichtet wurde, damit Interessierte so wenig Hindernisse wie möglich überwinden müssen, um im Radio zu sprechen.

ACISAM, eine NGO, die Teil von ARPAS ist, verweist darauf, dass Musikwünsche und Grußbotschaften eine wichtige Funktion in einer Gemeinschaft übernehmen, auch wenn diese Art der Partizipation oftmals nicht als bedeutend angesehen wird (vgl. ACISAM 2008:29). Die Musikwünsche würden zur musikalischen Vielfalt beitragen und sicherstellen, dass die Geschmäcker der HörerInnenschaft bedient werden. Grußbotschaften, die über das Radio öffentlich geäußert werden, würden die emotionalen Bindungen innerhalb einer Gemeinschaft wertschätzen und stärken, was zu einem stabileren sozialen Netz führt (vgl. ebd. 30). Auch die Möglichkeit, Ankündigungen öffentlich auszusprechen, sei gemeinschaftsfördernd, wenn z.B. eine Gemeinde zu Feierlichkeiten einlädt. Diese hätten auch einen pragmatischen Charakter, so kann beispielsweise auf die nächste Gemeinderatssitzung oder den anstehenden Besuch des Schularztes hingewiesen werden (vgl. ebd. 28).

Die Nachrichtensendung des Radio Victoria ist, laut Befragten, offen und dynamisch gestaltet. So werde diese dialogisch geführt, in dem Sinn, dass per Anruf Fragen gestellt werden und Personen ihre Meinung zu den Geschehnissen äußern. Es ist außerdem eine Sendung für Anklagen (denuncias) vorgesehen. Dort wird für eine Stunde sogenannte revolutionäre Musik gespielt und Personen können auf Probleme aufmerksam machen.

Wie schon an der Organisationsstruktur des Radios gezeigt wurde, bedeutet Partizipation im Radio Victoria neben aktiver Mitarbeit in der Radiostation auch Mitgestaltung des Programms durch das Feedback der grupos de radioescucha. In diesen Gruppen werde über das Radioprogramm und Themen, die von Interesse für die Gemeinde sind, diskutiert und darüber entschieden, ob diese an das Radio weitergegeben werden, um dort an die Öffentlichkeit zu gelangen.

Bezüglich der Partizipationsarten wurde in den Interviews angegeben, dass das Radio Victoria im speziellen jene Partizipation am Programm fördern wolle, die suche, etwas

zu verändern, etwas zu bewegen. So sei es das Ziel, dass sich die Gemeinden ihrer Probleme ermächtigen und die Lösung selbst in die Hand nehmen.

Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage

Wie sich zeigt, kann davon gesprochen werden, dass im Radio Victoria Partizipation im Sinne diskursiver Praxis gefördert wird. Kommunikatives Handeln ist auf verschiedenste Arten auf allen Ebenen des Radio Victoria möglich. Die grupos de radioescuchas stellen Teilöffentlichkeiten dar, die direkt in der Lokalität verankert sind. Durch das Radio Victoria kann der beschränkte Rahmen dieser Teilöffentlichkeiten aufgebrochen werden, und diese können an der massenwirksamen Gegenöffentlichkeit, die dieses darstellt, partizipieren. Die verschiedenen Standpunkte, die sich in der Lokalität wiederfinden, werden erst in den grupos de radioescuchas ausgehandelt und dann durch die Veröffentlichung im Radio Victoria miteinander in Austausch gebracht. Dadurch wird ein deliberativer Prozess in mehreren Schritten in Gang gesetzt, der öffentliche Meinungs- und Willensbildung unter Einbeziehung potentiell aller gesellschaftlichen Sektoren ermöglicht. Dies entspricht dem Diskursprinzip, das Entscheidungen nur dann als legitim anerkennt, wenn alle Betroffenen am Entscheidungsfindungsprozess teilnehmen konnten und zustimmen, also ein alle einschließender Konsens erzielt wurde. Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass bezüglich des Ressourcenkonflikts nicht alle die Positionierung des Radio Victoria befürworteten. In diesem Fall gaben die Interviewten an, dass im Sinne der Mehrheit gehandelt wurde, von einem Konsens kann in diesem Fall also nicht gesprochen werden. Die Interviews geben allerdings keinen Aufschluss darüber, wie mit den Stimmen, die das Projekt El Dorado befürworteten, umgegangen wurde. Zumindest hätte der Minenkonzern im Rahmen der öffentlichen Diskussion Raum bekommen, um seinen Standpunkt zu artikulieren. In jedem Fall kann darauf geschlossen werden, dass das Radio Victoria die Möglichkeiten, im Regime zu partizipieren, erweitert. Wie erläutert wurde, spielt das kommunikative Handeln in der Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle innerhalb einer Demokratie. Da sich der Großteil der salvadorianischen massenmedial konstituierten Öffentlichkeit als vermachtet erweist (siehe Kapitel 6.1.1) und das politische Regime auch keine anderen

Partizipationsmöglichkeiten als Wahlen vorsieht, ist die partizipationsfördernde Struktur des Radio Victoria als Beitrag zu Demokratie einzustufen.

6.2.2 Vertikale Rechenschaftspflicht durch öffentliches Denunzieren

Im Programm des Radio Victoria ist jeden Tag eine Sendung vorgesehen, die Raum dafür bietet, öffentlich auf Missstände aufmerksam zu machen (denunciar). Diese heißt „canto a la vida“ und wird von der Bevölkerung durch Anrufe oder persönliche Wortmeldungen in der Radiostation genutzt. Beispielsweise werde über diese Sendung öffentlich gemacht, wenn Wasserversorgung oder Müllabholung einer Gemeinde nicht funktionieren. Durch dieses öffentliche Aufzeigen von Missständen werde Druck aufgebaut, damit jene Dienstleistungen wie vorgesehen erbracht werden.

In den Interviews wurde von zwei größeren Projekten berichtet, bei denen die Berichterstattung des Radio Victoria eine bedeutende Rolle gespielt habe. Im ersten dieser Fälle habe der amtierende BürgerInnenmeister einer Gemeinde vor der Wahl die Errichtung einer Schule in der Gemeinde versprochen, dieses Versprechen allerdings nicht eingelöst. Das Radio Victoria habe so lange über die Nichterfüllung berichtet, bis das Bauprojekt abgeschlossen war. Im zweiten Fall sei das Radio Victoria durch eine der regelmäßigen Umfragen, die dieses durchführt, auf die unzureichende Wasserversorgung einer Gemeinde gestoßen. Die Gemeinde forderte einen Anschluss an das Versorgungsnetz. Das Radio Victoria habe durch anhaltende Berichterstattung zu den Reaktionen der Regionalregierung auf diese Forderung dazu beigetragen, dass der Gemeinde ein Anschluss installiert wurde.

Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage

Wie sich an den beschriebenen Fällen zeigt, bietet die Öffentlichkeit neben den institutionellen Kontrollmechanismen eine weitere Möglichkeit, die Rechenschaftspflicht der Regierungsbeauftragten einzufordern. Wie schon erwähnt wird diese Art der Rechenschaftspflicht von O'Donnell als „vertical accountability“ bezeichnet (siehe Kapitel 4.1). Die beiden Fälle lassen sich den beiden identifizierten Dimensionen von vertikaler Rechenschaftspflicht zuordnen: Erstens die Kontrolle der

Regierenden durch die Öffentlichkeit und zweitens das Handeln der Regierung gemäß der Problemlagen und Interessen der Regierten.

Im Fall des offenen Wahlversprechens wurde über das Radio Victoria eine Kontrollfunktion gegenüber dem Amtsinhaber ausgeübt. Seine Aktivitäten wurden massenwirksam öffentlich gemacht und somit Druck ausgeübt, sein Versprechen einzulösen. Die Errichtung der Schule stellt hierbei den Willen der WählerInnen dar, weil dieses Versprechen vor der Wahl geäußert wurde und ein Grund gewesen sein könnte, für ebendiesen Kandidaten zu stimmen. Im zweiten Fall wurde eingefordert, dass die Regierung sich nach den Problemlagen der Bevölkerung orientiert und Lösungen für diese bereitstellt (Wasserversorgung). Dies fällt unter die zweite Dimension von Verantwortlichkeit.

In beiden Fällen wurde die Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Regierung gelenkt, indem öffentlich darüber berichtet wurde. Die Tatsache, dass es der Gemeinde an Wasserversorgung mangelte, und die Nicht-Erfüllung des Wahlversprechens waren zwar kein Geheimnis im eigentlichen Sinn gewesen, ohne das Radio Victoria hätten die Gemeinden allerdings nicht die Möglichkeit gehabt, ihre Forderungen in einer massenmedial konstituierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Durch die große Zahl der HörerInnen des Radio Victoria im Bundesland Cabañas bekäme, so die Befragten, das Anklagen der Bevölkerung ein gewisses Gewicht, welches von der Regionalregierung nicht vernachlässigt werden könne. Es kann aus den Beispielen geschlossen werden, dass durch das Radio Victoria die vertikale Rechenschaftspflicht der Regierung auf Regionalebene gestärkt wird.

6.2.3 (Re)Präsentation und Artikulation im Radio

Die befragten Mitglieder des Radio Victoria äußerten Kritik an den RepräsentantInnen der Regional- wie auch die Landesregierung: Diese kämen ihrer Pflicht, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nicht nach. So würde beispielsweise bei der Erlassung der Gesetze nicht bedacht, wie sich diese auf Frauen auswirken. Viele der RepräsentantInnen wüssten nicht über die Bedürfnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren Bescheid. Avritzer und Melucci sprechen hierbei von der Unzulänglichkeit des Repräsentationssystems, die Komplexität einer Gesellschaft zu vertreten. Die beiden Autoren gehen davon aus, dass die Aufgabe der Repräsentation

von der Bevölkerung selbst, durch (Re)Präsentation in der Öffentlichkeit effektiver übernommen werden kann und, dass die BürgerInnen das Recht haben sollten nicht repräsentiert werden zu müssen (siehe Kapitel 4.1).

Das Radio Victoria verfolgt in diesem Zusammenhang ein pluralistisches Demokratieverständnis, wie es sich auch bei Habermas wiederfindet. Es wird bei diesem davon ausgegangen, dass verschiedene Rationalitäten in der Gesellschaft vertreten sind, die in deliberativen Prozessen untereinander verhandeln (vgl. Cohen 1999:387, siehe Kapitel 4.1). Es ist die Aufgabe der Massenmedien, die verschiedenen Perspektiven, die sich in einer Gesellschaft finden, publik zu machen, um in weiterer Folge einen Aushandlungsprozess zwischen diesen zu ermöglichen. Das Radio sieht seine Aufgabe darin, das Bedürfnis aller Sektoren nach Kommunikation zu befriedigen. Alle sollen die Möglichkeit haben, ihre Perspektive durch das Radio transparent zu machen. Das Ziel sei es hierbei, einen Konsens zwischen divergierenden Meinungen herbeizuführen. Auch in diesem Ansatz findet sich das Diskursprinzip wieder (siehe Kapitel 4.1).

Als spezifisches Beispiel wurde in den Interviews die Vermittlung zwischen den Generationen angesprochen. Die Jugend hat in El Salvador eine pejorative Reputation, die unter anderem in der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der hohen Jugendkriminalität begründet liegt. So wird in den Massenmedien ein Bild der Jugend übermittelt, welches diese als Taugenichtse darstellt und mit Drogenkonsum und Gewalt in Verbindung bringt (vgl. ACISAM 2008:19). Das Radio Victoria will diesem Generationenkonflikt entgegenwirken, indem es auch der Jugend die Möglichkeit gibt, ihre Perspektive öffentlich zu machen. In den Interviews wurde angegeben, dass ein Konsens zwischen diesen beiden Sektoren der Gesellschaft erzielt werden soll.

Ein weiteres Beispiel, das von den Befragten erwähnt wurde, ist die Sendung von Frauen für Frauen. Dieses sei aus der Diskussion der grupos de radioescuchas entstanden. Diese hätten gefordert, dass es eine solche Sendung im Programm geben soll. Die Interviewten argumentierten die Entscheidung, ein solches Programm einzuführen, bei dem Frauen selbst über ihre Realität sprechen können, mit der Feststellung, ein Mann könne nicht aus der Perspektive einer Frau sprechen. Es wird hier also davon ausgegangen, dass die beiden Sektoren unterschiedliche

innergesellschaftliche Perspektiven haben, die nur von diesen selbst artikuliert werden können.

Kulturelle Repräsentation

Ein weiterer Aspekt, der bei diesem Thema eine Rolle spielt, ist die Repräsentation von Kultur. Die Befragten üben Kritik an der Art, wie Kultur in den kommerziellen Medien reproduziert wird. Die Alltagskultur des Großteils der salvadorianischen Bevölkerung sei dort nicht repräsentiert. Die kulturellen Erscheinungen der kommerziellen Medien würden sich nicht mit dem Lebensstil der Mehrheitsbevölkerung decken. Es werde dort von Kulturgütern in Form von Konsumgütern und von Personen der Oberschicht, die dementsprechend einen anderen Lebensstil als die Mehrheitsgesellschaft führen, berichtet. Bei ersteren handle es sich um importierte Kulturgüter, wie zum Beispiel Musikproduktionen, die den internationalen Markt bedienen und die der Bevölkerung eine Realität präsentieren, die sich nicht mit der salvadorianischen deckt.

Hierbei spielt die globale Konzentration der Medien und somit auch der Kultur- und Unterhaltungsindustrie eine bedeutende Rolle. Die US-Unterhaltungsindustrie ist Kooperationen mit den einflussreichen lateinamerikanischen Medienkonzernen eingegangen und bedient über diese auch den spanischsprachigen Teil der Amerikas mit ihren Programmen (vgl. Brüne 2000b:122). Hintze verweist in diesem Zusammenhang auf den Effekt, den Medien darauf haben, wie der Welt Sinn gegeben wird (vgl. Hintze 2000:11). Die Medien würden die KonsumentInnen mit Symbolen und Interpretationen der aktuellen Entwicklungen versorgen. "The proximity of this concentrated media structure to particular cultural backgrounds and transnational economic interests may lead to the establishment of worldviews in accordance with those interests." (Hintze 2000:12)

Das Radio Victoria hat sich in diesem Zusammenhang zum Ziel gesetzt, die lokale kulturelle Identität zu stärken. So berichtet das Radio Victoria gezielt über kulturelle Eigenheiten, wie sie zum Beispiel im kulinarischen Bereich gefunden werden können, oder auch über kulturelle Ereignisse aus der Region. Dieses Vorgehen wurde in den Interviews als widerständige Praxis bezeichnet. Ähnlich schreibt Hintz: "A decentralized distribution of information, as aimed at by alternative Media, can be

seen as part of cultural and political struggle for diversity and against domination and uniformity.” (Hintz 2000:11)

In Bezug auf die Repräsentation der Bevölkerung in den kommerziellen Medien äußerten die Befragten die Kritik, dass dort überwiegend negative Nachrichten über diese veröffentlicht werden. ACISAM teilt diesen Kritikpunkt. Die kommerziellen Medien würden ein Bild der Armen als Verbrecher bzw. Opfer konstruieren, indem über Personen unterer sozialer Schichten nur in Verbindung mit Gewaltakten und katastrophalen Ereignissen, wie Unwettern oder Verkehrsunfällen, berichtet wird (vgl. ACISAM 2008:19). Die Interviewten gaben an, als Radio Victoria gezielt auch positive Nachrichten zu veröffentlichen, wie etwa die Eröffnung eines Frauenzentrums oder die erfolgreichen Schulabschlüsse einer Gemeinde.

Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage

Wie an den Beispielen der Sendungen von Jugendlichen und Frauen deutlich wird, stellt das Radio Victoria den diversen Sektoren der Bevölkerung Raum zur Verfügung, um sich selbst zu repräsentieren. Die RepräsentantInnen des Parteiensystems vertreten nicht die Interessen aller sozialen Gruppen. Umso wichtiger erscheint es, dass sich die unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft in der Öffentlichkeit selbst (re)präsentieren. Da dies über die kommerziellen Medien nicht möglich ist, ist es unerlässlich, dass im Rahmen von Gegenöffentlichkeiten Raum für (Re)Präsentation geschaffen wird. Das Radio Victoria bietet als subalterne Gegenöffentlichkeit Raum für dieses Bedürfnis und wirkt somit der Repräsentationskrise des Regimes entgegen.

Auch im Hinblick kultureller Repräsentation in der Öffentlichkeit erweist sich das Radio Victoria als wichtige Plattform, um die salvadorianische Alltagskultur zu (re)präsentieren und die kulturelle Identität weiter Teile der Bevölkerung zu stärken. Dies stellt einen der thematischen Schwerpunkte des Radio Victoria dar.

6.2.4 Intensität der BürgerInnenschaft

Ein thematischer Fokus des Radio Victoria stellt die Verteidigung der Menschenrechte dar. So werden die Mitglieder der grupos de radioescuchas in diesem Thema ausgebildet, und auch in den Sendungen wird über die Menschenrechte informiert.

Eine Sendung mit dem Titel „Los niños y las niñas y sus derechos“ beschäftigt sich mit den Rechten der Kinder. Durch diese Informationsarbeit wird das Wissensdefizit der Bevölkerung bezüglich seiner Rechte bis zu einem gewissen Grad ausgebessert. Durch die Möglichkeit, über das Radio Missstände aufzuzeigen, kann außerdem darauf aufmerksam gemacht werden, wenn die Rechte der Bevölkerung von den staatlichen Institutionen nicht geschützt werden. In den Interviews wird davon berichtet, dass über das Radio Victoria öffentlich gemacht werden würde, wenn die Polizei trotz Anruf in manchen Gemeinden nicht erscheint. In diesem Falle würde das Recht auf Sicherheit verletzt werden. Durch die Rechenschaftspflicht fördernde Wirkung des Radio Victoria wird somit auch ein Beitrag zur Verbesserung der Intensität der BürgerInnenschaft geleistet.

Zudem hat das Radio Victoria eine erweiterte Auffassung von BürgerInnenrechten. Für die Befragten stellt das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht bloß eine Freiheit dar, also für die Äußerung der eigenen Meinung nicht mit Verfolgung und Repression durch den Staat oder andere Gruppen sanktioniert zu werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung schließt ihrem Verständnis nach auch das Recht auf Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit ein. In diesem Sinne beinhaltet das Recht auf freie Meinungsäußerung auch das Recht gehört zu werden. Das Radio Victoria setzt sich als radio comunitario zum Ziel, allen dieses Recht zu ermöglichen, allen die Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Kommunikation zu erleichtern. O'Donnell unterscheidet in Bezug auf sein Konzept der BürgerInnenschaft niedriger Intensität zwischen zivilen, sozialen und politischen Rechten (siehe Kapitel 3.3). Die politischen Rechte sind in der Verfassung El Salvadors als das Wahlrecht und das Recht, gewählt zu werden, definiert (Artikel 73). Der Auffassung der Befragten nach sollten diese auch das Recht auf Kommunikation in der Öffentlichkeit beinhalten. Wie schon erwähnt, bietet der Großteil der kommerziellen Medien keinen Raum zur freien Meinungsäußerung für die Bevölkerung. Diese ist zwar frei, ihre Meinung kundzutun, kann dies aber nicht in der massenwirksamen Öffentlichkeit tun. Die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung ist auch für Zinecker von Bedeutung. Sie stellt eines der Subkriterien im Regimesegment „Polyarchie“ dar (vgl. Zinecker 2007:57).

Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage

Das Radio Victoria trägt auf drei Arten zur Steigerung der Intensität der BürgerInnenschaft bei: Erstens wird die Bevölkerung über ihre Rechte und die staatlichen Mechanismen, diese einzufordern, informiert, was angesichts der Tatsache, dass weitgehend Unwissen über diese besteht, eine große Bedeutung hat. Zweitens können im Radio Victoria Verletzungen der Rechte öffentlich angeklagt werden. Dies steht mit dem rechenschaftsfördernden Effekt des Radio Victoria in Zusammenhang (siehe Kapitel 6.2.2). Drittens wird die Definition der politischen Rechte erweitert und die Möglichkeit geboten, das Recht auf freie Meinungsäußerung massenwirksam auszuüben. Somit bleibt diese nicht nur der ökonomischen und politischen Elite vorenthalten.

6.3 Der demokratisierende Beitrag des Radio Victoria zum hybriden Regime El Salvadors

Es soll nun anhand der im Kapitel 3.3 ausgeführten Regimesegmente von Zinecker gezeigt werden, in welchen Bereichen des salvadorianischen Regimes ein Beitrag zur Demokratisierung ausgemacht werden kann.

Im Regimesegment **Polyarchie** können zwei Aspekte ausgemacht werden, auf die das Radio Victoria einen demokratisierenden Effekt ausübt. Zwar kann das Segment ohnehin als demokratisch eingestuft werden, es gibt allerdings Subkriterien, die noch nicht erfüllt sind.

1) Das Recht und die *Möglichkeit* der BürgerInnen sich frei zu allen politischen Angelegenheiten zu äußern.

Das Radio Victoria bietet potentiell allen Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit, sich massenmedial zu allen Themen zu äußern, was in den meisten anderen Medien einer kleineren Gruppe von Personen und Meinungen vorbehalten ist. Wie schon erwähnt wurde, stellt die Erweiterung des Rechts auf freie Meinungsäußerung um das Recht auf massenmedialen Raum zur Distribution dieser eine Steigerung der Intensität der BürgerInnenschaft dar. Das Radio Victoria garantiert, dass die BürgerInnen nicht

nur die Freiheit haben, ihre Meinung zu äußern, sondern auch das Recht auf die nötigen Mittel um dieser Freiheit nachzukommen, d.h. Zugang zu den medialen Distributionsmitteln.

2) Der Zugang zu alternativen Informationsquellen ist ein weiteres Kriterium, das erfüllt sein muss, um von einer Polyarchie sprechen zu können. Zwar gibt es Medien, in denen kritische Berichterstattung möglich ist, der Großteil der Massenmedien zeichnet sich aber durch Vermachtung aus. Als subalterne Gegenöffentlichkeit stellt das Radio Victoria eine Plattform für Inhalte dar, die in der vermachteten Öffentlichkeit nicht erwähnt werden. Somit erweitert es das Spektrum an AkteurlInnen und Themen, die in der Öffentlichkeit als Ganzes Artikulation finden.

Das Regimesegment **Rechtsstaatlichkeit** wird von Zinecker als nicht-demokratisch bezeichnet. In diesem kann ein Aspekt ausgemacht werden, auf den das Radio Victoria Einfluss hat. Eines der Defizite dieses Segments stellt das Fehlen horizontaler Kontrollmechanismen, d.h. horizontaler Rechenschaftspflicht dar. Das Radio Victoria kann zwar die staatlichen Kontrollmechanismen nicht stärken, schafft aber durch vertikale Rechenschaftspflicht bis zu einem gewissen Grad einen Ausgleich ihrer Defizite. Dieser Effekt konnte auf regionaler Ebene beobachtet werden.

Im Regimesegment **politische Exklusion/Inklusion**, das von Zinecker als exklusiv und somit nicht-demokratisch identifiziert wird, kann auf fünf Ebenen ein Beitrag des Radio Victoria ausgemacht werden.

- 1) Zinecker identifiziert das Fehlen von Partizipationsmöglichkeiten, die über die Beteiligung an Wahlen hinausgehen, als nicht-demokratisches Element des Segments. Wie gezeigt wurde, fördert das Radio Victoria Partizipation im Sinn von kommunikativer Praxis. Dies bedeutet Deliberation mit den anderen Gesellschaftsmitgliedern, Einbringen neuer Themen, Artikulation bzw. (Re)Präsentation der eigenen Perspektiven, Interessen und Kultur und Teilhabe am öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess.
- 2) Das Regimesegment ist weiters durch die Unfähigkeit bzw. den Unwillen des Repräsentationssystems, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten,

ausgezeichnet, was seinen exklusiven Charakter mitbestimmt. Das Radio Victoria wirkt der Repräsentationskrise des Parteiensystems entgegen, indem es allen gesellschaftlichen Sektoren Raum bietet, sich selbst zu (re)präsentieren.

- 3) In Bezug auf die Repräsentationskrise des Parteiensystems kann ein weiterer Beitrag ausgemacht werden. Die vertikale Rechenschaftspflicht, die durch das Radio Victoria ausgeübt wird, bewirkt, dass die Regierenden nach den Interessen und Problemlagen der Bevölkerung handeln. Dies stellt die zweite der Dimensionen von Rechenschaftspflicht dar (siehe Kapitel 4.1.1.3). Somit werden die Forderungen der Bevölkerung an die Regierung weitergegeben. Das Regime bekommt dadurch einen inklusiveren Charakter.
- 4) Damit ein Regime einen inklusiven Charakter aufweist, muss der Staat laut Zinecker als Entwicklungsagentur zur sukzessiven Verminderung von Marginalität fungieren (vgl. Zinecker 2007:58). Das Radio Victoria vermindert die Marginalität im gesellschaftlichen Teilbereich der Öffentlichkeit. Wie gezeigt wurde, spielt dieser eine unerlässliche Rolle in einer Demokratie, indem er Partizipation am Willensbildungsprozess ermöglicht und andere demokratische Funktionen ausübt. Der inklusive Charakter der Öffentlichkeit ist somit eine Notwendigkeit für die Annäherung an den demokratischen Idealzustand.
- 5) Als weiteren Aspekt zur Schaffung eines inklusiven Regimes nennt Zinecker Deoligarchisierung (ebd.). In diesem Zusammenhang kann im Falle des Radio Victoria von einer teilweise Deoligarchisierung der massenmedialen Öffentlichkeit gesprochen werden. Durch das Radio Victoria als gemeinschaftlicher Besitz wird ein Modell der Demokratisierung der Massenmedien umgesetzt. Dies hat einen deoligarchisierenden Effekt, da der Einflussbereich der Oligarchie auf diesem Gebiet eingeschränkt wird.

In den beiden Regimesegmenten **Zivilgesellschaft** und **Zivilisiertheit** konnten im Rahmen der Interviews und der theoretischen Analyse keine Beiträge zur Demokratisierung dieser identifiziert werden.

7 Conclusio

Inwiefern kann nun also von einem Beitrag zum salvadorianischen Demokratisierungsprozess durch das Radio Victoria gesprochen werden? Zunächst: Es wird hier nicht davon ausgegangen, dass durch das Radio Victoria eine Vervollständigung der salvadorianischen Demokratie möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es weitaus mehr Veränderungen als eine Demokratisierung der Massenmedien. Wie in dieser Arbeit deutlich gemacht wurde, stellt diese aber einen unerlässlichen Bestandteil dar, will man sich dem Ideal der Demokratie annähern. Es wurde gezeigt, welche Effekte die marktwirtschaftlich geführten Medien auf die Beschaffenheit der salvadorianischen Öffentlichkeit haben. Durch ihre Verbindungen zur Oligarchie und ihre Abhängigkeit von Werbeeinnahmen können die Medien die demokratischen Funktionen von Öffentlichkeit nicht erfüllen. Das Radio Victoria stellt einen alternativen Entwurf dar, wie ein Massenmedium demokratisch organisiert werden kann. Es war Ziel der Arbeit zu klären, ob das Radio Victoria ein sinnvolles Gegenmodell darstellt, d.h. ob es im Rahmen des Möglichen zur Demokratisierung des salvadorianischen Regimes beiträgt. In diesem Sinne wurde die Forschungsfrage wie folgt formuliert: Inwiefern stellt das Radio Victoria ein taugliches Instrument für Demokratisierungsprozesse im salvadorianischen Regime dar?

Die folgenden Punkte wurden als Beitrag des Radio Victoria zu einem demokratischeren Regime identifiziert:

Das Radio Victoria stellt eine Gegenöffentlichkeit dar, die Raum für subalterne Akteure und Themen bietet. Durch diese Erweiterung des Spektrums stellt das Radio Victoria den exklusiven Charakter der breiten Öffentlichkeit in Frage und bietet ein alternatives Modell.

Zudem kann in drei von fünf Regimesegmenten – Polyarchie, Rechtsstaatlichkeit und politische Exklusion/Inklusion – ein demokratiefördernder Beitrag des Radio Victoria identifiziert werden. Am signifikantesten ist der Beitrag des Radio Victoria im Segment politische Exklusion/Inklusion, wo fünf Aspekte ausgemacht werden konnten. Somit trägt das Radio Victoria zur Schaffung eines inklusiven Regimes bei.

Das Radio Victoria fördert die Partizipation am salvadorianischen Regime, indem es Partizipation in Form von diskursiver Praxis ermöglicht. Die Steigerung der vertikalen Rechenschaftspflicht hat sich neben der Förderung von Partizipation als besonders bedeutend herausgestellt, da sie eine direkte Auswirkung auf die Lebensrealität der Bevölkerung hat. Außerdem erhöht das Radio Victoria die Intensität der BürgerInnenschaft, indem es die politischen Rechte der BürgerInnen um das Recht auf Artikulationsraum in der Öffentlichkeit erweitert und die Einhaltung der zivilen Rechte fördert.

Über die Rolle, die das Radio Victoria im Ressourcenkonflikt gespielt hat, können anhand der Interviews keine Aussagen getroffen werden. Das Projekt wurde vom Präsidenten Antonio Saca kurz vor seiner Abwahl per Dekret gestoppt. Ob und in welchem Ausmaß das Radio Victoria mitverantwortlich für diese Entscheidung des Präsidenten war kann empirisch nicht nachgewiesen werden. Wenn allerdings etwas dazu beigetragen hat, dass das Projekt fürs erste gestoppt wurde, dann sind es eben jene Handlungen, wie sie vom Radio Victoria ermöglicht bzw. durchgeführt wurden: kritische Informationsarbeit und Raum für kritische Stimmen zu bieten. Solange der Gesetzesvorschlag, der Metallminen verbieten soll, nicht durchgesetzt wird, bleibt Bergbau eine Gefahr für die Zukunft der salvadorianischen Bevölkerung.

In Bezug auf das Gewicht, welches dem Beitrag des Radio Victoria zugeschrieben werden kann, muss erwähnt werden, dass dieses einen relativ beschränkten Radius abdeckt, da sein Programm nur im Bundesland Cabañas ausgestrahlt wird. Die identifizierten Beiträge sind somit vor allem auf Regionalebene von Bedeutung. Dort ist die Arbeit des Radio Victoria umso mehr von Bedeutung da es eine direkte Auswirkung auf die Lebensrealität der lokalen Bevölkerung hat, wie sich am Beispiel der gesteigerten Rechenschaftspflicht, die zur Erfüllung der kommunalen Projekte geführt hat, gezeigt hat. Der Beitrag ist also bis zu einem gewissen Grad auf den Aktionsradius des Radio Victoria beschränkt. Diese Feststellung soll den Beitrag zur Demokratie des Radio Victoria allerdings nicht schmälern. Gerade in einem Land wie El Salvador, wo der BürgerInnenkrieg und mit diesem Zeiten der politischen Repression und Verfolgung erst 20 Jahre vorüber sind, ist es umso wichtiger, dass sich eine aktiv

gelebte demokratische Kultur etabliert. Dazu muss erst das Vertrauen gewonnen werden, dass politisches Handeln keine Repression nach sich zieht und neue Formen der Partizipation, die nicht bewaffneten Kampf bedeuten, gefördert werden. Dazu gehört auch die simple Geste der Wertschätzung der Meinung „einfacher“ Menschen in der Öffentlichkeit. Schon allein dieser symbolische Akt steigert die Selbstwahrnehmung der Bevölkerung als aktiven Bestandteil des Regimes.

Ausblick: Das Modell der radios comunitarios auf nationaler Ebene

Das Radio Victoria bekommt als alternatives Medienmodell auf nationaler Ebene Bedeutung, da es Teil der salvadorianischen Bewegung der radios comunitarios ist, die sich unter ARPAS vereint. Im Moment sind 21 Radiostationen Mitglieder der Dachorganisation. Diese haben einen Gesetzesentwurf mit dem Namen „Ley de radiodifusión comunitaria“ eingereicht. Ziel ist es, den rechtlichen Status der radios comunitarios zu klären. Das alte Gesetz zu Kommunikationsmedien von 1997 verunmöglicht die legale Anerkennung von radios comunitarios, da lediglich kommerzielle private Radios vorgesehen sind (vgl. ALER 2001:59). Das neue Gesetz soll einen eigenen Rechtsstatus für diese einführen und die Aufteilung der Radiofrequenzen gerechter verteilen. Da es sich bei den Frequenzen um ein endliches öffentliches Gut handelt, soll jeweils ein Drittel des Spektrums für öffentliche Sender des Staats, private Sender und radios comunitarios vorbehalten bleiben. Die Vergabe der Lizenzen an die radios comunitarios soll nicht durch Versteigerung, sondern einen öffentlichen Wettbewerb entschieden werden. Bei diesem soll entscheidend sein, welches Radio am meisten Bedeutung für die Gemeinde hat. Die Sicherung eines Teils des Spektrums wird vor allem in der Zukunft von Bedeutung sein, da das nächste Jahrzehnt eine Digitalisierung derselben mit sich bringen.²⁴

Mithilfe der Zusammenarbeit in ARPAS werden die radios comunitarios, die auf lokaler Ebene eine Öffentlichkeit darstellen, landesweit verbunden. Dabei bleibt das Kommunikationsmodell weiterhin in der Lokalität verankert. Zwei Sendungen im Programm des Radio Victoria werden in Zusammenarbeit mit ARPAS von allen radios

²⁴ Vgl. zum Gesetzesentwurf Eva Linares und Carlos Sánchez in „Francamente“ vom 20.08.13 <http://www.youtube.com/watch?v=irXBvYMKE5Q#t=1306> (Zugriff 14.10.13)

comunitarios mitgestaltet: Die Nachrichtensendung „Voces en contacto“ bringt Nachrichten aus den Gemeinden auf nationaler Ebene. Dies bedeutet, dass ein/e BerichterstatterIn aus den grupos de radioescuchas auch landesweit Gehör finden kann. Somit wird ein interregionaler Austausch von Information und Standpunkten ermöglicht. Eine zweite Sendung, mit dem Namen „Conexion comunitaria“ bringt Berichte über die Realität einzelner Gemeinden und somit die Lokalität in der landesweiten Öffentlichkeit zum Ausdruck.

Das Radio Victoria gewinnt durch das landesweite Netzwerk von radios comunitarios als Modell partizipativer Kommunikation an Bedeutung. Wird der Gesetzesentwurf von der Regierung angenommen, könnte dieses Netzwerk ausgebaut werden und somit der Beitrag, den radios comunitarios zur Demokratisierung El Salvadors leisten, gefördert werden.

8 Literaturverzeichnis

Adels, Gabriele/Behrens, Maria (2009): ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. Eine sekundäranalytische Reflexion über geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Effekte. In: *Bogner/Littig/Menz (Hrsg.): ExpertenInterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

ALER (2001): La radio popular frente al nuevo siglo: estudio de vigencia e incidencia. (o.V.) Madrid

Almeida, Paul (2008): Waves of Protest. Popular Struggle in El Salvador, 1925-2005. University Of Minnesota Press, Minneapolis

Amnesty International (2008): El Salvador – Amnesty International Report 2008 <http://amnesty.org/en/region/el-salvador/report-2008> (Zugriff:20.09.13)

Avritzer, Leonardo (1999): Diálogo y reflexividad: acerca de la relación entre esfera pública y medios de comunicación. *Metapolítica, Vol. 3, Nr. 9, S.79-94*.

Avritzer, Leonardo (2002): Democracy and the Public Space in Latin America. Princeton University Press, Princeton.

Avritzer, Leonardo und Melucci, Alberto (2000): Complexity, cultural pluralism and democracy: collective action in the public space. *Social Science Information*. Vol. 39 Nr.4

Barnes, William (1998): Incomplete Democracy in Central America: Polarization and Voter Turnout in Nicaragua and El Salvador. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Vol.40, Nr.3, S.63-101

Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Brecht, Bertholt (1973): Gesammelte Werke. Bd. 18. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Brüne, Stefan (2000a): Neue Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Politik und Tele-Kommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bd.1. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, Hamburg

Brüne, Stefan (2000b): Neue Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Politik und Tele-Kommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bd.2. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, Hamburg

Christmann, Gabriela (2009): Telefonische Experteninterviews – ein schwieriges Unterfangen. In: *Bogner/Littig/Menz (Hg.): ExpertenInterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

CIS - Centro de Intercambio y Solidaridad (2009): INFORME FINAL Agosto 2009 Octava Misión Internacional de Observadores Electorales. <http://www.cis-elsalvador.org/en/past-missions/2009-election-mission.html> (Zugriff:16.09.13)

Cohen, Joshua (1999): Reflection on Habermas on Democracy. *Ratio Juris*. Vol.12

Comisión de la verdad (1993): De la Locura a la Esperanza: La Guerra de los Doce Años en El Salvador: Informe de la Comisión de la Verdad para El Salvador, In: *Editorial Universitaria* Mayo, Universidad de El Salvador. San Salvador verfügbar auf: <http://www.uca.edu.sv/publica/idhuca/cv.pdf> (Zugriff:03.10.13)

Crouch, Collin (2008): Postdemokratie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Diamond, Larry (1997): Introduction: In Search of Consolidation. In: *Diamond, Larry u.a. (Hg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives*. The Johns Hopkins University Press, London

Demirovic, Alexander (1997): Demokratie und Herrschaft. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Eurich, Claus (1980): Kommunikative Partizipation und partizipative Kommunikationsforschung. Fischer, Frankfurt/Main.

Enzensberger, Hans Magnus (1974): Palaver: Politische Überlegungen. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Fraser, Nancy (1990): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. *Social Text*, Nr. 25/26, S.56-80

Gabriel, Leo (2007): Partizipative versus repräsentative Demokratie. In: Berger, Herbert; Gabriel, Leo (Hg.): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Mandelbaum Verlag, Wien

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Habermas, Jürgen (1995): Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Hintz, Arne (2000): Global media concentration and the rise of alternative media. In: *Brüne, Stefan (Hg.): Neue Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Politik und Tele-Kommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bd.2*. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, Hamburg

Hume, Mo (2007): '(Young) Men with Big Guns': Reflexive Encounters with Violence and Youth in El Salvador. *Bulletin of Latin American Research*, Vol. 26, Nr. 4, S.480-496

Huntington, Samuel (1991a): The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century. University of Oklahoma Press, Norman/Oklahoma

Huntington, Samuel (1991b): Democracy's Third Wave. *Journal of Democracy* 2.2, S. 12-34

Huntington, Samuel (1997): Democracy for the Long Haul. In: *Diamond, Larry u.a. (Hg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives*. The Johns Hopkins University Press, London

Juris, Jeffrey (2006): Movimientos sociales en red: Movimientos globales por una justicia global. In: *Castells, Manuel (Hg.): La sociedad red: una visión global*. Alianza Editorial, Madrid

Kaase, Max (2000): Partizipation. In: *Holtmann, E. (Hg.): Politik-Lexikon*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München. S. 466-470

Kaplún, Mario (2002): Una pedagogía de la comunicación (el comunicador popular), Editorial Caminos, La Habana

Karl, Terry Lynn (1995): The Hybrid Regimes of Central America. *Journal of Democracy* 6.3, S.72-86

Linz, Juan/Stepan, Alfred (1996): Problems of democratic transition and consolidation. Johns Hopkins University Press, Baltimore

Linz, Juan/Stepan, Alfred (1997): Toward Consolidated Democracies. In: *Diamond, Larry u.a. (Hg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives*. The Johns Hopkins University Press, London

Littig, Beate (2009): Interviews mit Experten und Expertinnen. Überlegungen aus geschlechtertheoretischer Sicht. In: *Bogner/Littig/Menz (Hg.): ExpertenInterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Lowenthal, Abraham (1997): Battling the undertow in Latin America. In: *Diamond/Plattner/Chu/Tien: Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives*. The Johns Hopkins University Press, London

Lösch, Bettina (2005): Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Lösch, Bettina (2007): Demokratisierung. In: *Brand/Lösch/Thimmel (Hrsg.): ABC der Alternativen. Von >Ästhetik des Widerstands< bis >Zivilem Ungehorsam<*. VSA-Verlag, Hamburg

Luther, Inga (2008): Das politische System El Salvadors. In: *Stüwe/Rinke (Hg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika*. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Mansbridge, Jane (1990): Feminism and Democracy. *The American Prospect*, Nr.1

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Beltz Verlag, Weinheim/Basel

O'Donnell, Guillermo und **Schmitter**, Philippe C. (1986): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. The Johns Hopkins University Press, London

O'Donnell, Guillermo (1996): Illusions about consolidation. *Journal of Democracy* 7.2, S.34-41

O'Donnell, Guillermo (1997): Illusions about Consolidation. In: *Diamond, Larry u.a. (Hg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Themes and Perspectives*. The Johns Hopkins University Press, London

O'Donnell, Guillermo (1998): Horizontal Accountability in New Democracies. *Journal of Democracy*. Vol.9 Nr.3

O'Donnell, Guillermo (2001): Reflections on Contemporary South American Democracies. *Journal of Latin American Studies*, Vol.3 Nr.3. S.599-609

Oy, Gottfreid (2001): Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Westfälisches Dampfboot, Münster

Pelinka, Anton (1999): Politik- und Demokratiebegriff. In: Filzmaier, Peter (Hg): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung. Studien-Verlag, Wien

Popkin, Margaret und **Roht-Arriaza**, Naomi (1995): Truth as Justice: Investigatory Commissions in Latin America. *Law & Social Inquiry*, Vol.20 Nr.1, S.79-116

Rockwell, Rick und **Janus**, Noreene (2003): Media Power in Central America. University of Illinois Press

Salzborn, Samuel (2012): Demokratie: Theorien, Formen, Entwicklungen. Nomos, Baden-Baden

Schumpeter, Joseph (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Francke Verlag, Tübingen

Schedler, Andreas [Hrg.] (2006): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition. Lynne Rienner Publishers, Boulder/London

UNODC (2011): Global Study on homicide. (Bezogen am 19.09.13 von: <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/statistics/crime/global-study-on-homicide-2011.html>)

Wimmer, Jeffrey (2007): (Gegen-) Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Winocur, Rasalía (2000): La participación en la radio, una posibilidad negociada de ampliación del espacio público. *Dialogos de la comunicación*. Nr. 58 FELAFACS

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview [25 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>

Wolf, Sonja (2009): Subverting Democracy: Elite Rule and the Limits to Political Participation in Post-War El Salvador. *Journal of Latin American Studies*, 41, S. 429-465

Wolf, Sonja (2009): El Salvador's *Pandilleros Calmados*: The Challenges of Contesting Mano Dura through Peer Rehabilitation and Empowerment. *Bulletin of Latin American Research*, Vol.31, Nr.2, S. 190-205

Zinecker, Heidrun (2004): El Salvador nach dem Bürgerkrieg. Ambivalenzen eines schwierigen Friedens. Campus Verlag, Frankfurt am Main

Zinecker, Heidrun (2007): Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich. Ein kritischer Beitrag zur Transitionsforschung. Nomos Verlag, Baden-Baden

Quellen:

Amnesty International (1996): EL SALVADOR: The spectre of death squads. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AMR29/015/1996/en/29e818da-eacb-11dd-b6f5-3be39665bc30/amr290151996en.html> (Zugriff: 19.09.13)

Contrapunto (2013): La asfixia en la voz de la democracia. <http://www.contrapunto.com.sv/sociedad-civil/la-asfixia-en-la-voz-de-la-democracia> (Zugriff: 10.11.13)

Cordes (o.J): Informe Región II. <http://www.cordes.org.sv/CORDES/regionesCordes/regionII/InformacionpaginaWebCORDES.pdf> (Zugriff: 23.11.13)

El Faro (2013): Los días más difíciles de la tregua. <http://www.elfaro.net/es/201306/noticias/12378/> (Zugriff: 19.09.13)

Freedom House (2013a): Number and percentage of electoral democracies, FIW 1989-2012 (PDF). <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world> (Zugriff: 25.10.13)

Freedom House (2013b): Freedom of the Press. El Salvador 2013. <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2013/el-salvador> (Zugriff: 20.11.13)

La Pagina (2012): Los mensajes clave de Funes en El Mozote. <http://www.lapagina.com.sv/nacionales/61133/2012/01/17/Los-mensajes-clave-de-Funes-en-El-Mozote> (Zugriff: 03.10.13)

Mesa Nacional Frente a la Minería (o.J.): <http://esnomineria.blogspot.co.at/> (Zugriff: 27.10.13)

9 Anhänge

Abstract (Deutsch)

Diese Arbeit befasst sich mit der Frage, ob partizipative Radios in El Salvador zum Demokratisierungsprozess beitragen und woran dieser demokratisierende Effekt gegebenenfalls erkennbar wäre. Hierzu wird das Radio Victoria, eine Radiostation in der Provinz Cabañas im Nordosten El Salvadors, untersucht. Um die Fragestellung zu beantworten, wurden Interviews geführt und die Ergebnisse mit Heidrun Zineckers Systematisierung des salvadorianischen Regimes (2007) verglichen.

Trotz einer formal etablierten repräsentativen Demokratie weist das salvadorianische Regime einige Segmente auf, die als undemokratisch einzustufen sind. Das Land hat den Übergang zur Demokratie zwar angetreten, ist im Demokratisierungsprozess allerdings zwischen Liberalisierung und Konsolidierung stecken geblieben, weshalb es als Regime-Hybrid bezeichnet werden kann.

Das Radio Victoria arbeitet nach dem Konzept der partizipativen Kommunikation und versteht sich als ein Massenmedium im Dienst der Gemeinschaft. Ziel ist es, den BürgerInnen entsprechend Raum für Kommunikation in der Öffentlichkeit zu geben. Der Großteil der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit ist von Vermachtung gezeichnet und verfehlt somit die unerlässlichen Funktionen einer demokratischen Öffentlichkeit. Das Radio Victoria wurde in diesem Kontext unter der Nutzung von Nancy Frasers Begriff der subalternen Gegenöffentlichkeit (1990) analysiert.

Die Auswertung der Interviews ergab, dass das Radio Victoria in den folgenden Bereichen einen Beitrag zur Demokratisierung des salvadorianischen Regimes leistet: Es ermöglicht Partizipation am salvadorianischen Regime im Habermas'schen Sinn, als kommunikative Praxis in der Öffentlichkeit. Es erweitert die Wahrnehmung der politischen Rechte durch die BürgerInnen um das Recht auf Mitgestaltung der massenmedialen Öffentlichkeit und wirkt somit einer (Staats)BürgerInnenschaft niedriger Intensität (citizenship of low intensity) entgegen. Es stärkt vertikale Rechenschaftspflicht (vertical accountability), indem die Arbeit der RepräsentantInnen durch kritische Berichterstattung kontrolliert wird. Es fördert die Möglichkeiten diverser gesellschaftlicher Gruppen, sich in der Öffentlichkeit selbst zu (re)präsentieren und zu artikulieren. Daran zeigt sich, dass – insbesondere auf regionaler Ebene – in

insgesamt drei der fünf von Zinecker genannten Regimesegmente, nämlich Polyarchie, Rechtsstaat und politische Inklusion/Exklusion, ein demokratisierender Effekt auszumachen ist.

Durch das bereits bestehende, landesweite Netzwerk von radios comunitarios gewinnt das Modell des Radio Victoria als alternatives, partizipatives audiovisuelles Medium durchaus auch auf nationaler Ebene Bedeutung, und damit der Beitrag, den radios comunitarios in Zukunft zur Demokratisierung El Salvadors leisten können.

Abstract (English)

This thesis addresses the question of whether community radio broadcasters in El Salvador are offering a contribution to the process of democratisation, and how one would recognize such a democratising effect. To this end, Radio Victoria, a radio broadcasting station in the province of Cabañas, located in the north-eastern part of El Salvador, has been examined. In order to answer the guiding question, interviews have been conducted, and the results are being discussed in view of Heidrun Zinecker's systematisation of the Salvadorian regime (2007).

In spite of having been formally established as a representative democracy, the Salvadorian regime shows a number of segments which should be regarded as non-democratic. El Salvador had set forth on its transition towards democratisation, yet has gotten stuck in between liberalisation and consolidation, which is why it ought to be considered a hybrid regime.

Radio Victoria operates according to the concept of participative communication and regards itself a mass medium at the service of community. The goal is to offer to all citizens an opportunity for public communication of matters of their concern. At the same time, the majority of the public sphere and mass media in El Salvador are dominated by power-political interests and cartelization, and therefore fail to provide the indispensable function of a democratic public. In this context Radio Victoria was examined in utilising Nancy Fraser's notion of subaltern counter-publics (1990).

An analysis of the interviews reveals that there are several areas, where Radio Victoria offers a decisive contribution to the democratisation of the Salvadorian regime: by creating opportunities for participation which, in keeping with the theory of Habermas, allow for public communicative practice; by allowing citizens the political right of co-creating the public sphere via mass media, and thus counteracting the widespread "citizenship of low intensity"; by reinforcing vertical accountability through the control of public representatives executed via critical reporting and coverage; by fostering the options of various societal groups to (re)present and articulate themselves in the public sphere. All of this comes to show that – especially on a regional level – a democratising effect of Radio Victoria can be proven in three out of five of the regime segments established by Zinecker (2007).

By way of the already existing nation-wide network of community radio broadcasters, the model of alternative, participatory audio(visual) mass media is gaining importance on national level, shining a spotlight on the contribution, which Radio Victoria, and community radio broadcasters in general, offer to the democratisation of El Salvador.

Curriculum Vitae

Name: Jonas Schwarz

Geboren: in Wien

Ausbildung

1995-1999 Volksschule Purkersdorf

2000-2006 BG/BRG Purkersdorf

2009-2014 Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien

WS 2012 Auslandsemester an der Universidad Centroamericana „José Símeon Cañas“ in San Salvador

Arbeitserfahrung

Zivildienst in El Salvador (2008-2009):

Im Zuge meines Zivildienstes habe ich eineinhalb Jahre in El Salvador gelebt und gearbeitet. Die NGO, in der ich gearbeitet habe, nennt sich ACISAM und wurde nach Ende des salvadorianischen BürgerInnenkriegs zur Aufarbeitung der Kriegserfahrungen gegründet. Heute widmet sich ACISAM unter anderem der Gründung von Radiogruppen im ganzen Land. Hierbei wird ein Modell der partizipativen Kommunikation verfolgt, das für alle BürgerInnen die Möglichkeit bietet, ihre Anliegen über das Massenmedium Radio zu artikulieren. Die mitgestaltenden „Radiogruppen“ werden häufig von Jugendlichen gebildet. Meine Arbeit war es, bei der Betreuung der Gruppen zu helfen und die Jugendlichen im Umgang mit der nötigen Software zur Audioproduktion zu schulen.

Praktikum bei ACISAM (2012):

Über einen Zeitraum von vier Monaten habe ich in Zusammenarbeit mit ACISAM Sambagruppen begleitet. Es wurde auf musikalischer Ebene (Perkussion) mit den Jugendlichen gearbeitet, jedoch mit dem Fokus, die Musik als Mittel der politischen Meinungsäußerung einzusetzen. Hierzu wurde einerseits regelmäßig geprobt und andererseits wurden Wochenendworkshops organisiert, bei denen neben den musikalischen Inputs auch demokratiepädagogische Elemente eingebracht wurden.